

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ DIE SOZIALDEMOKRATIE VERLANGT DIE UNTERWERFUNG

Gewerkschaften an der kurzen Leine



HERRENFÄHRER

Zum Streikabbruch der
IG Metall-Führung Seite 15

Mit der Agenda 2010 startete die Bundesregierung den seit 1948 schärfsten Angriff auf die Sozialsysteme. Sie bedient sich dabei eines plumpen, in der Vergangenheit allerdings recht erfolgreichen Arguments: Der Umbau der Sozialsysteme sei unumgänglich und es wäre allemal besser, die Sozialdemokratie würde diese Aufgabe anpacken, als sie den Konservativen zu überlassen. Diese würden die notwendigen »Reformen« sozial noch viel rücksichtsloser umsetzen. Das Argument des kleineren Übels allerdings zieht nicht mehr richtig. Das beweisen die Wahl- und Umfrageergebnisse der letzten Monate als auch die Unruhe innerhalb der SPD.

Mit seiner Rücktrittsdrohung hat Bundeskanzler Schröder (in Einklang mit SPD-Bundesgeschäftsführer Scholz und Fraktionschef Müntefering) die Zustimmung der Parteimitglieder erzwingen können. Aber selbst wenn doch noch einige Koalitions-Abgeordnete der Agenda 2010 die Zustimmung verweigern sollten, für die Gewerkschaften wäre damit nichts gewonnen. Zu eindeutig sind auf der parlamentarischen Ebene die Kräfteverhältnisse.

Unternehmer stoßen nach, weil die Gewerkschaften schwach sind

Die Politik des Sozialabbaus hat mit der Agenda 2010 ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Die Verbände des Deutschen Finanz- und Industriekapitals sowie des Mittelstandes haben sich hinter die Bundesregierung gestellt und fordern die Umsetzung des Regierungsprogramms ohne Abstriche. Zugleich betonen sie, dies könne nur ein erster Schritt sein. Ihre Interessen und Vorstellungen gehen weit über die in der

Agenda 2010 angekündigten Abbaumaßnahmen hinaus. Die bürgerliche Opposition im Bundestag haben sie gedrängt, die Regierungspläne nicht aus parteitaktischen Überlegungen scheitern zu lassen. CDU/CSU und FDP haben der Regierung denn auch ihre Unterstützung zugesagt; zugleich haben die Unionsparteien ein eigenes »Reformpaket« vorgelegt. Es deckt sich in vielem mit der Agenda 2010, geht aber in einigen Punkten, wie z.B. der Einschränkung des Kündigungsschutzes, weit darüber hinaus. So soll der Druck auf die Wähler der SPD verstärkt werden und – falls notwendig – den Abbaumaßnahmen auch gegen die Stimmen sozialdemokratischer Opponenten eine breite parlamentarische Mehrheit gesichert werden.

Die jetzt anstehenden Schritte zur weiteren Demontage der sozialen Sicherungssysteme sollen einer sozialdemokratisch geführten Regierung überlassen werden, weil diese am ehesten den drohenden Unmut und mögliche Proteste im Zaum halten kann, so das Kalkül der Unternehmerverbände. Die Vollendung der Demontage wird später den Merz und Westerwelle übertragen, wenn die SPD die »Schmutzarbeit« gemacht und deshalb abgewirtschaftet hat, d.h. für einen entscheidenden Teil ihrer Anhänger nicht mehr wählbar ist. Ob dieses Kalkül aufgehen wird, hängt entscheidend vom Verhalten der abhängig Beschäftigten in und außerhalb der Gewerkschaften ab.

Gegenwehr ist notwendig

Die Gewerkschaftsführungen wie auch die Mitgliedschaft stehen heute vor einer Grundsatzentscheidung. Sollen sie

sich, wie in der Vergangenheit bei Riester-Rente, Hartz-Kommission, Bündnis für Arbeit etc., der Regierung politisch unterordnen und stillhalten bzw. den Abbau mittragen und gestalten? Oder sollen sie den Bruch mit der SPD vollziehen und sich auch praktisch zur Wehr setzen? Mit politischen Winkelzügen und Taktiererei, durch Appellieren an die parlamentarischen Vertreter ist kein Blumentopf mehr zu gewinnen. Zwar könnten die Gewerkschaften durch ihre Duldung der Regierung vielleicht noch über die entscheidende Abstimmung zur Agenda 2010 helfen; auf Dauer ist die SPD auch damit nicht zu halten, weil sie sich zwangsläufig bei ihren Wählern diskreditieren wird. Und der politische Preis, den die Gewerkschaften für ihr Stillhalten zu zahlen hätten, ist hoch – für alle abhängig Beschäftigten.

Die aktuelle Passivität der Gewerkschaften wird zu keinem Einlenken der Gegenseite führen. Sie wird im Gegenteil nur neue Begierden des Kapitals und seiner Lobby in Parlamenten und Parteien wecken und deren Aktivitäten steigern.

Die Erfahrungen aus den letzten zwei Jahrzehnten wie auch die aktuell vorgetragenen Forderungen der Unternehmerverbände belegen dies. Sie zielen auf die Abschaffung der Flächentarife und den Abbau aller die Flexibilität der Unternehmen einschränkenden Schutzrechte, auf die »Entmachtung der Gewerkschaften«, wie von Westerwelle verlangt. Mit der Stimmungsmache gegen die Organisationen der Lohnabhängigen, die an fast allen Übeln – vor allem an der Arbeitslosigkeit – Schuld seien, soll ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, das noch radikalere Einschnitte zur Schaffung eines breiten Niedriglohnsektors und zur Absenkung des allgemeinen Lohnniveaus durchsetzbar macht. Die Agenda 2010 bildet nicht den Höhepunkt, sondern eine neue Etappe für die weitere soziale Demontage.

Ein Einschwenken und Entgegenkommen der Gewerkschaftsvorstände, wie vom IG BCE-Vorsitzenden Schmoldt gefordert, würde den noch aktiven Kern der Mitgliedschaft noch stärker der Organisation entfremden sowie Resignation und Passivität in der Mitgliedschaft verstärken. Wie die SPD ihre Funktion für die Wähler, verlören die Gewerkschaften ihre Schutzfunktion für die abhängig Beschäftigten. Ein Bruch mit der SPD und die Orientierung auf praktische Abwehrmaßnahmen wird für die Gewerkschaften langfristig zur Überlebensfrage, wollen sie sich nicht selbst zusammen mit der SPD in die politische Bedeutungslosigkeit manövrieren. Auf eine neoliberal gewendete SPD, die das Geschäft der Gegenseite betreibt, kann die Arbeiterklasse verzichten, auf ihre gewerkschaftliche Solidarität und Organisation nicht.

Abschied von sozialpartnerschaftlicher Gewerkschaftspolitik?

Ein Bruch der Gewerkschaften mit der SPD setzt voraus auch den Abschied von Anschauungen und Überzeugungen, von der in den letzten Jahrzehnten praktizierten Politik. Diese Politik der Sozialpartnerschaft war geprägt von der Vorstellung, einen dauerhaften Ausgleich der Interessen zwischen Kapital und Arbeit herstellen zu können. In zahlreichen Gremien und in Aufsichtsräten von Konzernen, Versicherungsträgern usw. nahmen die Vertreter von Gewerkschaften und Betriebsräten Platz. Sie hielten sich für gleichberechtigte Partner und meinten die Interessen der Beschäftigten dort wahrnehmen zu können. Oft genug ließen sie sich zum Werkzeug der Gegenseite machen, ausgestattet mit dem entsprechenden Tantiemen und Vergünstigungen. Wie der Deckel zum Topf gehört zur Sozialpartnerschaft auch die Vorstellung vom Staat als neutraler Instanz, als Mittler zwischen unterschiedlichen Interessen und Klassengegensätzen. Auch auf Regierungsebene haben sich die Gewerkschaften beteiligt, u.a. im »Bündnis für Arbeit« oder in der Hartz-Kommission. Mit der Zustimmung der gewerkschaftlichen Vertreter zu deren Vorschlägen konnte der Sozialdemontage der Mantel eines breiten Konsenses umgehängt werden.

Die gesellschaftliche Entwicklung – gekennzeichnet durch ökonomische Krisen und verschärfte internationale Konkurrenz, durch wachsende Arbeitslosigkeit und steigende Staatsverschuldung – hat der Sozialpartnerschaft materiell den Boden entzogen. Sie ist von der herrschenden Klasse schon seit langem aufgekündigt. Gewerkschaftliches Stillhalten und die Bereitschaft zur Fortsetzung der Sozialpartnerschaft werden von der Gegenseite nicht mehr mit materiellen Zugeständnissen honoriert. Jetzt hat auch die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung dem DGB das

INHALT

Gewerkschaften an der kurzen Leine	1
Agenda-Parteitag der SPD ist nur ein Zwischenschritt . . .	6
IG-Metall-Streik ohne Ergebnis	12
Zur Diskussion:	
Erste Thesen zum Streikabbruch der IG Metall	15
Korrespondenzen:	
Zwei Dokumente aus Betrieben zum Streik-Abbruch . . .	16
Berlin: Erinnerung und Diskussion: 2. Mai 1933	17
Hamburg: Neue Arbeitszeitordnung für LehrerInnen . . .	19
Dokument: Stern-Kommentar zu den Gewerkschaften . .	23
Antwort der G+J-Betriebsgruppe auf den Kommentar . .	23
Berlin: Protest gegen Agenda-Parteitag der SPD	25
Leipzig: Kundgebung des DGB gegen die Agenda	26
Kassel: Kundgebung des DGB gegen die Agenda	27
Hamburg:	
Zur Demo aufgerufen, um Protest zu kanalisieren	28
Neumünster: Panasonic-Belegschaft streikte 4 Wochen . .	29
Peter, der Archivar ist tot	31

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenastraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 –16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhäuser, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.; Zeiseshallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
 »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
 Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Redaktionelle Anmerkung zu den ersten Artikeln.

Die Diskussionen um die innenpolitische Lage, die Rolle der Gewerkschaftsapparate sowie die Politik der Linken in den Gewerkschaften haben in der Redaktion der »Arbeiterpolitik« zu zwei Artikeln geführt, die vor allem in der Frage der künftigen politischen Aufgaben der Linken zu verschiedenen Schlussfolgerungen kommen.

Zusammengefasst: Der von der Endredaktion an den Anfang dieses Heftes gestellte »Berliner« Artikel betont die objektiv zunehmenden Möglichkeiten für politische Diskussionen in der arbeitenden Bevölkerung. Der nachfolgende »Hanauer« Artikel befaßt sich ausführlicher mit der Agenda 2010 und ihren Folgen, er betont dabei die Hemmnisse für klassenbewußtes Eingreifen unter den gegenwärtigen Verhältnissen.

Wir fordern unsere Leser auf, an der Diskussion dieser Differenzen teilzunehmen. Denn die strittigen Probleme sind keine innere Angelegenheit der Gruppe Arbeiterpolitik, sondern sie betreffen die gesamte Gewerkschaftslinken, die sozialistische und kommunistische Bewegung. *die Red. ■*

Knie auf die Brust gesetzt. Nach dem Motto »Vogel friss oder stirb« soll es bei den von der Hartz- oder Rürup-Kommission geforderten Maßnahmen keine Zugeständnisse mehr geben. Nicht die Gewerkschaftsvorstände haben einen Bruch vollzogen, ihnen wurde von der Regierung und der SPD de facto der Stuhl vor die Tür gesetzt. Dementsprechend sieht die Reaktion aus. Die Parolen »Reform ja, Sozialabbau nein« oder »Umbau statt Abbau«, die Betonung, dass man sich vernünftigen Reformen nicht verschließen werde, verbunden mit zunächst wortradikalen Ankündigungen für einen »heißen« Mai oder Herbst, sind eher Ausdruck der eigenen Unsicherheit und politischen Hilflosigkeit als einer fundierten gewerkschaftspolitischen Zielsetzung.

Eine solche Zielsetzung zu erarbeiten und zu diskutieren bleibt Aufgabe der wenigen Aktiven, die schon in der Vergangenheit dem Kurs der Vorstände kritisch bis ablehnend gegenüberstanden. Die Bedingungen, für diese Aufgabe weitere KollegInnen zu gewinnen, haben sich mit den jüngsten Ereignissen verbessert. Voraussetzung für eine Neuorientierung gewerkschaftlicher Politik ist nicht nur Kenntnis über die Folgen des angekündigten »Umbaus des Sozialstaates«. Die Lohnabhängigen und ihre Organisationen müssen sich auch darüber verständigen, wie sie dem Versuch einer kapitalistischen Lösung der Krise entgegenzutreten wollen.

Expansion nach außen, verstärkter Druck im Innern

Dass die Unternehmerverbände sich nicht allein mit einer materiellen Absenkung von Löhnen und sozialen Leistungen zufrieden geben werden, hat BDI-Chef Rogowski wiederholt offen formuliert. Den Gewerkschaften sollen die zentralen Instrumente ihrer Politik, u. a. Flächentarifvertrag, Mitbestimmungsregelungen und Schutzbestimmungen aus der Hand genommen werden. Das wird aber ohne Abbau bestehender demokratischer Rechte und Freiheiten nicht zu bewerkstelligen sein. Eine »Entmachtung der Gewerkschaften« (Westerwelle) erfordert die Einschränkung des Koalitions- und Streikrechts. Schon heute wird versucht das Parlament und die Parteien zu reinen Abnickern zu degradieren,

welche die in zahlreichen Kommissionen erarbeiteten Vorschläge »Punkt für Punkt« oder »Eins zu Eins« in Gesetzesform gießen sollen. Sie werden zu Vollstreckern eines übergeordneten Willens, deklariert als Notwendigkeit, zu der es keine Alternative gibt. Wozu aber sollten sich die Lohnabhängigen an dieser parlamentarischen Komödie beteiligen, deren Ausgang unweigerlich zu ihren Lasten geht und bei der es innerhalb des Parlaments keine politische Kraft gibt, die ihren Interessen wenigstens verbal noch Ausdruck verleihen könnte. Die zunehmende Wahlenthaltung ist Ausdruck dieser Tatsache. Und es droht die Gefahr, dass gewerkschaftliche Passivität und politische Orientierungslosigkeit viele Arbeiter-Wähler in die Arme der Feinde der Gewerkschaften treibt.

Kapitalistische Lösung der Krise heißt weitere Expansion nach außen bei verstärktem Druck nach innen. Die Bundeswehr soll umgebaut werden, von einer Verteidigungsarmee zu einer international agierenden Interventionstruppe. Die Kosten für die notwendige Aufstockung des Verteidigungshaushaltes werden die Lohnabhängigen aufbringen müssen. Zur Sicherung des »inneren Friedens« werden die Überwachungs- und Abhörmaßnahmen ausgeweitet und der Repressionsapparat ausgebaut. Die verteidigungspolitischen Richtlinien von Minister Struck sehen den Einsatz der Bundeswehr auch im Inland vor, alles vorerst noch unter der Parole des »Kampfes gegen den internationalen Terrorismus«. Doch einmal geschaffene Instrumente zur Überwachung und Unterdrückung lassen sich gegen jeden beliebigen innenpolitischen Gegner – auch gegen Streikende – einsetzen. Die herrschende Klasse bereitet sich darauf vor, möglichen Widerstand politisch verfolgen und gewaltsam niederhalten zu können.

Ohne Gegenwehr wird am Ende der Unternehmeroffensive nicht nur die Zertrümmerung wesentlicher Bestandteile der sozialen Sicherungssysteme stehen. Alle Bereiche der bundesrepublikanischen Gesellschaft werden im Interesse der herrschenden Klasse grundlegend umgestülpt. Wir werden, was als »soziale Marktwirtschaft« bzw. »rheinischer Kapitalismus« bezeichnet wurde, danach nicht mehr wiedererkennen.

Die Gewerkschaften werden dem Druck nicht widerstehen oder ausweichen können, wenn sie weiterhin das sogenannte Allgemeinwohl und »Sachzwänge« zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen machen. Die gewerkschaftlichen Forderungen müssen sich orientieren an den Interessen ihrer Mitglieder und nicht an den historisch überholten Vorgaben einer »sozial ausgewogenen Verteilung der Lasten«. Ein friedlicher Ausgleich zwischen den Klassen, zwischen Kapital und Arbeit, ist heute weniger denn je möglich. Nicht nur die Inhalte, auch die Methoden gewerkschaftlicher Interessenpolitik müssen dem Rechnung tragen. Die einzige Kraft, auf die sie sich dabei stützen können und sollten, ist die Einsicht und Bereitschaft ihrer Mitglieder. Doch wie steht es um die Gewerkschaften? Werden sie in der Lage sein, die ihnen durch die Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche gestellte Aufgabe im Interesse aller Lohnabhängigen zu meistern?

Zum Scheitern der Sozialpartnerschaft

Die Zweifel, ob die Gewerkschaften ihren Aufgaben unter der heutigen politischen Führung und unter Anwendung der bisher praktizierten Methoden gerecht werden können, sind

berechtigt. Die Ereignisse der letzten Jahre liefern den praktischen Beweis für das völlige Versagen einer auf Sozialpartnerschaft ausgerichteten Politik. Blicken wir zurück. Zum Ende der Ära Kohl, nach 16 Jahren des stetigen sozialen Abbaus, traten KollegInnen in der Metallindustrie zum Teil spontan gegen die Kündigung der Lohnfortzahlung in den Ausstand. Doch statt den vorhandenen Streikwillen in Teilen der Mitgliedschaft und den weit gestreuten Unmut zum Aufbau eines breiteren Widerstandes zu nutzen, ließen die Vorstände der Gewerkschaften und der DGB die Streikenden vielfach allein. Sie orientierten ausschließlich auf die anstehende Bundestagswahl. Nicht die eigene Kraft, sondern eine neue, rot-grüne Regierung sollte es im gewerkschaftlichen Interesse richten.

Doch die von den Vorständen kräftig mit geschürten Erwartungen und Hoffnungen erwiesen sich schon nach wenigen Monaten als Illusion. Zwar wurden zunächst einige der Spitzen Kohl'scher Sozialraubpolitik korrigiert und ein ehemaliger IGM-Vorsitzender durfte als Arbeitsminister am Kabinetttisch Platz nehmen. Doch schon nach einem halben Jahr erfolgte die Kehrtwende. Die neue Bundesregierung verschärfte die unter Kohl betriebene soziale Demontage noch. Beispiel: Ein entscheidender Schritt beim Abbau war die »Riester-Rente«. Mit dem Namen des Ex-Vize-Vorsitzenden der IG Metall verbindet sich seither die Aufkündigung der Parität in den gesetzlichen Sozialversicherungen. Ein Teil der Rente soll durch eine private, kapitalgedeckte Versicherung aufgebracht werden. Die Politik der rot-grünen Koalition erhielt folgerichtig das Gütesiegel durch die Unternehmerverbände. »Die heiligen Kühe müssen von denen geschlachtet werden, die an deren Aufzucht am stärksten beteiligt waren«, kommentierte zufrieden der Chef der Deutschen Bank, Hilmar Kopper die Sozialpolitik der Bundesregierung.

Auch ein zweites gewerkschaftliches Instrument erwies sich als untauglich, den Interessen der Lohnabhängigen Geltung zu verschaffen: das von der IG Metall erneut initiierte »Bündnis für Arbeit«. Während sich die gewerkschaftlichen Vertreter im Bündnis mit ständig neuen Forderungen und Zumutungen der Unternehmerverbände konfrontiert sahen, schlug sich die Bundesregierung auf letztere Seite. Die Gegenangebote bestanden aus unverbindlichen Absichtserklärungen (u.a. zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze), während in den Betrieben der Abbau von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen weiter vorangetrieben wurde.

Am verheerendsten aber erwies sich die Haltung der Vorstände gegenüber den Empfehlungen der Hartz-Kommission. Dort hatten auch Vertreter der Gewerkschaften Platz genommen, wie Frau Kunkel-Weber von ver.di: ohne Not und ohne entsprechende Gegenleistungen gaben sie mit ihrer Zustimmung zu den Hartz-Plänen gewerkschaftliche Grundsätze preis. Die Schaffung eines breiten, staatlich sanktionierten Leiharbeits- und Niedriglohnsektors fand den gewerkschaftlichen Segen.

Zurückhaltung, konstruktive Zusammenarbeit sowie freiwillige Zugeständnisse sollten die angeschlagene SPD stützen. Zu deren Wiederwahl im Oktober 2002 hatte neben dem Irak-Krieg ("Friedensdividende") auch die vom DGB geführte Wahlkampagne beitragen. Sie baute erneut auf das Argument des kleineren Übels und die Furcht vor einem Bundeskanzler Stoiber. Das Ergebnis fiel anders aus als vier Jahre zuvor: Das Aushängeschild der Gewerkschaften in der Regierung, Walter Riester, musste seinen Hut nehmen. Das Arbeitsministe-

rium wurde abgeschafft und dem Wirtschaftsminister unterstellt. Das »Bündnis für Arbeit« wurde nicht von den Gewerkschaften aus Protest gegen die diversen Zumutungen verlassen, sondern vom Kanzler aufgelöst. Mit der »Agenda 2010« sollen die Gewerkschaften jetzt ihrer eigenen Demontage zustimmen. Sie haben sich mit der Statistenrolle abzufinden, wie sie ihnen von den Regisseuren, den Unternehmerverbänden und vom Hauptdarsteller, dem Kanzler, zugewiesen wird. Fügen die Gewerkschaften sich nicht, soll das Stück auch ohne bzw. gegen sie aufgeführt werden.

Die Politik der sozialpartnerschaftlichen und institutionalisierten Einigung aus den Zeiten des Wirtschaftswunders und der Hochkonjunktur verkehrt sich jetzt in der Krise in ihr Gegenteil. Weil die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung den Lohnabhängigen ständig weitere Opfer abverlangt, macht eine auf Klassenversöhnung ausgerichtete Politik aus den Gewerkschaften ein Instrument zur Durchsetzung des sozialen Abbaus.

Zwischen Protest und Kapitulation

Die Reaktionen auf die »Agenda 2010« zeigen die Konzeptions- und Perspektivlosigkeit der offiziellen Gewerkschaftspolitik und beleuchten den inneren Zustand der Gewerkschaften. Unfähig, sich auf eine gemeinsame Haltung zu einigen und die Proteste zu koordinieren, schwankt der DGB zwischen wortradikalen Ankündigungen und Kapitulationsangeboten.

Der IG BCE-Vorsitzende Schmoldt forderte von Anfang an jegliche Proteste und Aktionen gegen die »Agenda 2010« zu unterlassen. Er will die Funktion der Gewerkschaften auf die Rolle eines Co-Managements reduzieren und weiß sich darin einig mit den Vorständen von NGG und Transnet. Aber auch in den Gewerkschaften, die an ihrer verbalen Ablehnung noch festhalten, wie z.B. ver.di und IG Metall, findet ein solcher Kurs Zustimmung, u.a. bei den Spitzen der Konzernbetriebsräte von Daimler, Opel, VW oder Siemens.

Die von ver.di und IG Metall organisierten Proteste am 17. und 24. Mai waren nicht koordiniert; eine Mobilisierung unterblieb vielerorts oder erfolgte nur halbherzig. Die ausgegebenen Parolen und Losungen (Reform ja, Sozialabbau nein, für mutige Reformen) können den Mitgliedern keine politische Orientierung geben. Sie lassen dagegen den Vorständen alle Optionen offen. Sind die Entscheidungen erst mal gefällt – und verbale Proteste sowie Demonstrationen allein können das nicht verhindern – werden die Vorstände zum normalen Tagesgeschäft zurückkehren. So verkündete der DGB-Vorsitzende noch vor dem SPD-Parteitag eine »Sommer«-Pause und traf sich wieder in aller Stille mit dem Bundeskanzler. Alle Proteste sollen zunächst ausgesetzt werden, weil nach Ansicht von Sommer die »größten Klötze« vom Tisch seien. Einige Tage später ruderte er halbherzig zurück.

Diese Haltung ist neben unterschiedlichen Ansichten im DGB auch Ausdruck des Zwiespalts, in denen sich die Vorstände von ver.di und IG Metall befinden. Zwar lehnen sie weiterhin die geplanten Maßnahmen ab, fürchten aber, in einen Grundsatzkonflikt mit Unternehmerverbänden und Bundesregierung getrieben zu werden; zudem können und wollen sie die Bindung zur SPD nicht lösen. Ohne breiten Druck von unten, ohne Aktionen in Betrieben und Verwaltungen, werden auch sie zurück rudern und sich den von der Bourgeoisie und der Regierung vorgelegten Plänen beugen.

Die gewerkschaftliche Linke

Dem entgegenzutreten und künftige Auseinandersetzungen zur Verbreiterung des Widerstandes zu nutzen, ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Linken. Dazu gehört neben der gewerkschaftlichen Kleinarbeit die Information über die sozialen Auswirkungen der »Agenda 2010«, die der breiten Mitgliedschaft nur unzureichend bekannt sind.

Es wird aber nicht genügen uns auf die praktischen Aufgaben zu beschränken und von Fall zu Fall auf ein konsequenteres Verhalten der Vorstände zu drängen und den nötigen Druck zu organisieren. Auf dem Felde von Tarifverhandlungen kämpfen die Gewerkschaften gegen Wirkungen, nicht gegen deren Ursachen. Sie können bestenfalls das Tempo des Abbaus verlangsamen, nicht aber die Richtung ändern.

Die Opposition in den Gewerkschaften ist gefordert, mit eigenen Vorstellungen, Losungen und Forderungen in die Diskussion einzugreifen. Der Zusammenhang von steigender Arbeitslosigkeit und Armut, von sinkenden Löhnen und sozialen Leistungen mit der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung muss in den gewerkschaftspolitischen Vorschlägen der Linken deutlich werden. Neben der Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung und einer Ausweitung des Kündigungsschutzes sollten wir die Eigentumsfrage, d.h. die Privatisierungen öffentlicher Betriebe und Leistungen zum Ausgangspunkt gewerkschaftlicher Überlegungen und Forderungen machen. Denn allen Versuchen, mit Hilfe von Tarifverhandlungen die negativen Auswirkungen der Privatisierungen von Bahn, Post, Krankenhäusern etc. aufzufangen, wird der gewünschte Erfolg auf Dauer versagt bleiben.

Die Gewerkschaften werden weiterhin (wenn überhaupt!) nur an den Symptomen herum doktern, wenn wir nicht dafür sorgen, dass der sozialpartnerschaftliche Kurs aufgegeben wird. Wir werden dabei nicht nur auf den heftigen Widerstand in den Chefetagen und Apparaten der Gewerkschaften stoßen. Die überwältigende Mehrheit der Lohnabhängigen ist geprägt von den Erfahrungen der über Jahrzehnte praktizierten Sozialpartnerschaft. Auch wenn diese von der Gegenseite aufgekündigt wurde, es bedarf neben gemeinsamen Erfahrungen der Gegenwehr auch einer beharrlichen und langfristigen politischen Überzeugungsarbeit, damit sich die Arbeiterklasse davon lösen kann.

Wie bei der sozialen Demontage stehen wir auch bei den kollektiven Lernprozessen nicht am Ende sondern am Anfang. Die alten Überzeugungen bekommen Risse – bisher nicht gestellte Fragen nach dem Ausweg aus der Krise werden gestellt – kollektive Antworten müssen erst gefunden werden. Dabei gilt weiterhin: es wird keine gewerkschaftlichen Gremien, keine Parteien und Organisationen geben, die stellvertretend für die Lohnabhängigen deren Interessen auf Dauer wahren können. Ähnliches gilt auch für die innergewerkschaftliche politische Opposition. Es gibt keine Instanz, welche uns die politischen Aufgaben abnehmen wird.

Partei und Gewerkschaften

Zu den Fragen, die neuerdings unter Linken gestellt werden, gehört auch: Brauchen wir eine neue Arbeiterpartei? Oder umgekehrt: Müssen wir nicht an der SPD festhalten, solange es keine Alternative zu ihr gibt? Auch wenn die gewerkschaftliche Linke zur Zeit zahlenmäßig schwach, ihr Einfluss unter den KollegInnen gering ist und eine gemeinsam erarbeitete politische Grundlage fehlt – die gesellschaftliche Ent-

wicklung wirft die Frage nach einer klassenkämpferischen, sozialistischen Organisation auf. Gewerkschaften sind kein Parteiersatz. Und eine revolutionäre sozialistische Partei wird sich aus der gewerkschaftlichen Tagesarbeit und aus spontanen Abwehrkämpfen nicht von selbst herausbilden. Auf der anderen Seite kann eine solche Partei nicht das Ergebnis theoretischer Arbeit und politischer Diskussionen allein sein, sondern nur Resultat wirklicher Bewegung. Sie bedarf der Verankerung unter einem aktiven Kern klassenbewusster KollegInnen. Unsere Einsichten aus theoretischer Arbeit und politischer Diskussion bedürfen der Überprüfung, Konkretisierung und Korrektur durch die praktischen Erfahrungen.

1973 schrieben wir in der Arbeiterpolitik: »... *Wer glaubt, der Arbeiterklasse damit zu helfen, dass er stellvertretend für sie die Aufgaben lösen will, anstatt mit ihr entsprechend den Bedingungen und Kräfteverhältnissen, schadet ihr nicht weniger als diejenigen, die die Arbeiterklasse offen bekämpfen ... Wer die Ergebnisse kommunistischen Denkens und Handelns aus der Weimarer Republik auf die heutige Entwicklungsperiode der Arbeiterklasse in Deutschland übertragen will und die veränderten Bedingungen heute nicht untersucht, wird scheitern. Kommunistische Parteien, die nicht aus dem Denken und Handeln einer kampfgewillten Arbeiterklasse hervorgehen, sondern nur Nachahmungen untergegangener Parteien sind, diskreditieren bei den Arbeitern den Gedanken der notwendigen Schaffung einer kommunistischen Partei aus der Vorhut einer kämpfenden Arbeiterklasse.*«

Das Zitat richtete sich damals an die nach der Studentenrevolte zahlreich gegründeten K-Gruppen. Die Entwicklung hat der Kritik Recht gegeben. Der überwiegende Teil der Organisationen hat die letzten drei Jahrzehnte nicht überdauert; führende Repräsentanten haben bei den Grünen politisch Karriere gemacht, besorgen heute das Geschäft der Gegenseite, leben als gut bezahlte, angepasste Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre.

Auch wenn die objektiven Bedingungen aufgrund der weltweiten wirtschaftlichen und politischen Krise erneut die Frage nach dem Aufbau einer kommunistischen Partei aufwerfen: über den Stand der Klassenkämpfe und über die subjektiven Voraussetzungen der abhängig Beschäftigten (Verlust einer Perspektive durch den Zusammenbruch des sozialistischen Lagers, Erschöpfung durch Unbeweglichkeit der Partei- und Gewerkschaftsapparate, Unselbstständigkeit durch Stellvertreter-Verhalten) können wir uns nicht hinwegsetzen; ebenso wenig über die Tatsache, dass die herrschende Klasse seit Gründung der Bundesrepublik ihre Lehren gezogen hat und sich darauf vorbereitet, jedem Ansatz revolutionärer Bewegung schon vorbeugend zu begegnen. Zahlreiche Gesetzesänderungen von der Verabschiedung der Notstandsgesetze bis zur Neudefinition der Verteidigungspolitischen Richtlinien, die den Einsatz der Bundeswehr auch im Innern ermöglichen, sind Beleg dafür. Berlin, A.H., 26.6.03 ■

Der Agenda-Parteitag der SPD ist nur ein Zwischenschritt

Der Sonderparteitag der SPD hat die Linie der Parteiführung bestätigt. Zur Abstimmung standen in der Hauptsache zwei Leitenträge: die Sozialabbau-Agenda 2010 und ein »Perspektiven«-Antrag mit Versprechungen auf die Zukunft. Die »Linken« der Partei sollten eingefangen werden mit der Behauptung, daß die rabiaten Kürzungen unsere Sozialsysteme »krisenfest«, gar »armutsfest« machen, und damit sie dies gegenüber ihren WählerInnen »glaubwürdig« vertreten können, wurden einige verbale Konzessionen gemacht, wie etwa die Strafgebühr im Falle fehlender Ausbildungsplätze. Diese von der »Wirtschaft« zu entrichtende Abgabe wird erstens nichts nützen, weil die Unternehmen ihre betrieblichen Entscheidungen nach ihren Gewinnerwartungen richten und sich ggf. von Verpflichtungen loskaufen, zweitens wohl spätestens von CDU/CSU im Bundesrat gekippt werden. Ähnlich wird es anderen Versprechungen gehen, denn Papier ist geduldig, und die Sozialdemokratie an der Macht hat anderes im Sinn, als sich mit Kapitalinteressen anzulegen. Von der »besonderen Verantwortung gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft«, wie noch im Wahlprogramm 2002 behauptet, kann in der SPD keine Rede mehr sein – allenfalls in folgenlosen moralischen Appellen der sogenannten »Linken«. Eine »Grundsatzdebatte über sozialdemokratische Reformpolitik im Zeichen der Globalisierung« wird es wohl erst dann geben, wenn die wichtigsten Pflöcke der Agenda 2010 eingeschlagen sind. Schon jetzt wird der vergangene Sonderparteitag als Zwischenetappe bezeichnet, weil über die Agenda hinaus die hohe Arbeitslosigkeit und die Einnahmeverluste der Sozialversicherungen zu weiteren drastischen Sozialkürzungen führen sollen.

Die Regierungslinie als solche wird nicht angetastet. Im Bundeswirtschaftsministerium wurden Teile der geplanten Maßnahmen im Arbeitsrecht, beim Arbeitslosengeld und im Handwerksrecht schon im Mai zu Kabinettsvorlagen verarbeitet; auch an der Überführung der Arbeitslosen- in die Sozialhilfe und der Umstrukturierung des Arbeitsamtes wird längst gearbeitet. »Wir haben keine Zeit zu verlieren,« erklärte Minister Clement hierzu. Als drittes Projekt steht ein »Pakt« zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit an, und es gibt weitere Vorstöße aus der SPD, z.B. von der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Heide Simonis, die eine Erhöhung der Mehrwertsteuer fordert. Höhere Verbrauchssteuern seien sozialer als höhere Sozialbeiträge, so die Kieler Staatskanzlei. Hier kommt zum Ausdruck, was die SPD eigentlich meint: Entlastung des »Faktors Arbeit«, nicht zu verwechseln mit Entlastung der Arbeitenden. Entlastet werden sollen Unternehmen von Lohnkosten und den »Lohnnebenkosten«, die nichts anderes sind als notwendige Ausgaben für unsere soziale Sicherheit bei Erwerbslosigkeit, Krankheit, Alter und Pflegebedürftigkeit. Dieser »Sozialklimbim« ist dem Kapital inzwischen zu teuer geworden.

Die Krise der öffentlichen Haushalte

Mit ihrer repressiven Sozialpolitik versucht die SPD, die Finanzmisere in den öffentlichen Haushalten von Bund,

Ländern und Gemeinden in den Griff zu bekommen. Die laufende Verschuldung dieser drei Ebenen wird für 2002 mit ca. 60 Mrd. EUR angegeben. Der Finanzplanungsrat forderte im April 2002 eine Begrenzung der Steigerungsrate des Bundeshaushaltes auf minus 0,5 Prozent, d.h. eine Senkung, für die Haushalte der Länder und Gemeinden auf 1 Prozent. Während die Körperschaftssteuer im Jahre 2000 ein Plus von 23,6 Mrd. EUR aufwies, mußten aufgrund der Steuerreform der rot-grünen Koalition in 2001 400 Mio. EUR, in 2002 2,8 Mrd. EUR in die Unternehmerkassen zurückgezahlt werden. Die Gewerbesteuer ging in 2001 um 12 Prozent, im 1. Halbjahr 2002 um weitere 13,6 Prozent zurück. Dazu kommen nicht bezifferte Belastungen durch die steigende Arbeitslosigkeit, geschätzte Kosten der Hochwasserfolgen von 20 Mrd. EUR, Ausfälle und Mehrausgaben bei den Sozialversicherungen. Für 2003 wurde vor der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst noch ein Defizit im Bundeshaushalt von 14,3 Mrd. EUR bei einer damals prognostizierten Wachstumsrate von 1,5 Prozent angenommen.

Die entstandenen Defizite sind im wesentlichen die Folge einer Steuerpolitik, die die Unternehmen und großen Vermögen immer mehr entlastet. Rot-Grün senkte den Spitzensteuersatz für Reiche (von 56 Prozent in der Kohl-Ära auf bereits beschlossene 42 Prozent in 2005) und den Eingangssteuersatz für niedrige Einkommen (letzteres soll Erwerbstätige begünstigen, ist aber auch als staatliche Förderung eines Niedriglohnssektors zu verstehen). Die Körperschaftssteuer wurde von 40 Prozent für einbehaltene und um 30 Prozent für ausgeschüttete Gewinne auf einheitlich 25 Prozent reduziert, gleichzeitig noch zusätzliche Verrechnungsmöglichkeiten (u.a. Anrechnung von »Verlusten« aus der Zeit vor der Steuerreform) geschaffen. Der Verkauf von Unternehmensbeteiligungen wird nicht mehr besteuert, um die Neuordnung von Industriebeteiligungen zu fördern (dieser Effekt blieb bisher weitgehend aus – dafür stiegen die Aktien). Die Gewerbesteuer von Personengesellschaften kann jetzt bei der privaten Einkommensteuer der Teilhaber verrechnet werden. Die Berechnungen, wieviel diese Maßnahmen den Unternehmen einbringen sollten, sind angesichts der unplanbaren, derzeit mickrigen Konjunktur natürlich Makulatur. Dafür sind die Verluste der öffentlichen Haushalte klar, wie das Beispiel der Körperschaftssteuer zeigt. Drastische Verluste entstanden auch bei der Gewerbesteuer. Die Haushalte der Kommunen bekamen dies massiv zu spüren. In München zahlen alle sieben Großunternehmen der Stadt, die im Deutschen Aktienindex (DAX) gelistet sind, keinen Cent Gewerbesteuer mehr: Es handelt sich hierbei um Allianz, Hypo-Vereinsbank, BMW, Infineon, MAN, Müncher Rück und Siemens. In Frankfurt gilt das Gleiche etwa für die Deutsche Bank.

Die Gegenfinanzierung der rot-grünen Steuerreform sollte durch das Schließen von Steuerschlupflöchern und die Reform von Abschreibungsmöglichkeiten gesichert werden. Im wesentlichen ging die Gegenrechnung von Rot-Grün allerdings dahin, die Massensteuern, d.h. Lohn- und Verbrauchssteuern, stärker zu belasten (Tanken für die Rente,

Rauchen für die Sicherheit, Diskussion über Mehrwertsteuer). Die Philosophie dieser steuerpolitischen Umverteilung ist neoliberale Ideologie, die auf Anreize für Unternehmen setzt. Die gebetsmühlenartig wiederholte Logik läuft auf die Erwartung hinaus, daß Steuersenkungen die Schaffung von Arbeitsplätzen anregen, zu Wirtschaftswachstum führen und den privaten Konsum fördern. Mit Tatsachen hat das nichts zu tun: Die Unternehmen kassieren die Steuergeschenke, aber was sie mit dem Geld machen, entscheiden sie selbst. Je nach Gewinnerwartung werden sie es investieren, um Kapazitäten zu erweitern und Leute einzustellen, oder eben nicht. Wenn es ihnen nach ihren Profitinteressen sinnvoller erscheint, legen sie das Geld zurück, spekulieren damit an den Finanzmärkten, kaufen Konkurrenten auf, um deren Arbeitsplätze zu vernichten. Steuerpolitik ist alles andere als ein schlüssiges sozialökonomisches Konzept im Interesse der arbeitenden und erwerbslosen Menschen, auch wenn sie mit großem medialen Aufwand so verkauft wird.

Diese Interessenpolitik zugunsten des Kapitals wird von Rot-Grün genauso betrieben wie von ihren Vorgängern und von den Gewerkschaften umso bereitwilliger mitgetragen, wenn die Sozialdemokratie selbst diesen Abbau organisiert. Der Legitimierung dieser Politik dient absurderweise auch die »Entdeckung« immer größerer Finanzlöcher, mit denen in der Öffentlichkeit Stimmung erzeugt wird. Allein die Frage zu stellen, ob denn die Richtung überhaupt stimmt, kommt derzeit einem Tabubruch gleich. »*Massive Einnahmeverluste*« werden in unschöner Regelmäßigkeit auch von den Sozialversicherungen gemeldet – Folge der Belastungen durch die Massenarbeitslosigkeit, berechnete Ansprüche an ein längeres Leben und »*versicherungsfremde Aufgaben*«, z.B. die Finanzierung der Okkupation der DDR. Die noch aus Bismarcks Zeiten stammende Bindung der Sozialversicherungen an den Lohnfonds ist nicht mehr zu halten (genaueres hierzu weiter unten). Dazu kommt die Drohung, daß die BRD anicht in der Lage sei, die Maastricht-Kriterien einzuhalten, das Ziel ist bereits von 2004 auf 2006 verschoben worden.

Auf die steuerpolitische Ausplünderung der öffentlichen Haushalte reagieren Finanzminister und Stadtkämmerer mit sich verschärfender Einsparpolitik. Dazu gehören zunächst seit 1992 ständig sinkende Personalausgaben, teils bedingt durch Stellenabbau, teils durch Privatisierung, teils dadurch, daß die Lohnentwicklung im Öffentlichen Dienst anderen Branchen deutlich hinterherläuft (vgl. Arpo Nr. 1/2002 zur Tarifrunde im Öffentlichen Dienst). Hinzu kommen die Sparmaßnahmen im sachlichen Bereich. Bund, Länder und Gemeinden verkaufen ihr »Tafelsilber« um nahezu jeden Preis (laut der Zeitschrift »Capital« Nr. 22/2002 stehen noch an: Grundstücke 100 Mrd. EUR, Sparkassen 80 Mrd. EUR, Stadtwerke 50 Mrd. EUR, Wohnungen 20 Mrd. EUR, Krankenhäuser 8 Mrd. EUR). Der kurzfristige Vorteil ist doppelt: Bei einem Verkauf sind sie nicht nur die Sachkosten los, sondern vor allem die Beschäftigten, die dann nicht mehr den relativ hochwertigen Tarifverträgen des Öffentlichen Dienstes unterliegen. Für diese können sie dann auch nicht mehr streiken. Besonders im Nahverkehr und in der Müllentsorgung, zwei traditionell kampfstarken Bereichen, ist das vorteilhaft. Für die BürgerInnen verschlechtert sich die Versorgungslage, bspw. in der Bereitstellung von Schwimmbädern, Büchereien, Kindergartenplätzen. Auf diese Weise geht gesellschaftliche Solidarität verloren. Von den Gewerkschaften wie auch von den Kommunen selbst wird darauf hinge-

wiesen, daß die Qualität des Öffentlichen Dienstes immer weiter abnimmt. Dies stört natürlich diejenigen nicht, die mit entsprechendem Einkommen lieber in ein modernes Spaßbad gehen als in ein öffentliches Schwimmbad. Es trifft »NormalbürgerInnen« und Ausgegrenzte: Nur Reiche können sich verarmte Kommunen leisten.

Systemwechsel in der Sozialpolitik

Warum organisiert ausgerechnet die Sozialdemokratie den Sozialabbau in dieser Schärfe, obwohl sie 1998 – nach 16 Jahren Kohl-Regierung – gerade mit den gegenteiligen Hoffnungen gewählt wurde? Die Erklärung besteht darin, daß in der strukturellen ökonomischen Krise, in der das Kapital seinen Profit kaum noch durch reales Wachstum der Produktion, sondern im wesentlichen durch Verschärfung von Ausbeutung, Rationalisierung und Umverteilung sichert, der Reformismus »der kleinen Leute« am Ende ist. Um dennoch regieren zu können, muß die SPD sich mit den ökonomisch Mächtigen gut stellen und die Kapitalverwertung in viel stärkerem Maße auf Kosten ihrer eigenen Wählerklientel durchsetzen, als dies bisher – verglichen selbst mit den Regierungsjahren Helmut Schmidts (1974 – 1982) – vorstellbar schien. Auch in der ersten Regierungsperiode Schröders ging Rot-Grün noch vorsichtig vor: Hier die Renten kürzen, dort den Arbeitslosen ein wenig Beine machen, dann die Zuwanderung reglementieren. Nun aber greifen sie alle diese Personengruppen, die auf den Sozialstaat angewiesen sind, auf einmal an. Ein solcher Strategiewechsel muß in den eigenen Reihen ideologisch vermittelt werden.

Für die Beschreibung der neuen Sozialpolitik der SPD gibt es eine Reihe von Schlagwörtern, als deren bekannteste folgende gelten können: »*aktivierender Sozialstaat*«, »*fördern und fordern*« und – polemisch – »*von der sozialen Hängematte ins soziale Trampolin*«. Es handelt sich hierbei weniger um theoretisch durchdachte Konzepte als um pragmatische Leitbilder, mit denen auf angebliche Folgen der globalisierten kapitalistischen Konkurrenz reagiert wird. Entscheidender Bestandteil ist eine veränderte Aufgabenteilung zwischen Staat und Privatwirtschaft oder auch zwischen Gesellschaft und Individuum. Die Grundannahme ist, daß viele öffentliche Aufgaben durch private Initiativen besser, billiger, effizienter zu erbringen seien als durch den Staat. Deshalb soll der Staat auf sogenannte Kernaufgaben beschränkt werden (auch in der Infrastruktur, vgl. Privatisierung von Bahn, Post, Telekommunikation, kommunalen Einrichtungen) und der Sozialstaat nur für die »*wirklich Bedürftigen*« zuständig sein, d. h. zurückgeschnitten werden. Damit sollen diejenigen aufgescheucht werden, denen unterstellt wird, den Sozialstaat für ein bequemes Leben zu nutzen. Gegenüber den sozialen Rechten werden die individuellen Pflichten stärker betont (die »Balance« soll wiederhergestellt werden). Angestrebt wird die Schaffung einer aktiven, angeblich auf »Bürgersinn« aufgebauten Gesellschaft, im Kern aber entsteht ein Gebilde, das noch stärker durch Marktlogik gesteuert wird und dessen Defizite durch den Appell an ehrenamtliches Engagement ausgeglichen werden sollen.

Dieses Leitbild steht durchaus in der Kontinuität deutscher Sozialpolitik, dem »*Reparaturbetrieb der kapitalistischen Marktwirtschaft*«, wie es in den siebziger Jahren sogar ein hochgestellter SPD-Politiker noch ausdrücken konnte. Es wird nun aber ein Element hervorgehoben, das früher nicht

diese tragende Rolle besaß: die Forderung an die Betroffenen nach ihrer Gegenleistung für soziale Grundversorgung. Der Staat verabschiedet sich keineswegs von seinem Gestaltungsanspruch gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft im Interesse der Kapitalverwertung, sondern verstärkt sogar seine repressive Rolle in diesem Bereich. Ein entscheidender Hebel dafür ist die Arbeitsmarktpolitik (näheres siehe unten). Wer an der »aktiven Gesellschaft« nicht teilnehmen will, wird zunächst unter Druck gesetzt, dann ausgeschlossen. Von diesem Ansatz her ist die Aufnahme neoliberalen Denkens in die Programmatik und mehr noch in die praktische Politik der SPD nicht so erstaunlich, wie es enttäuschten Anhängern dieser Partei erscheint.

Ein wesentlicher Grund für die aktuelle Zuspitzung der Sozialabbau-Politik ist in den starken Verlusten in Landtagswahlen 2003 zu sehen. Der Einbruch in Hessen, Niedersachsen und in den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen war so verheerend, daß die SPD ihre Regierungsfähigkeit auf Dauer gefährdet sehen mußte (der – aus sozialdemokratischer Sicht – Lichtblick im kleinsten Bundesland Bremen wurde auch parteioffiziell als »Bremer Besonderheit« gewertet. Der Machterhalt in Berlin ist aber der eigentliche Antrieb ihrer Politik, hinter dem politische Inhalte zurücktreten müssen. Die Parteiführung muß den eingeschlagenen Weg nun konsequenter gehen und für strikte Disziplinierung in den eigenen Reihen sorgen. Sie muß darauf setzen, die in ihrer Logik nötigen Grausamkeiten so rasch und umfassend über die Bühne zu bringen, daß sie bis zur nächsten Bundestagswahl vergessen sind. So einfach ist dies nicht, denn die Unternehmerverbände nutzen die Gelegenheit, ihre Forderungen ständig höher zu schrauben, und die nächste CDU-geführte Regierung, wann immer sie kommt, wird problemlos daran anknüpfen können.

Unter diesem Druck trat die Schröder-Führung die Flucht nach vorn an, indem sie ihren Regierungskurs, eben den des Sozialabbaus, verschärfte und als zukunftsweisendes Projekt auszugeben versuchte. Es war zu erwarten, daß die Agenda 2010 die niedrige Hürde des Sonderparteitages nehmen würde. Wirklicher Widerstand kann nur aus den Betrieben und von der Straße kommen – erst dann könnte es in der SPD und/oder anderen Parteien und in den Parlamenten zu Auseinandersetzungen kommen, die der SPD-Führung bzw. der Bundesregierung gewisse Kursänderungen abverlangen würden.

Die sogenannte Linke in Partei und Fraktion ist vollständig gescheitert, und zwar in erster Linie daran, daß auch für sie der Erhalt der Regierungsfähigkeit und der »Macht in Berlin« an vorderster Stelle stand. Alle sozialdemokratischen Kanzler haben dieses Disziplinierungsinstrument »erfolgreich« einsetzen können, aber noch unter Helmut Schmidt gab es Grenzen, tatsächlich bis zum Verlust der Regierungsmacht. Im jetzigen Zustand der SPD ist die Parteilinke zur kaum noch wahrnehmbaren Randerscheinung geschrumpft. Sie hat mobilisiert, jedoch damit unfreiwillig dokumentiert, daß sich in der Partei keine Alternative zum Kurs des Sozialabbaus formiert.

Programm gegen die Arbeitslosen

Im Mai 2003 lag die Arbeitslosigkeit, ungeachtet Job-Aktiv, Mainzer Modell, Hartz-Kommission und der Agenda-Ankündigung, bundesweit bei 10,4 Prozent bzw. 4,3 Mio. Menschen, die in der Statistik erfaßt sind – ein neuer Rekord

in einem Monat der Nachkriegszeit. Doch die zuständigen Sozialdemokraten, Arbeitsamtschef Gerster und Wirtschaftsminister Clement, schafften es, der Öffentlichkeit einen erfreulichen Trend vorzugaukeln, denn irgendwelche statistischen Details seien doch besser als erwartet. Zugeben mußten sie dennoch, daß selbst die angeblich geringer gewordene Zuwachsrates gegenüber dem Vormonat »keine konjunkturellen Gründe« hatte, sondern »auf aktivierenden Maßnahmen der Arbeitsämter beruhen«, d.h. Arbeitslose wurden durch abschreckende und schikanöse Behandlung veranlaßt, sich abzumelden oder sich so zu verhalten, daß sie sich eine Sperrfrist zuzogen (im Bürokratendeutsch: »Abmeldung in sonstige Nichtbeschäftigung«). Diesen Druck zu verstärken und damit die Statistiken zu verschönen, sieht die Agenda 2010 ausdrücklich vor.

Das wichtigste Mittel dazu ist die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe auf dem Niveau und zu den Bedingungen der letzteren. Damit werden gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Zum einen bekommen die Betroffenen aufgrund der niedrigen Regelsätze der Sozialhilfe erheblich weniger Geld. Zweitens fallen wegen der schärferen Bestimmungen bei der Anrechnung sämtlicher Einkommen und der Vermögen der Bedarfsgemeinschaft (LebenspartnerInnen und sonstige Unterhaltspflichtige) viele bisher Bezugsberechtigte einfach aus dem Leistungsbezug heraus; von denen werden sich wieder viele in »sonstige Nichtbeschäftigung« abmelden, weil es für sie nun keinen Sinn mehr hat, sich den Schikanen der Arbeitsvermittlung auszusetzen. Drittens gelten im Rahmen des künftigen Arbeitslosengeldes II die bisher in der Sozialhilfe üblichen verschärften Zumutbarkeitsbestimmungen für einen »angebotenen« Arbeitsplatz. Zumutbar ist dann jede Arbeit, auch Pflichtarbeit (sogenannte gemeinnützige Arbeit und Arbeitsgelegenheit).

Zum Teil sind hier noch Wirkungen des ersten »Hartz-Gesetzes« vom Dezember 2002 einzurechnen. Demnach wird geschätzt, daß von zuletzt ca. 1,7 Mio. ArbeitslosenhilfebezieherInnen etwa 680 000 durch die Anwendung von Hartz I und Agenda 2010 ausgesteuert werden (Zahlen zu den Wirkungen der Agenda 2010 hier, soweit nicht anders angegeben, nach Johannes Steffen, Arbeitnehmerkammer Bremen: www.arbeitnehmerkammer.de/). Ein großer Teil von ihnen dürfte in »sonstige Nichtbeschäftigung« verschwinden.

Eine weitere Verschärfung dieser rot-grünen Arbeitsmarktpolitik ist die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (künftig: Alg I) von derzeit maximal (d.h. nach Lebensalter gestaffelt) 32 Monaten auf 12 für unter, 18 Monate für über 55-Jährige. Dies erspart dem Staat geschätzte 3,8 Mrd. EUR im Jahr und führt außerdem die Betroffenen schneller in das Alg II, damit in das im vorigen Abschnitt beschriebene Verfahren.

Programm gegen die RentnerInnen

Gegen die RentnerInnen ging die erste große »Reform« der rot-grünen Koalition, mit der eine deutliche Abkehr vom in Deutschland traditionellen, paritätisch von Unternehmern und Beschäftigten getragenen Sozialversicherungssystem vollzogen wurde. Der damalige Arbeitsminister Riester (aus der IG Metall kommend) hatte CDU-Pläne mit einem sogenannten »demografischen Faktor« eingestampft und statt dessen das Kapitaldeckungsverfahren teilweise in die Altersversicherung eingeführt.

In knapper Form bedeutet dies folgendes: Das bisherige öffentliche, aus der Zeit Bismarcks stammende (nicht deswegen unbedingt schlechte) Rentenfinanzierungsverfahren ist ein Umlagesystem, daß durch in der Höhe am jeweiligen Einkommen orientierte Beiträge der aktiv im Erwerbsleben stehenden Generation aufgefüllt wird. Die RentnerInnen erhalten ihr Einkommen aus diesen Kassen, während die BeitragszahlerInnen Ansprüche erwerben, die sie in Zukunft geltend machen können. Dieses System ist nicht abhängig von Verzinsung, Aktienkursen oder ähnlichem, sondern von der Höhe der eingehenden Zahlungen, d.h. davon, daß zeitgleich genügend erwerbstätige Menschen mit ausreichend hohen Einkommen die Renten der Alten garantieren können. Dies ist seit längerer Zeit nicht mehr der Fall, und zwar aufgrund der hohen Massenarbeitslosigkeit. Reichen die Beiträge nicht aus, muß aus dem Bundeshaushalt nachgeschossen werden. Nach dem Verursacherprinzip müßten hierfür eigentlich die Unternehmer zur Kasse gebeten werden, nämlich über dauerhaft höhere Unternehmenssteuern. Dies ist jedoch nicht die Logik des deutschen Systems, das auf der Ankoppelung der sozialen Sicherung an den Lohnfonds aufbaut.

Mit der Argumentation, die Notlage der Rentenkasse liege daran, daß die Generationen immer älter werden, wurde seit Blüms Zeiten an der Höhe der Rente manipuliert, indem die sogenannte Anpassungsformel verändert wurde. Riester ging einen anderen Weg, eben den der Kapitaldeckung: Er kürzte die Rente (bis 2030 soll sie von 70 Prozent auf 64 Prozent sinken) und »empfahl« den Lohn- und GehaltsbezieherInnen, um den Anteil der Kürzung (bis 4 Prozent) private Vorsorge zu betreiben. Diese soll durch einen staatlichen (Mini-) Zuschuß gefördert werden. Dieses Verfahren, die sogenannte »Riester-Rente«, kommt zwar die Versicherten teurer zu stehen und bringt ihnen brutto weniger ein, entlastet aber den Bundeshaushalt und den »Arbeitgeber«-Anteil an den so bezeichneten »Lohnnebenkosten«. Im Ergebnis sollten laut Riester die Renten mal wieder »sicher« sein.

Nachdem nun Rot-Grün festgestellt hat, daß letzteres aufgrund der Dynamik der kapitalistischen Ökonomie und der Massenarbeitslosigkeit (sie behaupten: der demografischen Entwicklung) nicht zu halten ist, sind wieder mehrere Maßnahmen im Gespräch, um »nachzujustieren«: 1. Verschiebung der Rentenanpassung um ein halbes Jahr; 2. eine weitere Manipulation der Anpassungsformel; 3. die Erhöhung der Lebensarbeitszeit (d.h. Einführung von Rentenabschlägen ab dem 65. Lebensjahr); 4. die Einführung des zu Kohlzeiten von Rot-Grün noch abgelehnten demografischen Faktors, diesmal schick als »Nachhaltigkeitsfaktor« bezeichnet (eine jährliche Kürzung um – derzeit geplant – ca. 0,2 Prozent); 5. die Streichung der staatlichen Förderung der »Riester-Rente«. Gerade an diesem letzten Beispiel läßt sich ablesen, daß »Reformen« auch mit niedrigen Einstiegsbeträgen gefährlich sind, weil darauf in späteren Maßnahmen relativ problemlos draufgesattelt werden kann.

Programm gegen die Kranken

Noch tiefer soll der Einschnitt im Gesundheitswesen werden, obwohl gerade dort die Beitragsparität von Unternehmern und Arbeitenden schon längst faktisch aufgehoben ist. Zwar werden die Kassenbeiträge noch hälftig entrichtet, aber durch ständig angehobene Zuzahlungen für Medikamente, Krankenhausaufenthalt, Kuren, Zahnersatzleistungen etc. hat sich das Verhältnis inzwischen auf zwei Drittel zu einem

Drittel zu Lasten der abhängig Beschäftigten verschoben. Dies aber reicht den Unternehmern nicht.

Das Schema ist vertraut: Eine »Kostenexplosion« überfordert angeblich die gesetzlichen Krankenkassen, und die Beitragserhöhungen belasten den »Faktor Arbeit« bzw. die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen. Sieht man sich das genauer an, bleibt auch hier nicht viel mehr als Ideologie übrig. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind die Ausgaben für Sozialleistungen allgemein, darunter auch die für Gesundheit, erstaunlich stabil (Steigerung seit 1975: 0,2 Prozent). Die Defizite der gesetzlichen Krankenkassen und die Beitragsbelastungen der Versicherten sind zwar real, haben aber völlig andere Ursachen als behauptet. Sie ergeben sich zum einen aus der Massenarbeitslosigkeit und dem Sinken der Reallöhne: Wenn die Einnahmen gegenüber den Ausgaben sinken, weil weniger Menschen einzahlen, müssen die Beiträge der Einzelnen steigen, damit die Leistungen gehalten werden können. Die einzelnen Lohn- und GehaltsempfängerInnen haben also weniger in der Tasche.

Auf der anderen Seite stehen absolut höhere Kosten, in denen sich die Ineffizienz eines marktorientierten Gesundheitswesens und die Interessen der daran beteiligten Wirtschaftsfaktoren ausdrücken: Pharma-Industrie, Apparatersteller, Konkurrenz unter niedergelassenen ÄrztInnen. Zwangsläufige Folgen davon sind überteuerte, teils schädliche Medikamente und Apparate, deren betriebswirtschaftlich ineffektive Nutzung, Vorrang der medizinischen Behandlung vor der gesundheitlichen Vorbeugung etc. Auch der körperliche und psychische Verschleiß in der Erwerbsarbeit ist ein wichtiger Faktor.

Die Forderung: »Die Beiträge müssen runter!« ist populär und verständlich, wird jedoch bei ausbleibender Aufklärung über die wirklichen, systembedingten Ursachen zur Desorientierung der Bevölkerung und zum weiteren Sozialabbau genutzt. Im Gesundheitswesen gibt es dabei noch einen Sondereffekt. Anders als in anderen Zweigen der Sozialversicherung, die dem Erhalt des sozialen Friedens dienen, besteht in diesem Sektor eine Kapitalfraktion, eben die Pharma- und medizintechnische Industrie, die an einer Ausgabensteigerung direkt interessiert ist. Sie wird sich unter den gegebenen Verhältnissen mit ihrer Lobby, zu der auch eine Gewerkschaft, nämlich die IG BCE gehört, weiterhin durchsetzen. Die Kosten sollen die ArbeiterInnen und Angestellten aller Bereiche durch Beitragserhöhungen, die Beschäftigten in den Heil- und Pflegeberufen durch immer stärkeren Leistungsdruck tragen.

Die Diskussion um das Gesundheitswesen ist dermaßen komplex, daß weitere Details in diesem Artikel den Rahmen sprengen. Die gravierendste Maßnahme in diesem Bereich dürfte die Herausnahme des Krankengeldes aus der paritätischen Finanzierung sein. Die künftige Aufteilung des Beitragssatzes beläuft sich wertmäßig auf 53 Prozent (Beschäftigte) zu 47 Prozent (Betriebe). Allein dieses Geschenk an die Unternehmer wird auf 3,5 Mrd. EUR geschätzt. Dazu kommen die Streichung von Leistungen aus dem Katalog der gesetzlichen Krankenkassen, die Erhebung von Gebühren beim Arztbesuch (beim Facharzt, später wohl generell), die Erhöhung von Zuzahlungen.

Umstellung des Sozialsystems

Für alle drei Säulen der Sozialversicherung gilt, daß die Mehrbelastung der Beitragszahlenden kein Naturgesetz ist.

Die hierzu verbreitete öffentliche Meinung ist objektiv falsch, weil sie die Ursachen der defizitären Entwicklung in der Massenarbeitslosigkeit und den sinkenden Reallöhnen verschweigt. Die soziale Sicherung ist keine Frage der demografischen Entwicklung (so wie auch die Versorgung einer Gesellschaft mit Nahrungsmitteln nicht allein von der Zahl der landwirtschaftlichen Produzenten abhängt, sondern wesentlich von deren Arbeitsproduktivität). Kapital und Regierung nutzen die von ihnen zu verantwortende Situation zu weiterem Sozialabbau aus. Es handelt sich also um eine Frage des politischen Kräfteverhältnisses.

Die absolut steigenden Kosten aller drei Systeme (Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung) führen bei weiter sinkender Lohnquote immer wieder an die Grenzen der Finanzierbarkeit. Gegen die weitere Belastung der Erwerbstätigen durch Sozialbeiträge oder die noch teurere Privatversicherung ist jedoch eine Alternative vorstellbar: die konsequente Umstellung der Finanzierung aus Löhnen/Gehältern auf die aus Steuern. Damit daraus nicht gleich ein neuer Lohnraub wird, sondern eine wirkliche Konsolidierung, müssen hierzu Unternehmenssteuern auf die Wertschöpfung in den Betrieben durchgesetzt werden. Dies wäre eine konsequente Abkehr von Bismarcks Sozialsystem, aber zum Nutzen der Beschäftigten, Erwerbslosen, RentnerInnen und Kranken. In dieser Form lehnen das alle Parteien natürlich ab, weil sie – offen oder verdeckt – Kapitalinteressen vertreten.

Diese Debatte wird vereinzelt in kleinen gewerkschaftlichen Gruppen und solchen Initiativen geführt, die sich mit Verteilungsfragen des bürgerlichen Steuer- und Versicherungssystems der BRD befassen und in ihrem beschränkten Rahmen damit zu mobilisieren versuchen. In der heutigen Situation, in der viele Menschen, gerade auch Gewerkschaftsmitglieder, sich von vorgeblichen – kapitalistischen – Sachzwängen beeindruckt lassen, können damit pragmatische erste Alternativen in der Diskussion aufgezeigt werden. Weitergehende Auseinandersetzungen darüber können Lernprozesse über die Realität der kapitalistischen Klassengesellschaft in Gang setzen, um die Verteilungsfrage zwischen Kapital und Arbeiterklasse vom Klassenstandpunkt aufzuwerfen.

Für eine solche Lösung müßten – vom heutigen Standpunkt aus – riesige Kräfte aus den Betrieben, von den Erwerbsloseninitiativen und von der Straße entwickelt werden. Die Auseinandersetzung darum wäre verschärfter Klassenkampf, wie er derzeit nur »von oben«, d.h. von Unternehmerverbänden, Parteien und Regierungen betrieben wird. Eine politische Organisation, die in Deutschland eine solche Bewegung initiieren, fördern und koordinieren könnte, ist nicht in Sicht. Die Gewerkschaften, die hierzulande nicht viel mehr sind als die in Betrieben organisierte Sozialdemokratie (mit oder ohne Parteibuch), sind für eine solche Orientierung nicht reif. Wahrscheinlich müssen der Leidensdruck und das Gefühl der Ausweglosigkeit noch sehr viel größer werden, damit diese Alternative zumindest in den Köpfen ankommt. Denn dort muß sie sein, wenn sie sich in der Auseinandersetzung bewähren soll.

»Wenn die Sauerei gemacht ist, ...

Am 17. und am 24. Mai haben die Gewerkschaften gegen die Umsetzung der Agenda demonstriert, den Blick fest auf den SPD-Parteitag gerichtet, und es hat regionale Veranstaltungen



gegeben, wie etwa am 19. Mai in Offenbach. Das sollte es aber dann gewesen sein, so zumindest der DGB-Vorsitzende Sommer: Er forderte eine »Protest-Pause«, da seiner Ansicht nach »die größten Klötze« beseitigt worden seien. Was er damit meinte, war selbst seinen Kollegen bis hin zu ver.di-Chef Bsirske unklar. Nicht täuschen lassen sollte man sich dagegen über die Bereitschaft der Gewerkschaftsführung zur Zusammenarbeit mit der SPD. Eine außerparlamentarische Auseinandersetzung außerhalb des engen Korsetts der Tarifrunden ist ihre Sache nicht. Sie mobilisieren zwar, aber für moralischen Druck auf Abgeordnete und Parteitage delegierte. Sind die Beschlüsse ordentlich gefaßt, werden sie akzeptiert. Der ideologische Vordenker des IG Metall-Hauptvorstandes, Klaus Lang, hat in einem Grundsatzpapier bekräftigt, daß es trotz der aktuellen Differenzen aus seiner Sicht keine Alternative zur Bindung an die SPD gebe, auch wenn diese nicht mehr ganz so selbstverständlich gehandhabt werden könne wie bisher. Der Zweite Vorsitzende dieser Gewerkschaft, Jürgen Peters, drückte es etwas drastischer aus: Protest sei notwendig, aber »wenn die Sauerei gemacht ist, müssen wir uns damit abfinden.« So funktioniert die Arbeitsteilung zwischen SPD und Gewerkschaften.

Auch gegen die Androhung gesetzlicher Maßnahmen zur Einschränkung der Tarifautonomie behelfen sich die Gewerkschaftsspitzen mit Anbiederung. Als »völlig unverständlich und überflüssig« bezeichnete IG Metall-Chef Zwickel die Einführung gesetzlicher Öffnungsklauseln für betriebliche Regelungen. In der Metall- und Elektroindustrie gebe es bereits eine Vielzahl betrieblicher Bündnisse für Arbeit. Insofern enthält die gewerkschaftliche Kritik am Aktionismus der Agenda 2010 in diesem Punkt sogar ein Körnchen Wahrheit: In vauseilendem Gehorsam sorgen solche Funktionäre noch immer dafür, daß das auf Spitzenebene beiseite gelegte »Bündnis für Arbeit« auf betrieblicher Ebene funktioniert und den Gedanken an gewerkschaftlich koordinierte Gegenmacht gar nicht erst aufkommen läßt. Dieses Denken führt tiefer in die Sackgasse. Die massive antigerwerkschaftliche Kampagne, die seit Monaten in den Medien und den Parlamenten läuft, zeigte die gewünschte Wirkung: DGB-Chef Sommer forderte angesichts der »neuen strategischen Lage« zur Beteiligung an der Reformdebatte auf und warnte davor, aus Enttäuschung über die SPD »radikale Positionen« einzunehmen.



Auf der DGB-Demonstration am 24. Mai in Hamburg

... müssen wir uns damit abfinden«(?)

Eine überaus bescheidene Rolle spielt derzeit die Gewerkschaftslinken. Sie ist zwar fleißig, aber zu schwach, um sich in der passiven Mitgliedschaft und gegenüber dem Gewerkschaftsapparat Gehör zu verschaffen. An Gremienbeschlüssen und Resolutionen gegen die Agenda ist kein Mangel, es fehlt aber an der konkreten Umsetzung, um wirklich Druck zu machen (z.B. Kundgebungen nicht nur nach Feierabend, sondern auch während der Arbeitszeit). In Stuttgart diskutierte am 17. Mai ein Kongress von ca. 200 Gewerkschaftslinken über die »Wiederherstellung des politischen Mandats bzw. der Autonomie der Gewerkschaften« (was es übrigens historisch so nie gegeben hat). Es kam zu einigen interessanten Anregungen, deren Realisierung vom heutigen Stand aus utopisch erscheint und einen langen Atem benötigt. Die Gewerkschaftslinken muß über ihren eigenen Tellerrand hinaussehen und sich mit politischen Fragen befassen, die nicht nur betriebliche Belange, sondern alle Lebensinteressen der lohnabhängigen und der erwerbslosen Bevölkerung betreffen. Sie muß darauf hinwirken, daß die Gewerkschaften nicht nur ihre traditionelle Stammklientel berücksichtigen, sondern auch die Interessen von MigrantInnen, Arbeitslosen, SozialhilfeempfängerInnen, RentnerInnen als ihre eigenen begreifen und Fraueninteressen generell stärker berücksichtigen als bisher.

Weil das Kapital den seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs funktionierenden Sozialkompromiß inzwischen aufgekündigt hat und die Unterwerfung der Gewerkschaften verlangt, können sozialreformerische Forderungen wie Investitionsprogramme, aktive Arbeitsmarktpolitik, Arbeitszeitverkürzung, Konsolidierung der Sozialversicherungen nur noch durch soziale Kämpfe durchgesetzt werden. Hierzu reichen traditionelle Tarifrunden nicht mehr aus. Solche Kämpfe zwingen deshalb förmlich zu expliziter Kapitalismus-kritik – freilich kein Automatismus, sondern von Linken einzufordern. Zu der Gegenwehr gegen Sozialabbau und dem Versuch, in die Offensive zu kommen, gehören schließlich auch die Thematisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Kampf gegen deren Privatisierung (Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Nah- und Fernverkehr, Bildung, Gesundheit) sowie der Umgang mit gesellschaftlichen Minderheiten und deren politischer Vertretung. Das alles kann nicht wirksam werden ohne einen grundsätzli-

chen inneren Wandel der Gewerkschaften im Sinne einer Politisierung der Mitgliedschaft.

Diese Veränderung ist in den Gewerkschaften allein nicht zu schaffen, sie sind kein Parteiersatz und können diese Funktion nicht wahrnehmen. In den Gewerkschaften organisieren sich Menschen aufgrund gemeinsamer Klassenlage (Lohnabhängige), die politischen Unterschiede aber ehen real weit auseinander, ebenso die ökonomischen und sozialen Teilinteressen (nach Betrieben, Branchen, Regionen usw.). Dies behindert oder verhindert sogar Mobilisierung, soweit keine politische Organisation da ist, die diese Differenzen aufheben kann. In unserer derzeitigen Realität existiert eine revolutionäre Linke nur noch am Rande, selbst eine reformistische Linke hat kaum Einfluß (eigentlich nur dort, wo Leute mit dem Rücken zur Wand stehen). Die Masse der KollegInnen verhält sich apathisch und kommt höchstens mal zu Protestkundgebungen, die aber derzeit sehr klein ausfallen (wie am 24. Mai gegen die Agenda2010). Ansonsten sind betriebliche oder individuelle Lösungen gesucht. In dieser Situation sind Gewerkschaften nicht lebendige Organe einer Klassenbewegung, sondern bürokratisierte Organisationen des Tarifsystems.

Was den Gewerkschaften heute fehlt, ist der politische Bezug in Form einer oder mehrerer Parteien, die – wie reduziert auch immer – die sozialen Interessen (Klasseninteressen) der Lohnabhängigen vertreten. Die Diskussion in der alten Arbeiterbewegung vergangener Zeiten über das Verhältnis zwischen politischer Partei und Gewerkschaft ist eine Sache, die Übersetzung auf heutige Zeiten eine andere. Die Gründung einer linken (kommunistischen, sozialistischen, klassenbewußten, revolutionären) Partei folgt nicht allein aus »objektiven« Krisenbedingungen, sondern braucht eine politische Bewegung, die offensichtlich nicht auf der Tagesordnung steht. Für eine heute nicht vorhandene Bewegung eine politische Strategie zu entwerfen, ist überflüssig. Dennoch: Auch unter den heutigen Bedingungen kann sich die klassenbewußte Linke nicht der Verantwortung entziehen, die immer noch bestehenden Zusammenhänge und die gewerkschaftliche Tarifautonomie zu verteidigen. Sie muß sie mit Inhalten füllen, Standpunkt beziehen und sich zu Wort melden, wo immer es geht.

Hanau, A.K., 19.6.2003 ■

IG-Metall-Streik ohne Ergebnis – partielle Niederlage oder gewerkschaftliche Kapitulation?

Zum ersten mal seit 50 Jahren hat die IG-Metall-Führung einen Arbeitskampf ohne Ergebnis, also mit einer Niederlage abgebrochen. Für eine ausführliche Analyse des Streikgeschehens ist es noch zu früh, zumal die dadurch ausgelöste innergewerkschaftliche Debatte erst am Anfang steht. Dennoch, die politische Folgewirkungen dieser Niederlage zwingen zur Stellungnahme; sie haben für die Gewerkschaften insgesamt sowie für alle, die sich gegen die Sozialdemontage durch Unternehmerverbände und Bundesregierung zur Wehr setzen wollen, weitreichende Konsequenzen. Auch die Risse innerhalb der IG Metall wurden durch das verheerende Ende der Tarifaueinandersetzung sichtbar. In bisher nicht gekannter Schärfe werden die inhaltlichen und personellen Differenzen und Widersprüche in der Öffentlichkeit ausgetragen. Diese Auseinandersetzungen haben Bedeutung weit über die IG Metall hinaus.

»Die historische Niederlage einer der mächtigsten Gewerkschaften Europas dürfte zum Genesen der deutschen Wirtschaft mehr beitragen als alle Beschlüsse aus dem Schinkel-Schloss in Neuhardenberg. (Dort wurde vom Bundeskabinett u.a. die Steuersenkung beschlossen.) Sie markiert das Ende des Flächentarifvertrages – nicht nur im Osten. Auch im Westen wird sich die Durchlässigkeit dieser Verträge in absehbarer Zeit beträchtlich erhöhen.«

So jubelte am 30. Juni 2003 die »FAZ«, die sich auch als Sprachrohr der Interessenverbände des deutschen Kapitals begreift. Diese wähen sich dem Ziel der seit Jahren gegen die Gewerkschaften geführten Kampagne einen entscheidenden Schritt näher. Das Ziel besteht darin, die Widerstände gegen eine vollständige Übernahme unternehmerischen Denkens in den Gewerkschaften auszuschalten. Plakativ ausgedrückt: So genannte »Modernisierer« werden gegen »Betonköpfe« ausgespielt. Mit Hilfe der »Modernisierer« sollen die Gewerkschaften zu Organisationen zurechtstutzt werden, die nicht mit Ansprüchen auf existenzsichernde Löhne und Sozialleistungen der Entfaltung unternehmerischer Macht im Wege stehen. Als »moderne Dienstleister« sollen sie helfen, die Ware Arbeitskraft an die Erfordernisse der kapitalistischen Weltmarktkonkurrenz anzupassen.

Die Ausgangsbedingungen des Streiks

Die Anti-Gewerkschaftskampagne bestimmte das gesellschaftliche Klima im Umfeld des Tarifgeschehens. Die Gewerkschaften standen mit dem Rücken an der Wand. »Die Gewerkschaften begehen Harakiri, aber viel zu langsam«, so BDI-Präsident Rogowski. Die Offensive der herrschenden Klasse konnte sich einer breiten Zustimmung der Parteien – besonders wichtig, der »Arbeitnehmerpartei« SPD – und der Medien sicher sein. Sie stieß nicht auf den geschlossenen Widerstand, sondern auf eine gesplante Gewerkschaftsbewegung (siehe die ersten Art. in diesem Heft). Auch die Tarifverhandlungen über eine Angleichung der Arbeitszeit in den neuen Bundesländern wurden gegen den Widerstand von Teilen des IGM-Vorstandes (u.a. Zwickel und Huber) beschlossen. Nach den Demonstrationen gegen die Agenda 2010 am 24. Mai, also unmittelbar vor der entscheidenden Phase der Verhandlungen, gewannen auch in Vorständen von IG Metall, ver.di und IG BAU jene Kräfte die Oberhand, die auf eine Beendigung des Widerstandes und eine Koope-

ration mit der Bundesregierung drängten. Hatte z.B. Anfang Mai der Vorsitzende der IG BAU, Wiesehügel, die Regierungspläne zur Agenda 2010 noch als »zynisch und üblen Verstoß gegen die Menschenwürde« bezeichnet, sprach er nun davon, die Gewerkschaften würden »die Entscheidungen der Regierung begleiten« und versuchen, »Gesprächspartner in der sozialen Diskussion« zu sein. Der ver.di-Vorsitzende Bsirske pflichtete ihm bei: »Wenn wir uns weiter stellen, verlieren wir unsere Handlungsfähigkeit.«

Die Tariffbewegung Ost reihte sich nicht mehr ein in die gewerkschaftlichen Aktivitäten gegen die soziale Demontage, sondern blieb ein auf die neuen Bundesländer beschränktes Ereignis. Das war Wasser auf die Mühlen der Gegenseite und erleichterte deren Propaganda: »Ein falscher Streik, zum falschen Zeitpunkt, am falschen Ort«. Wie der Streik zeigen sollte, setzten Zwickel, Huber etc. fortan alles daran, die Auseinandersetzung auf die neuen Länder zu begrenzen. Das bestimmte den Verlauf sowie die gewerkschaftliche Argumentation während des Streiks.

Zudem waren die Ausgangsbedingungen für die IG Metall in Ostdeutschland besonders schwierig: hohe Arbeitslosigkeit, ein Flächentarifvertrag, der nur in etwa 20 Prozent der Betriebe Anwendung findet, ein in vielen Betrieben geringer gewerkschaftlicher Organisationsgrad sowie das Fehlen von Streikerfahrungen. Dennoch gelang es in den ausgewählten, höchst produktiven und gewerkschaftlich besser organisierten Betrieben, 80 Prozent der Mitglieder für einen Arbeitskampf zu gewinnen. Die Ergebnisse der Urabstimmung zeigen (wie u.a. der Arbeitskampf in der Berliner Bauindustrie vor einem Jahr): auch in Krisenzeiten lassen sich Belegschaften mobilisieren. **Die Streikfront war** nach vier Wochen in Sachsen und zwei Wochen in Berlin-Brandenburg trotz des enormen Drucks und der öffentlich geführten Kampagne **nicht gebrochen**.

Die Metallunternehmer führten die Tarifverhandlungen als gesellschaftspolitischen Kampf

Vom ersten Tag an führte der Verband der sächsischen Metallunternehmer die Tarifaueinandersetzung als politische Schlacht gegen die IG Metall und die Gewerkschaften insgesamt. Auf seiner Seite stand:

- ◆ der Gesamtverband der Metallindustrie (Siemens hat entscheidenden Einfluß im Verband der Metallindustrie Sachsens) und das geschlossene Unternehmerlager,
- ◆ Bundes- und Landesregierungen, die geschlossene Front der Parteien von FDP bis SPD und selbst Teile der PDS,
- ◆ die Justiz und die Staatsgewalt, die den Zugang für Streikbrecher erzwang,
- ◆ die Medien, die fast ausnahmslos Sprachrohr der anti-gewerkschaftlichen Kampagne sind.

Der politische Kampf gegen die Tarifforderung der IG Metall reiht sich ein in die Offensive, wie sie u.a. bei Hartz, Rürup und der Agenda 2010 zum Ausdruck kommt. Ziel dieser Offensive ist das Aufbrechen noch existierender Tarife/Flächentarife und der Abbau bestehender Arbeitszeit-Arbeitsschutz- und Kündigungsschutzbestimmungen. Der während des Streiks von Minister Clement gemachte Vorschlag zur Streichung von Feiertagen war das Signal für eine neue Kampagne: zur Verlängerung der jährlichen und der

Zwickel contra Peters – kleine Differenzen mit großen Wirkungen

Die Auseinandersetzung zwischen dem scheidenden 1. Vorsitzenden Klaus Zwickel auf der einen und dem 2. Vorsitzenden Jürgen Peters auf der anderen Seiten steht für eine schon längere Auseinandersetzung zweier Lager innerhalb der IG Metall. Dass sie jetzt öffentlich ausgetragen wird, zeigt allerdings den tiefen Riss in der sonst um Geschlossenheit bemühten Gewerkschaft. Die beiden Lager unterscheiden sich zum einen in ihrer Positionierung gegenüber der SPD, zum anderen in ihrem Verständnis des schon seit Jahren andauernden neoliberalen Dogmas. Beiden Seiten liegt allerdings jeglicher »Extremismus« fern: Es geht nicht um Streit zwischen einer antikapitalistischen und »zum Sozialismus drängenden« Linken auf der einen Seite und einer sozialdemokratischen/konservativen, die »Arbeiterklasse verratenen Rechten« auf der anderen Seite. Die Unterschiede sind graduell.

Der Flügel, der mit der Person Jürgen Peters verbunden ist, steht für einen gewissen Grad an gewerkschaftlicher Autonomie gegenüber der Sozialdemokratie. Die bisherige Politik der Bundesregierung und insbesondere die Agenda 2010 wird von diesem Flügel als Umverteilungspolitik zugunsten der besitzenden Klasse bezeichnet und abgelehnt. Die Interessen der Mitgliedschaft sollen durchaus mit den Mitteln des Streiks durchgesetzt werden. Hans-Jürgen Urban, Abteilungsleiter Sozialpolitik, dass die SPD »mit dem ›sozialstaatlichen Klassenkompromiss‹, der nach dem Zweiten Weltkrieg das westeuropäische Modell des Sozialstaats-Kapitalismus prägte« bricht und sie nunmehr »keine starken und autonomen Gewerkschaften braucht«. Als Gegenentwurf zur Agenda 2010 wird eine antizyklische Politik gefor-

dert. »Solange wir in einer kapitalistischen Privatwirtschaft leben, bedürfen Markt und Gesellschaft der bewussten Regulierung durch den demokratischen Sozialstaat.« Diese Fraktion kann quasi als linkskeynesianistisch bezeichnet werden.

Die andere Seite, vertreten von Klaus Zwickel und Berthold Huber, dem Bezirksleiter von Baden-Württemberg, hat dagegen das neoliberale Dogma der Angebotspolitik und der damit notwendigen Verbilligung der Ware Arbeitskraft im Standortwettbewerb weitgehend akzeptiert. Sie meinen, dass die IG Metall sich auf die »Gestaltung« und nicht »Blockade« derzeitiger Veränderungsprozesse konzentrieren solle und es keine Alternative zum Bündnis mit der SPD gebe. Einfluss auf die Politik könne nur über den direkten Kontakt zur »Partei« und ihren Abgeordneten ausgeübt werden, Arbeitskämpfe stellen auch in Tarifangelegenheiten die ultimo ratio dar.

Eine der Hauptaufgaben sieht dieser Flügel der IG Metall zudem in der Anpassung der Mitgliederstruktur an die von ihnen analysierte, veränderte Beschäftigtenstruktur der Metall- und Elektroindustrie. Dies heißt, weg von den un- und angelernten Arbeiterschichten, hin zu den Angestelltenbereichen in den höheren Lohngruppen. Auf den Punkt gebracht wird diese Position von Klaus Lang, Abteilungsleiter in der IG Metall und zukünftiger Arbeitsdirektor des Stahlwerks Georgsmarienhütte, wenn er formuliert, dass »eine weitere Belastung allein der Unternehmer, z.B. durch Gesundheitsabgaben oder eine Wertschöpfungsabgabe, ... weder politisch durchsetzbar noch ökonomisch sinnvoll« sei. Dagegen spräche der »verschärfte Wettbewerbsdruck, der sich z.B. in einer seit Jahrzehnten sinkenden Umsatzrendite niederschlägt«. Letztlich die Position auf ein »Teilen in der Klasse«, da Umverteilung nicht möglich und durchsetzbar sei. Berlin, S.B., 12.7.03 ■

Lebensarbeitszeit. BDI-Präsident Rogowski trieb die Arbeitszeitdebatte voran. Er forderte die Ausdehnung der jährlichen Arbeitszeit um 500 Std. – umgerechnet zwei Stunden täglich. Auch wenn eine Umsetzung dieser Forderung zur Zeit nicht realistisch ist, als langfristiges Programm des BDI ist diese Forderung »in den Ring geworfen«.

Einen Erfolg der Streikenden, so minimal er auch gewesen wäre, wollten Regierung und Unternehmer unter allen Umständen verhindern. Denn eine Angleichung der Arbeitszeit zwischen Ost und West würde das ständige Bemühen konterkarieren, eine immer stärkere Differenzierung und Zersplitterung bei Löhnen und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Und die in den Gewerkschaften wirkende Bremse: Wieso Arbeitszeiten Ost/West angleichen, wenn man innerhalb eines Unternehmens sich auf die unterschiedlichsten Bedingungen einlässt? Und diese sogar noch tarifiert: bei Ausweitung der Leiharbeit, bei Niedriglöhnen für Neueingestellte und ausgegliederte Unternehmensteile, bei Öffnungsklauseln in Tarifverträgen.

Ein Erfolg bei Angleichung der Arbeitszeit Ost, wie lange zeitlich gestreckt auch immer, hätte die Durchsetzung des kommenden Abbaus im Westen zumindest erschwert und den Flügel in den Gewerkschaften gestärkt, der sich für eine Fortsetzung des Widerstandes gegen die Agenda 2010 ausspricht.

Die IG Metall antwortet mit der klassischen Tarifpolitik

Während die Unternehmensverbände den Streik von gut 10.000 Metallern im Osten zum zentralen politischen Schlachtfeld auserkoren hatten, führte die IG Metall – wie in der Vergangenheit – den Konflikt als reines Tarifgeschäft. Als Argument diente lediglich die Angleichung Ost, die Herstellung der »Gerechtigkeit« zwischen alten und neuen Ländern. Die arbeitsmarktpolitische Funktion blieb aussen vor. Sie war auch kein Ziel der IG Metall. Die vereinbarte Arbeitszeitverkürzung in der Stahlindustrie Ost wird aufgrund der zeitlichen Streckung (Angleichung bis 2009) keinerlei arbeitsmarktpolitische Wirkung haben, die bevorstehenden Rationalisierungen werden dies aufheben. Weiter: »Die zeitlich getrennte Durchführung der Urabstimmungen für den Stahlbereich (22.–24. Mai), die Metall- und Elektroindustrie in Sachsen (26.–28. Mai) und in Berlin-Brandenburg (5.–7. Juni) sowie die daraufhin zeitlich verzögert einsetzenden Streiks zeigen das klassische Muster von Tarifpolitik. Die Streikbewegung sollte langsam beginnen und im Rahmen der Tarifgebiete ausweitungsfähig sein. Die Nichteinbeziehung der Tarifgebiete Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen und damit der Bezirke Hannover, Küste und Frankfurt in die Streiks weisen ebenso auf die traditionelle Tarifpolitik hin. Sicherlich befanden sich in diesen drei »gemischten«, also Ost-Westbezirken nicht die kampffähig-

Lieber Kollege Hasso Düvel, [...] Ich bin Druckerin, war Betriebsrätin, habe die Auseinandersetzung um die 35-Std.-Woche in der 80er Jahren mit gemacht und war zehn Jahre Mitglied in der Tarifkommission Druckindustrie. Unser ver.di-Fachbereich hatte Euch geschrieben, dass wir Euren Kampf um die 35-Std.-Woche für äußerst legitim und notwendig halten, ohne die in jeder Hinsicht schwierigen aktuellen Bedingungen dabei zu übersehen.

Umso dringlicher wäre die Solidarität der ganzen IG Metall gefordert gewesen. Aber das, was in den letzten Tagen insbesondere von einigen Betriebsräten aus westdeutschen Autobetrieben zu sehen und zu hören war, sprengt alles, was ich in gewerkschaftlichen Tarif- und sonstigen Auseinandersetzungen erlebt habe und was ich mir bisher vorstellen konnte. Und der Abbruch des Streiks in dieser Form wie gestern kundgetan, kennt gleichfalls kein Vorbild. Dass ein BR-Vorsitzender von Opel bei laufendem Streik sich in der Tagesschau ausführlich und massiv gegen einen Streik seiner ostdeutschen Kollegen aussprechen kann, halte ich für eine gewerkschaftliche Un-Tat ohne Beispiel. Dass sich andere gewerkschaftliche BR-Vorsitzende in anderen Medien sozusagen Arm in Arm mit ihren Geschäftsleitungen als Standortverteidiger hervortun können und den Erfolg von Streikaktionen beklagen, der, wie man sich erinnert, ja darin bestehen soll, die Produktion zu treffen, hätte ich bisher gleichfalls nicht für möglich gehalten.

Dass ein leitender Vorstand dieses nicht zum Anlass nimmt, massiv einzugreifen und für die Einhaltung von grundsätzlicher Solidarität und Loyalität zu sorgen, ist mir völlig unverständlich. Und dass dann der Arbeitskampf über Mitteilung in den Medien durch den Vorsitzenden für beendet erklärt wird und die Entscheidung nicht durch die zuständigen Gremien und in den vorgegebenen demokrati-

schen Abläufen vorgenommen wird, bedeutet, die Verkeh- rung aller Verhältnisse auf die Spitze zu treiben. Soll die IG Metall und die Gewerkschaftsbewegung insgesamt auf Jahre hinaus gespalten und kampfunfähig gemacht werden? Wird die Auseinandersetzung um einen Nachfolger für den scheidenden Vorsitzenden jetzt auf einem neuen Terrain, nämlich auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen während eines Arbeitskampfes ausgetragen? ... Die ganzen Vorgänge um diesen Arbeitskampf legen Defizite und Mängel von gewerkschaftlicher Verfasstheit bloß, die in ihren Auswirkungen schon zu normalen Zeiten einen um den Schlaf bringen können. In der gegenwärtigen Krise und angesichts einer antigewerkschaftlichen Kampagne ohne Beispiel wird es überlebensnotwendig, die Ursachen schonungslos und umfassend zu analysieren, sich strittig darüber auseinander zu setzen, um sie in einer längerfristig angelegten Arbeit aufzu- heben. [...]

Allein die Tatsache, dass dieser Kampf von Euch begon- nen wurde, dass das ganze Thema der gespaltenen Bedin- gungen in Ost und West auf die Tagesordnung gesetzt wurde, um sie zu überwinden, ist ein großer Fortschritt. Ich wün- sche Dir und Deinen Kollegen, dass Ihr trotz dieser partiellen Niederlage nicht zurück sondern weiter nach vorne geht. Ich wünsche, dass Ihr soviel Unterstützung erfahrt, dass klar wird, wo die Verantwortlichkeiten für diese Niederlage zu suchen sind und dass Ihr und die IG Metall gestärkt daraus hervorgehen könnt. Wir in den anderen Gewerkschaften brauchen keine zweite IG BCE, sondern wir brauchen drin- gend eine IG Metall, die kämpferisch und mutig auch weiter- hin unsere gemeinsamen Ziele verfolgt.

Mit solidarischen Grüßen,

Constanze Lindemann (Vorsitzende ver.di FB 08; Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg) ■

sten Betriebe und es wurde versucht den Arbeitskampf zunächst in Sachsen und Brandenburg zu gewinnen, um dann im tarifpolitischen Hinterland friedlich verhandeln und sich einem Pilotabschluss anschließen zu können. Dies kann jedoch nur dann gelingen, solange die Unternehmer grundsätzlich verhandlungsbereit und am Abschluss eines Tarifvertrages ohne größere Konfrontationen interessiert sind. Dies war aber offensichtlich nicht der Fall. Im Ergebnis heißt dies, die IG Metall hätte den Streik ohne die Unterstützung aus dem Westen überhaupt nicht gewinnen können.» (junge welt, 15. 7. 2003)

Von der Sabotage zur Kapitulation

Spätestens nach der dritten Streikwoche in Sachsen war diese Tatsache für alle Beteiligten offensichtlich. Ein auch nur halbwegs annehmbarer Kompromiss wäre nur durch eine Ausweitung des Arbeitskampfes zu erzielen gewesen. Mit den Streikfolgen im Westen, ob tatsächliche Fernwir- kung oder lediglich Kampfmittel der Unternehmerseite, drohte eine Politisierung der Auseinandersetzung auch von gewerkschaftlicher Seite. Dies hätte den Kurs der Ein- und Unterordnung der Gewerkschaftsvorstände gegenüber der Bundesregierung erneut auf die Tagesordnung gesetzt und in Frage gestellt. Der Flügel um Zwickel und Huber, der sich auf zahlreiche Konzernbetriebsräte stützen kann, sah sich zum Handeln veranlaßt. In der vierten Streikwoche begannen die

Gesamtbetriebsratsvorsitzenden von Opel, Daimler und BMW immer unverblümt in aller Öffentlichkeit eine Been- digung des Streiks zu fordern (siehe Resolutionen Seite ???). Am 26. Juni wurde ZF in Brandenburg als wichtiger Auto- mobilzulieferer aus der Streikfront herausgenommen und am Samstag, den 28. Juni verkündete der scheidende Vorsit- zende Zwickel vor der versammelten Presse die Beendigung des Streiks. Die für den folgenden Tag zusammengerufenen zuständigen Gremien wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Ihnen wurde dadurch die Möglichkeit genommen, frei über den weiteren Fortgang des Arbeitskampfes zu dis- kutieren und zu entscheiden.

Personelle Schlammschlacht – auf dem Rücken der Streikenden

Unmittelbar nach Beendigung der Streiks setzte die Gegen- seite, wiederum mit Unterstützung innergewerkschaftlichen Hilfstruppen, ihren politischen Angriff fort. Nächstes Etap- penziel nach der Streikniederlage der IG Metall ist die Demontage der »Verweigerer« und »Betonköpfe«. Nachdem man Peters und Düvel die Schuld für die Niederlage in die Schuhe geschoben hat, sollen sie von ihren Ämtern bzw. Kandidaturen zurücktreten. Der Wende der SPD zur neuen Mitte soll jetzt die »Sozialliberalisierung« der Gewerkschaften folgen. Das Festhalten an sozialdemokratischen Positio- nen ist hinderlich bei der Durchsetzung der von den Unter-

nehmervverbänden und der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Pläne sowie bei der vom Huber-Flügel anvisierten »Modernisierung«. Bei aller Kritik an den Positionen von Peters, die gewerkschaftliche Linke muss sich in dieser Situation gegen die Angriffe auf seine Person stellen. Wir können nicht widerspruchslos hinnehmen, dass über den Gewerkschaftsvorsitzenden die Gegenseite entscheidet, mit Hilfe einer Pressekampagne unter Beteiligung von führenden Funktionären der IG Metall. Die Art und Weise allerdings, wie dieser Machtkampf von allen Beteiligten auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen wird, erschwert eine inhaltliche Diskussion über die Ursachen der Niederlage und stärkt die antigewerkschaftliche Stimmung auch in den eigenen Reihen.

THESEN ZUR DISKUSSION:

Eine erste Bilanz

Grundlage für eine Diskussion über gewerkschaftliche Zielsetzungen und die Methoden zu ihrer Durchsetzung kann nur die Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse bilden. Dazu gehört neben einer Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung auch eine Bestimmung der daraus resultierenden Kräfteverhältnisse sowie die Kenntnis über Absichten und Ziele der Gegenseite. Die folgenden Thesen sind deshalb vorläufige Schlussfolgerungen aus der Streikniederlage, die wir **zur Diskussion** stellen:

1. Der Streik im Osten, von der IG Metall vor längerem ausschließlich als normale Tarifrunde geplant, wurde vom Unternehmerlager – mit Unterstützung der Regierung – zu einem breit angelegten politischen Angriff auf die IG Metall und die Gewerkschaften insgesamt genutzt.
2. Urabstimmung und Verlauf des Streiks haben gezeigt: auch unter den schwierigen Bedingungen der Krise (die Gewerkschaften stehen mit dem Rücken an der Wand) ist eine Mobilisierung möglich, könnten die Gewerkschaften Teilerfolge erringen. Voraussetzung ist allerdings, dass sie den politischen Angriffen auch politisch entgegenreten.
3. Die Streikniederlage war weder zwangsläufig noch läßt sie sich auf einzelne Fehler in der Streiktaktik zurückführen. Sie ist das Ergebnis der gewerkschaftlichen Beschränkung auf rein tarifliche Methoden sowie der offen betriebenen Sabotage durch den Zwickel/Huber-Flügel.
4. Sollte sich dieser Flügel in den Gewerkschaften weitgehend durchsetzen, wird das die Ausgangsbedingungen für die gewerkschaftliche und politische Arbeit der Linken erschweren, denn das würde auf den Verzicht jeglicher Gegenwehr durch den Gewerkschaftsvorstand hinauslaufen.
5. Nicht die Streikniederlage hat die Krise in der IG Metall herbeigeführt. Sie hat lediglich den Zustand der Gewerkschaft bloßgelegt und die Widersprüche in der Vorstandsetage nach aussen sichtbar werden lassen.
6. Auf den Prüfstand einer kritischen Bestandsaufnahme gehört der seit Jahren verfolgte Kurs der IG Metall, vor allem:
 - Das von Zwickel initiierte Bündnis für Arbeit und die zahlreichen betrieblichen Bündnisse.

- Die Beteiligung an den Kommissionen der Bundesregierung und die Zustimmung zu deren Ergebnissen (siehe die katastrophalen Folgen von Hartz).
- Die zahlreich abgeschlossenen Öffnungsklauseln, die den Flächentarifvertrag durchlöchern haben. Das schrittweise Zurückweichen, als »das kleinere Übel« deklariert, hat dazu beigetragen, die IG Metall in die jetzt unübersehbar gewordene Krise zu führen.

7. Die Suche nach Schuldigen und die Debatte um Posten verengt die Diskussion und lenkt von den eigentlichen Ursachen ab. Durch das Auswechseln von Personen kann die Krise nicht beseitigt werden. Aus dem Apparat heraus wird es keine Erneuerung geben. Dazu bedarf es der kritischen Beteiligung der Mitgliedschaft, des Ausbaus der gewerkschaftlichen Strukturen (der Vertrauensleutearbeit) in den Betrieben.

8. Alle Versuche, die Angriffe des Kapitals mit nur gewerkschaftlichen, d.h. tariflichen Methoden, abzuwehren, sind zum Scheitern verurteilt. Denn unter den heutigen Bedingungen haben alle diese Auseinandersetzungen von vornherein einen politischen Charakter.

9. Die herrschende Klasse hat sich formiert, d.h. sie ist sich über ihre materiellen und politischen Interessen einig und tritt geschlossen den Gewerkschaften gegenüber. Sie sollen als Organisationen, in denen sich sozialer Protest artikulieren kann, ausgeschaltet werden.

10. Die Unternehmerseite kann sich dabei der Unterstützung aller parlamentarischen Parteien sicher sein. Auch die SPD hat das mit dem tiefen Riss gegenüber den Gewerkschaften deutlich gemacht. Deren Unterordnung macht sie zur Vorbedingung für eine weitere Zusammenarbeit.

11. Die Gewerkschaften stehen den Angriffen gespalten und politisch desorientiert gegenüber. Der eine, der »Modernisierer«-Flügel der »Modernisierer« möchte sich die weitere Zusammenarbeit mit Kapital und Regierung erkaufen durch die Preisgabe bisher errungener Positionen und den Verzicht auf jegliche Konfrontation. Der andere, »traditionelle« Flügel versucht die alte gewerkschaftliche Funktion aufrecht zu erhalten und ist bereit, dafür auch in begrenzte Auseinandersetzungen zu gehen. Er kann und will aber den Boden der kapitalistischen Ordnung und des rein gewerkschaftlichen Kampfes nicht verlassen. Er stellt deshalb auf Dauer keine tragfähige politische Alternative zum »Modernisierer«-Flügel dar.

12. Die gewerkschaftliche Linke/Opposition wird keinen Einfluss gewinnen können, wenn sie nicht als eine eigenständige politische Kraft auftritt. Die bloße Verteidigung traditioneller gewerkschaftlicher Werte, Positionen und Methoden hat unter den veränderten Bedingungen keine Zukunft. Ein »Zurück« zu den gesellschaftlichen Zuständen, unter denen die Gewerkschaften damit materielle Erfolge erzielen konnten, wird es nicht geben. Die Verteidigung der noch existierenden sozialen Standards setzt voraus den Abschied von einer sich der kapitalistischen Ordnung verpflichtet fühlenden Gewerkschaftsarbeit und die Überwindung der unbrauchbar gewordenen Methoden.

Berlin, A.H., 13.7.03 ■

Aufarbeitung der Streikniederlage

Liebe Kollegen, die **IGM-VK-Leitung bei der Eisenbahn und Häfen GmbH** (Tochter der ThyssenKrupp Carbon Steel Duisburg mit 1350 Beschäftigten) ruft dazu auf, alles dafür zu tun, dass die Streikniederlage nicht durch weitere Entsolidarisierung, durch Disziplinlosigkeit von Funktionären und Konzernbetriebsratsvorsitzenden der Automobilindustrie sowie durch Seilschaftskämpfe vertieft wird. [...]

In der Öffentlichkeit und der Mitgliedschaft entsteht der Eindruck, daß maßgebende Funktions- und Mandatsträger, die sich zum Teil auf gewerkschaftsschädigende Art und Weise von dem Streik distanzieren, die Niederlage als willkommene Gelegenheit für personelle und gewerkschaftspolitische Weichenstellungen ausnutzen wollen. [...]

Wir nennen insbesondere den GBR-Vorsitzenden der Opel AG, Klaus Franz, Erich Klemm von Daimler-Chrysler, den bayerischen Bezirksleiter Werner Neugebauer, das Vorstandsmitglied Bruno Neumann und den Bochumer Bevollmächtigten Ludger Hinse. Ihr Verhalten hinterläßt den Eindruck, als würden sie in einer de facto Branchenkoalition mit Konzernleitungen und Arbeitgeberverbandsfunktionären auf wichtige Entscheidungen in der IG Metall Einfluss nehmen wollen. Das schadet der IG Metall insgesamt und muss sofort aufhören! Mehr oder wenige offene Entsolidarisierung in Wort und Tat ist keine zulässige Meinungsäußerung, sondern aus gewerkschaftlicher Sicht verwerflich. Das darf unserer Meinung nach nicht ohne disziplinarische Konsequenzen bleiben. Wir haben nicht vergessen, dass sich der Grossteil der veröffentlichten Meinung nachdrücklich hinter Kollegen Huber (»kompromißbereiter Reformler«) als Nachfolger für Klaus Zwickel gestellt hatte, gegen Kollegen Peters [...]. Die überaus harte Gangart der Kapitalseite während der Verhandlungen bei Metall [...] legt es nahe, daß sie durchaus auch einer bestimmten Richtung in der IG Metall eine Niederlage beibringen und damit personelle und programmatische Entscheidungen beeinflussen wollte. [...]

Im Rahmen einer ehrlichen Ausarbeitung ist deshalb auch zu hinterfragen, ob das ursprüngliche Streikkonzept überhaupt realitätstüchtig war. War es vielleicht nur Ergebnis eines Kompromisses in den verantwortlichen Gremien? Hatte man die Tragweite der Auseinandersetzung überhaupt erkannt? Die Kernpunkte des Streikkonzepts müssen in der organisationsinternen Diskussion offengelegt werden! Wir sind fest davon überzeugt, dass die Forderung nach weiterer Arbeitszeitverkürzung angesichts drohender 5-Millionenarbeitslosigkeit und der notwendigen Ost-West-Angleichung objektiv vollaufberechtigt ist. [...]

Wir fragen: War es realistisch, davon auszugehen, man könne eine solche prinzipielle Auseinandersetzung wie um kollektive Arbeitszeitverkürzung in der Metallbranche Ostdeutschlands durch regional beschränktes Klein-Klein und unter weitgehendem Ausschluss von Fernwirkungen bestehen? Waren der nach wie vor schwache Organisationsgrad in der Metallbranche von Sachsen und Brandenburg und die prekäre Tariflandschaft ausreichend bedacht worden? War

die längerfristige gewerkschaftspolitische Vorbereitung von Mitgliedschaft und Öffentlichkeit überhaupt ausreichend? War wirklich alles für die notwendige Solidarität zwischen den östlichen und westlichen IG-Metall-Bezirken getan worden? [...]

Lieber Klaus Zwickel, lieber Jürgen Peters,

mit Empörung, Wut und Enttäuschung nehmen wir zur Zeit die öffentliche, antigewerkschaftliche Hetzkampagne von einigen »Spitzenfunktionären« zur Kenntnis. [...]

Die Tiefpunkte für jeden aktiven Metaller sind, u.a.:

1. Der in der Springer Presse Welt Artikel vom 26.06.03 vom OPEL Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Klaus Franz. Nachgelegt in mehreren Fernsehsendungen und anderen Publikationen. Wir als Vertrauenskörperleitung OPEL – Bochum stellen fest: Als GBR-Vors. hat er weder vom Bochumer Betriebsrat, noch von unserer VKL oder den Bochumer IG Metallern eine Legitimation oder einen Beschluss. Im Gegenteil: Er verstößt gegen eigene längere festgelegte Beschlüsse – siehe VKL-Treffen Bochum Rüsselsheim Kaiserslautern Eisenach am 2.11.02 in Eisenach. OPEL Eisenach, ein Konzernstandort in Thüringen, muss nach 10 Jahren Produktion endlich den Bedingungen der anderen Standorte angepaßt werden. In Arbeitszeit und sozialen Standards. Die persönlich, diffamierenden Angriffe gegen Jürgen Peters sprechen Klaus Franz die Sachlichkeit ab. Es ist sein mangelndes, gewerkschaftliches Bewußtsein.

2. In der WAZ vom 30.06.03 – 1. Seite - WAZ vom 1.07.03 – groß im Lokalteil und im WDR Interview vom 30.06.03 – aus Spanien, hat der Bochumer IGM Bevollm. Ludger Hinse – fast absprachegemäß und deckungsgleich mit Klaus Franz – ebenfalls unter der Gürtellinie – auf abwertende, persönliche diffamierende Gehässigkeiten öffentlich gegen die IG-Metall und J. Peters und H. Düvel hergezogen. Ein solches, nie dagewesenes Verhalten eines IGM Bevollmächtigten, der sich fälschlicherweise auf 35.000 Metaller beruft ist, gewerkschaftsschädigend. Wir als VKL stellen fest: Weder in den zuständigen beschlussfassenden Gremien – Ortsvorstand / Delegiertenversammlung ist jemals ein derartiger Beschluss gefasst worden. Auch ist uns kein Bochumer Betrieb oder eine Mitgliederbefragung bekannt. [...]

Damit wird in unserer nicht leichten Lage – siehe gesamtgesellschaftliche und politische Diskussion gegen uns Gewerkschafter – den Unternehmern, ihren politischen Helfern und der Presse in die Hände gespielt. Alle werden sich süffisant und schadenfroh zurücklehnen können. Gleichzeitig sind diese »Spitzenfunktionäre« für eventuelle Gewerkschaftsaustritte verantwortlich und zur Rechenschaft zu ziehen.

Mit kollegialen Grüßen für die **VKL OPEL Bochum** ■

Erinnerung und Diskussion: der 2. Mai 1933

Der siebzigste Jahrestag der Gleichschaltung der Gewerkschaften im Jahr 1932 durch SA und SS bildete den Anlass für zahlreiche Veranstaltungen, Vorträge und Diskussionen in den Berliner Gewerkschaften. Sehr unterschiedlich wurde dabei mit dem historischen Ereignis umgegangen. Die offiziellen Feiern und Festreden blieben an der Oberfläche; dienten eher der Rechtfertigung damaligen und heutigen Verhaltens als der kritischen Bestandsaufnahme. Es wurde z.B. vom »Sturm« auf die Gewerkschaftshäuser gesprochen und dadurch der Eindruck vermittelt, die Übernahme der Gewerkschaftshäuser im gesamten Deutschen Reich am 2. Mai 1933 sei eine plötzliche, unausweichliche Gewaltanwendung seitens der Nazi-Banden gewesen. Tatsächlich wurden gewalttätige Übergriffe schon im März des Jahres gestartet, in den Wochen vor dem 2. Mai waren bereits Hunderte Gewerkschafter zusammengeschlagen worden. Die Gewalttätigkeit der Nazis, einschließlich der beteiligten republikanischen Polizei und Kriminalpolizei, die an vielen Orten mitmachte, war reichsweit bekannt. Die Führung des ADGB hatte nach den Reichstagswahlen vom 5. März eine Reihe von Appellen an den Reichspräsidenten Hindenburg gerichtet, »ihr« Präsident möge sie vor den Gewalttaten, Beschlagnahmen und Zerstörungen der Nazis schützen. Schon im Januar hatten sie von Hindenburg per Telegramm »entscheidenden Widerstand« gegen den sich anbahnenden Staatsstreich verlangt.

Allein das war eine Kapitulationserklärung der ADGB-Führung. Sie war nicht bereit, sich auf den widerstandsbereiten Teil der Gewerkschafter zu stützen, sich gar mit Kommunisten zur gemeinsamen Abwehr zusammen zu tun und selber Widerstand zu organisieren. Der ADGB-Vorsitzende bekannte kleinmütig, »dass er es nicht über sich bringe, auf den Knopf zu drücken und das Signal zum Bürgerkrieg zu geben«. Schon 1975 formulierte der Historiker Gerhard Beier angesichts des weiteren historischen Verlaufes, »kein Generalstreik hätte mehr Opfer verlangt, kein Bürgerkrieg wäre blutiger ausgegangen«¹⁾ als das, was durch die »Kapitulation mit Quittung« (siehe Kasten) über die Arbeiterklasse und die gesamte Bevölkerung dann hereinbrach.

Was haben die Gewerkschaften nach siebzig Jahren daraus gelernt?

Ver.di begnügt sich auf seiner Internetseite mit dem schlichten Hinweis, dass damals die Gewerkschaften »verboten« und von den Nazis verfolgt wurden. Eine Erörterung der zentralen Fragen, **aus welchem Grund** die Gewerkschaften keinen Widerstand leisteten, **weshalb** die Nazis so stark wurden und **warum** die Gewerkschaften – trotz ihres uneingeschränkten Bekenntnisses zur Weimarer Republik – von den Institutionen und den politisch verantwortlichen Kräften eben dieser Republik den legal an die Macht gekommenen Nazis überlassen wurden, erfolgt nicht. Es heißt in dem einleitenden Text zu den folgenden Dokumenten lediglich, dass mit ihrer Darstellung gezeigt werden soll »wie die Gewerkschaften damals die Ereignisse erfahren, diskutiert und bewertet haben«.

Wer sich nur mit dieser Veröffentlichung beschäftigt und als junger Mensch etwas über die damaligen Ereignisse wissen, aus der Geschichte lernen möchte, muss zu dem Schluss

kommen, dass Gewerkschafter ein »Opfer der Geschichte« wurden, solche Unterdrückung schicksalhaft ist, zwar moralisch verwerflich, aber letztlich nicht zu verhindern sind. Diese Umgehensweise mit den geschichtlichen Ereignissen lässt erkennen, dass es in den zentralen Gremien von ver.di offenbar keine Diskussion über den 2. Mai 1933 gegeben hat und schon gar keine Debatte darüber, ob nicht auch heute Gefahren für die Existenz der Gewerkschaften bestehen. Mehr als eine Pflichtaufgabe ist hier nicht wahrgenommen worden.

Dieser Eindruck wird dadurch bestärkt, dass den Dokumenten einige Texte beigegeben wurden, die ansatzweise versuchen, das Handeln der Gewerkschaften in die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse der Weimarer Republik einzuordnen. Alle Texte stammen aus den 70er und 80er Jahren und kommen aus dem eigenen Stall, d. h. aus der sozialdemokratischen Geschichtsinterpretation. Sie schildern die Anpassungspolitik der Gewerkschaftsführungen, bezeichnen den Aufruf des ADGB, an den von den Faschisten organisierten Kundgebungen zum 1. Mai teilzunehmen, als den Höhepunkt dieser Politik, kommen aber bei der Bewertung zu dem Ergebnis, dass der Leipart-Kurs zwar gescheitert, eine andere Reaktion auf die Kapitulation der bürgerlichen Republik aber nicht möglich gewesen sei. Das hat die ADGB-Führung damals schon gemeint – es aber heute zu wiederholen, heißt: Nichts begriffen, nichts gelernt.

Hartmut Simon, der als verdi-Archivar für die Internet-Darstellung verantwortlich zeichnet, macht in einem Kommentar der Funktionärszeitung »ver.di news« deutlich, dass das heutige Urteil der Gewerkschaftsführungen über den damaligen Kurs der Gewerkschaftsspitzen keinerlei Kritik kennt: »Zwischen Selbstbetrug und Verzweiflung blieb einzig die Hoffnung, zumindest die Organisation retten zu können« (Dr Hartmut Simon: Die kampflose Kapitulation, verdi news 07, S.7). Dies als Ergebnis der aktuellen gewerkschaftlichen Diskussionen auszugeben, bedarf es schon erheblicher Ignoranz. Denn Simon hatte selbst an einigen Veranstaltungen teilgenommen, die in Berlin zum 2. Mai stattfanden.

Kritische Betrachtung und aktuelle Fragen

In deutlichem Gegensatz zu diesem – quasi offiziellen – Umgang mit der eigenen Geschichte durch die DGB-Vorstände standen eine Reihe von Veranstaltungen. In der Medien-Galerie (im Haus der Buchdrucker, Dudenstraße) fand eine Ausstellung über die Berliner Gewerkschaftshäuser vor 1933 statt. Im Rahmen dieser Ausstellung gab es eine Vortragsreihe. Siegfried Mielke erläuterte die Vorgeschichte des 2. Mai, Hans-Reiner Sandvoß gab einen Überblick über den antifaschistischen Widerstand innerhalb der Gewerkschaften in Berlin und Willy Buschak widmete sich dem internationalen gewerkschaftlichen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Den Abschluss der Vortragsreihe bildete eine Veranstaltung unter dem Titel »Gewerkschaften 2003 - nichts gelernt und alles vergessen?« Die größte Anziehungskraft besaß eine Veranstaltung im IG Metall-Haus, organisiert u.a. durch den Arbeitskreis Rechtsextremismus in ver.di Berlin-Brandenburg. Der große Versammlungssaal war restlos besetzt (ca. 200 KollegInnen) als Karlheinz Roth, Chri-

stoph Butterwege, Richard Stöss und Bodo Zeuner zum Thema referierten.

Diesen Veranstaltungen gemeinsam war die kritische Auseinandersetzung auch mit der eigenen Geschichte, mit der Haltung der Gewerkschaften in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Diese Vorträge unterschieden sich dadurch wohlthuend von der offiziellen Haltung der Gewerkschaftsinstanzen. Nach den deutlicher werdenden gesellschaftlichen Widersprüchen geben sich immer mehr KollegInnen mit einer oberflächlichen, rein moralischen, die eigene Rolle verklärende Darstellung nicht mehr zufrieden. So standen denn auch bei allen Veranstaltungen die Parallelen zur aktuellen Entwicklung im Vordergrund der Nachfragen und Diskussionsbeiträge. Auch wenn man sich nicht über alle anstehenden Fragen einigen konnte und auch die Beurteilung der Vergangenheit unterschiedlich ausfiel – mit den Veranstaltungen wurde ein Anfang gemacht.

Die eigene Geschichte ist nicht mehr allein Gegenstand von Festveranstaltungen und Sonntagsreden, sondern dient auch dem Ziel, Lehren für die heutige und zukünftige gewerkschaftliche Arbeit zu ziehen. »Nichts gelernt und alles vergessen«, in diese Richtung zielten zahlreiche Diskussionsbeiträge mit ihrer Kritik am heutigen Kurs der Gewerkschaftsvorstände, u.a. an deren Zustimmung zu den Hartz-Plänen oder dem Taktieren und der Halbherzigkeit gegenüber den aktuellen Plänen der Sozialdemokratie und der rot-grünen Regierung.

Anpassung und Kapitulation der Gewerkschaften 1933

Auf der Veranstaltung im IG Metall-Haus sagte Karlheinz-Roth unter anderem: »[...] Die Weltwirtschaftskrise traf die deutsche Gewerkschaftsbewegung in einer Situation, in der sie im Kontext des Aufbaus des Weimarer Sozialstaats auf eine Programmatik festgelegt war, die von einem krisenfreien »organisierten Kapitalismus« ausging. Nun präsentierte ihr die Wirklichkeit in einem nie gekannten Ausmaß das Gegenteil. Produktion, Kreditwesen und Außenhandel brachen weitgehend zusammen. Das Sozialprodukt verringerte sich innerhalb von drei Jahren um 40 Prozent. Ein Drittel der lohnabhängig Beschäftigten wurde auf die Straße geworfen, ein weiteres Drittel mußte Kurzarbeit und andere ungesicherte Arbeitsverhältnisse in Kauf nehmen. Es war eine Spirale nach unten, in der die auf einen krisenfreien Kapitalismus gegründete Integrationsstrategie der Gewerkschaften wie ein Kartenhaus zusammenbrach. [...]

Die Folge war ein katastrophaler arbeits- und sozialpolitischer Kahlschlag, der in der Zeit vom Juli 1930 bis September 1932 durch ein knappes Dutzend Notverordnungen durchgesetzt wurde und zur fast völligen Demontage des noch im Aufbau befindlichen sozialen Sicherungssystems führte.[...]

Die freien Gewerkschaften fanden keine Antwort auf diese Herausforderung. Sie waren nicht in der Lage, ihr statisches Integrationsdenken zu überwinden. Sie desavouierten vielmehr die breiten betrieblichen Abwehrkämpfe in der zweiten Hälfte des Jahrs 1930 (Streiks im Mansfelder Kupfer-

Am 2. Mai 1933 in Berlin, Gewerkschaftshaus in der Johannisstraße.

Am 2. Mai befand ich mich im Gebäude des »Gesamtverbandes der öffentlichen Betriebe«, der Vorgängerorganisation der ÖTV, in der Johannisstraße, nahe des Bahnhofes Friedrichstraße. Es waren noch weitere Kollegen im Haus, neben den angestellten Sekretärinnen und Funktionären. Wir beobachteten, dass sich vor dem Gebäude auf der Straße mehrere SA-Leute versammelten, ihr Anführer war ein führender NSBO-Funktionär aus der BVG, der »Berliner Verkehrsgesellschaft«, namens Körner. Wir ahnten, was da drohte, einige der Angestellten und mehrere der anwesenden Kolleginnen und Kollegen gingen deshalb ins Büro des damaligen Bevollmächtigten der Gewerkschaft, den Kollegen Vollmershaus. Sie warnten vor einem drohenden Überfall der SA und schlugen vor, gemeinsam die Mitgliederlisten, die Beitragsmarken, das Geld der Organisation und vor allem die Schreibmaschinen vor der SA in Sicherheit zu bringen. Die Angestellten kannten natürlich das Haus und wußten Wege über den Dachboden und durch die Nachbarhäuser, das bewegliche Eigentum der Gewerkschaft unemerkt von den SA-Leuten in Sicherheit zu bringen. Doch der Bevollmächtigte, Kollege Vollmershaus, wollte die akute Gefahr nicht wahrnehmen. Schließlich waren die Nazis ja auch auf dem parlamentarischen Weg ganz legal an die Macht gekommen. Nein, auf unseren Vorschlag wollte er sich partout nicht einlassen. Statt dessen meinte er: »Wir müssen alles ordnungsgemäß übergeben«. Er und seinesgleichen glaubten, sie könnten unter den neuen politischen Machthabern weitermachen wie zuvor, die allgemeine Haltung war: Die neuen Herren brauchen uns doch, damit sie

Tarifverträge abschließen können, dafür sind wir doch Spezialisten.

Einige der Frauen, die damals als Angestellte beim Gesamtverband arbeiteten und diese Besetzung durch SA und NSBO miterlebten, haben ihren Arbeitsplatz aufgegeben und standen während der Illegalität weiterhin mit uns in Verbindung. Übrigens habe ich nach Ende der Naziherrschaft, in den fünfziger Jahren, den Enkel des damaligen Bevollmächtigten in der GEG-Druckerei in Hamburg kennengelernt und ihm von der »ordnungsgemäßen Übergabe« erzählt. Sein Großvater hat ihm den Vorgang, so wie ich ihn hier schildere, bestätigt.

Wenn ich mir die aktuelle Entwicklung ansehe, muss ich allerdings feststellen, dass die bürgerlichen Schichten, also auch die Unternehmer, sehr wohl aus dem Ende der Weimarer Republik gelernt haben, während die Gewerkschaftsapparate offenbar nichts gelernt haben. Sie wollen immer noch »ordnungsgemäß« – heute heißt das sozialpartnerschaftlich – sein, während die Hetze gegen die Gewerkschaften aus den bürgerlichen Schichten, inzwischen sogar aus Teilen der SPD, immer maßloser wird. Da kommt man natürlich nicht mit Presseerklärungen von Sommer & Co. gegen an, da kommt man nur mit klassenbewußten, geschulten, in den Belegschaften verwurzelten Kolleginnen und Kollegen gegen an. Nach 50 Jahren Sozialpartnerschaft sind es die Unternehmer, die für ihre Klasse begriffen haben, einem möglichen Widerstand aus den Reihen der abhängig Beschäftigten auf jeden Fall zuvorkommen zu müssen. ■

Bericht von Josef Bergmann, Hamburg, Mitglied der KPD-O, nach 1933 tätig für die Berliner illegale Reichsleitung der KPD-O, Kurier zur Auslandsleitung in Paris bis 1938, nach einer Verhaftungswelle, die auch Wolfgang Abendroth betraf, Emigration nach Schweden.

bergbau Juni/Juli, Berliner Metallarbeiterstreik Oktober, Streiks der Ruhrbergarbeiter im Dezember 1930), indem sie zur Durchsetzung der lohnsenkenden Schlichtersprüche beitrugen, und entfremdeten sich so vom aktiven Teil ihres Mitgliederkerns. [...] Auf diese unbewegliche Haltung folgte ein fataler Anpassungskurs.» (Der vollständige Text des Vortrages kann unter www.agrexive.de heruntergeladen werden.)

Die Spaltung der Arbeiterbewegung

Zur Sprache kam auch die Spaltung der Arbeiterbewegung auf sozialem und politischem Gebiet, die mit zur Niederlage vor dem Faschismus geführt hatte. Während sich der größte Teil der noch beschäftigten Facharbeiter der Sozialdemokratie zugehörig fühlte, organisierte die KPD in den letzten Jahren der Weimarer Republik überwiegend die aus dem Produktionsprozess ausgestoßenen, radikalisierten Arbeitslosen. Worin die politischen Widersprüche zwischen den beiden großen Arbeiterparteien bestanden und wie diese Spaltung hätte überwunden werden können wurde nicht angesprochen. Die Haltung der Parteien zur Weimarer Republik, d.h. zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung, blieb ausgeblendet. Die Sozialdemokratie und die Vorstände der im ADGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften verteidigten die bürgerliche Ordnung. Darin liegt die eigentliche Ursache für ihre auf die Klassenzusammenarbeit gerichtete Politik und den folgenschweren Anpassungskurs.

Die KPD setzte auf die revolutionäre Beseitigung der kapitalistischen Verhältnisse, verbaute sich aber aufgrund ihres linkssektiererischen RGO-Kurses jeglichen Einfluß auf noch sozialdemokratisch orientierte Beschäftigte und auf die Masse der Gewerkschaftsmitglieder. Die falsche Taktik der RGO hatte nicht nur zur Aktionsunfähigkeit der KPD geführt,

sondern auch die Gewerkschaften in der entscheidenden Phase vor 1933 geschwächt. Sie ermöglichte es den Spitzen der im ADGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften, ihren Kurs der Integration und Klassenversöhnung ohne organisierten politischen Widerstand in den eigenen Reihen fortzusetzen. Der Reformismus in den Gewerkschaften konnte nicht auf der Grundlage des Klassenkampfes in revolutionärer Richtung überwunden werden. Das Resultat ist bekannt: seine endgültige, auch organisatorische Vernichtung durch die faschistische Konterrevolution am 2. Mai 1933.

Ohne Kenntnis dieser Differenzen in den Grundfragen bleiben die politischen Auseinandersetzungen in der damaligen Arbeiterbewegung unverständlich. Sowohl von Karlheinz Roth als auch von Referenten auf den anderen Veranstaltungen wurden die katastrophalen Fehleinschätzungen des drohenden Faschismus durch SPD und KPD angesprochen und die positive Rolle kleinerer Parteien und Organisationen in der Arbeiterbewegung hervorgehoben. Insbesondere die KPD-O (Kommunistische Partei Deutschlands/Opposition) und die SAP (Sozialistische Arbeiter Partei, linke Abspaltung von der SPD 1931) wurden dabei genannt. In deren historischen Schriften und Einschätzungen werden genau diese politischen Fragen und Probleme behandelt.

Die in Berlin aus Anlass des 2. Mai durchgeführten Veranstaltungen sollten auch an Hand anderer Themen und Ereignisse fortgeführt werden. Sie füllen nicht nur eine Lücke in der Bildungsarbeit, die immer stärker auf die Vermittlung von Inhalten für ein gewerkschaftlichem Co-Management ausgerichtet wird, sondern tragen auch dazu bei, das politische Verständnis für die gewerkschaftliche Arbeit zu schärfen und über Perspektiven zu diskutieren. ■

ARBEITSZEITMODELL FÜR HAMBURGS LEHRERINNEN

Umschlag von Qualität in Quantität

»Das ziehen wir durch. Mit dem Arbeitszeitmodell haben wir ein Instrument an der Hand, mit dem wir – je nach Bedarf – die Schraube anziehen oder lockern können.« So verteidigte ein CDU-Politiker gegenüber Kritik aus der eigenen Partei den Beschluss der regierenden CDU-Schill-FDP-Koalition, ab 1.8.2003 die Hamburger LehrerInnen nach einem neuen Lehrer-Arbeitszeitmodell (AZM) arbeiten zu lassen.

Das AZM ändert die Arbeitszeitregelung für LehrerInnen grundlegend. Bisher wird in Deutschland wie in vielen anderen Ländern von den LehrerInnen verlangt, eine bestimmte Anzahl von Unterrichtsstunden pro Woche zu unterrichten (in Hamburg zur Zeit zwischen 24 und 28 Stunden, je nach Schulart). Bei dieser Regelung wird unterstellt, dass die Lehrkräfte die für diesen Unterricht anfallenden Arbeiten (z.B. Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, Konferenzen, Elterngespräche, Fortbildung, Schulentwicklung) ohne zu murren erledigen und dass sie damit – unter Einbeziehung der Schulferien – auf in etwa dieselbe wöchentliche Arbeitszeit wie im übrigen öffentlichen Dienst kommen.

Diese Regelung beinhaltet eine mehr oder weniger stillschweigende Vereinbarung: Der staatliche Arbeitgeber verzichtet auf eine Kontrolle der über den Unterricht hinausgehenden Arbeitszeit, was den LehrerInnen eine von vielen

anderen Berufsgruppen gneidete Freizügigkeit bei der Gestaltung ihrer Arbeit einbringt wie auch die prinzipielle Möglichkeit, weniger zu arbeiten als im öffentlichen Dienst, je nachdem, wie engagiert jemand ist oder wie rationell er oder sie ihre Arbeit einzuteilen und zu verrichten weiß.

Viele LehrerInnen arbeiten allerdings aus pädagogischem Engagement heraus freiwillig erheblich länger als im öffentlichen Dienst üblich, zumindest während der Unterrichtswochen, denn die Anforderungen an den Lehrerberuf sind in den letzten Jahrzehnten stetig gestiegen. Der Grund dafür ist, dass die gesellschaftliche Entwicklung sich natürlich auch in den Schulen widerspiegelt. Die Schüler reagieren auf wachsende Konkurrenz und drohende Perspektivlosigkeit mit Aggressivität und Zukunftsängsten, die sich oft in Unkonzentriertheit, Lernunlust und allgemeiner »Bocklosigkeit« niederschlagen. Gerade ältere KollegInnen sind zunehmend überfordert, zumal wenn sie den gesellschaftlichen Zusammenhang nicht begreifen – sie flüchteten bisher in individuelle »Lösungen«: in Stundenreduzierungen mit freiwilligem Lohnverzicht oder in krankheitsbedingte Frühpensionierungen, die inzwischen aber mit kräftigen Gehaltsbüzgen »bestraft« werden. Auf jeden Fall war in der Vergangenheit auch vor dem Hintergrund der relativ hohen Gehälter

ein Gestaltungsraum vorhanden, der solche individuellen Lösungen zuließ. Als Gegenleistung erwarten der Arbeitgeber, aber auch insbesondere die Eltern, SchülerInnen, Ausbildungsbetriebe, dass die LehrerInnen für die ihnen zugestandenen Gestaltungsfreiheiten guten Unterricht abliefern. Im Unterschied zu den meisten Arbeitnehmern in den nach profitorientierten Maßstäben organisierten Betrieben und Unternehmen wird von LehrerInnen also nicht in erster Linie eine Verausgabung von Arbeitszeitquantitäten abverlangt, um – marxistisch gesprochen – Mehrwert zu produzieren, sondern interessant ist die Qualität der Arbeit, das, was als Unterricht geleistet wird.

Logischerweise setzte genau an diesem Punkt immer der Streit in der Öffentlichkeit um den Lehrerberuf an: Schröders Satz, die Lehrer seien »faule Säcke«, meinte ja, dass der heutige Unterricht und das heutige Schulsystem nicht mehr den aktuellen wirtschaftlichen und politischen Bedürfnissen entsprechen.

Umgekehrt beschwerten sich Eltern oder SchülerInnen kaum über die langen Schulferien der LehrerInnen, wenn diese guten und engagierten Unterricht machten.

Öffentliche Defizite fördern kreative Sparphantasien

Die Stadt Hamburg war bis in die neunziger Jahre hinein nicht nur die reichste Region in der EU, sondern gab auch großzügig ihr Geld aus, unter anderem für die Bildung. Hamburg hat bis heute die höchsten Schülerausgaben pro Kopf in der Bundesrepublik. Diese hohen Ausgaben zeigen sich zum einen darin, dass Hamburg ein sehr gut ausgestattetes öffentliches Schulwesen hat(te), zum anderen auch darin, dass Hamburg als Millionenstadt relativ viele Stadtteile hat, die aufgrund der sozialen Struktur ihrer Bevölkerung besondere Bildungsausgaben erfordern, wenn die Kinder und Jugendlichen nicht verwaisten sollen. Die seit Jahren zunehmende Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben im Hamburger Haushalt zwang schon die letzten SPD-geführten Regierungen, unter anderem auch im Bildungsbereich den Rotstift anzusetzen. Z. B. wurde 1994 die Lehrerarbeitszeit um eine Stunde erhöht, Planstellen wurden zu Hunderten gestrichen, die Unterrichtsbedingungen für SchülerInnen durch Erhöhung der Klassengrößen und Streichung von Unterricht verschlechtert, für die Lehrkräfte wurde insgesamt die Arbeit verdichtet.

Die seit knapp zwei Jahren regierende CDU-Schill-FDP-Koalition setzt nun einerseits den Sparkurs ihrer Vorgängerregierungen fort, andererseits steuert sie einen bewussten antisozialen Kurs, indem sie, ohne Rücksicht auf die sozial Schwächeren, auf die SPD und die Grünen noch Rücksicht nehmen zu müssen, den Geldhahn überall dort zudreht, wo die SPD noch versuchte, soziale Konflikte mit Geld zu lösen: Frauenprojekte, Drogenarbeit, Kindergärten, Jugendarbeit, überbetriebliche Ausbildungsplätze im Rahmen der staatlichen Jugendberufshilfe, Ausländerförderung usw.

Und entgegen den großmäuligen Wahlaussagen insbesondere der FDP und ihres Bildungssenators Lange bleibt natürlich auch der Schuletat nicht verschont. Eine Planung sieht dabei z. B. vor, die Berufsschulen zu privatisieren (siehe Arpo



3/02); andere Maßnahmen sind z. B. pauschale Kürzungen der Unterrichtsversorgung, wobei die Gesamtschulen und besondere schulische Maßnahmen für Migranten, den Konservativen in Deutschland seit je ein Dorn im Auge, überproportional getroffen werden.

Und nun das AZM

Dieses kündigt die bisherige Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und LehrerInnen (gute Unterrichtsqualität gegen Gestaltungsfreiheit) auf, indem es versucht, die Lehrerarbeit »transparent« auf eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden umzurechnen. Also Quantität statt Qualität. Im Prinzip läuft das so: Jede Unterrichtsstunde erhält einen Zeitfaktor (so wird z. B. eine Deutschstunde in der gymnasialen Oberstufe mit 1,8 Zeitstunden, eine Sport- oder Musikstunde mit 1,3 Zeitstunden verrechnet), mit dem die unterschiedliche Vor- und Nachbereitung abgebildet werden soll. Dazu kommen dann noch Zeitmengen für Verwaltungsarbeit, Konferenzen, Elterngespräche usw. Am Ende der Rechnung sollen dann für jede Lehrkraft, unabhängig von der Schulform, 46,57 Wochenarbeitsstunden stehen, um auf eine Jahresarbeitszeit von 1770 Stunden zu kommen, was dem öffentlichen Dienst entspricht.

Damit soll endlich »Transparenz und Gerechtigkeit« in die Lehrerkollegien einziehen, so die Werbesprüche der Bildungsbehörde, die von Politikern und Journalisten auch fleißig wiederholt werden. »Transparenz« deshalb, weil ja nun jeder sehen könne, was und wie viel ein Lehrer so alles arbeite (als ob das jemanden besonders interessiert hätte!), und »Gerechtigkeit« deswegen, weil jetzt endlich ein Deutschlehrer in seiner Arbeit gewürdigt werde im Vergleich zu seinem Musik-, Kunst- oder Sportkollegen, der doch – so die Behauptung – erheblich weniger Arbeitsaufwand habe. Und außerdem würden diejenigen, die viel für die Schule täten, jetzt auch entsprechend entlastet, indem ihnen entsprechenden Zeitmengen gutgeschrieben würden.

Natürlich geht es weder um Transparenz noch um Gerechtigkeit, sondern um ein Sparmodell. Denn bevor die Kommission, die die ganzen Zeitfaktoren ausknobeln sollte, ihre Arbeit begann, wurde festgelegt, dass sie mit einer ganz bestimmten Stellenzahl (13 700) auskommen sollte, obwohl der aktuelle Bedarf aufgrund der steigenden Schülerzahlen etwa 900 Stellen höher liegt. Entsprechend wurden die Variablen in dem AZM so hingedeichelt, dass am Ende die vorgegebene Stellenzahl herauskam (Prinzip der »Aus-

kömmlichkeit«). Damit wurde auch gleich demonstriert, was das Wesentliche an diesem Modell ist: Durch die Veränderung einer Variablen, z.B. durch die Absenkung des Faktors 1,8 für Deutsch und andere Oberstufenfächer auf 1,7, kann man locker ein paar hundert Stellen »erwirtschaften«, also einsparen.

Einher geht die Einführung dieses AZMs noch mit einer sogenannten »Bedarfsabsenkung« für den Unterricht. Das heißt, es wird festgelegt, dass die Schüler weniger Bedarf an Unterricht haben. Also eine weitere Kürzung der Unterrichtsversorgung für die SchülerInnen, was zu volleren Klassen und zur Reduzierung von Unterricht führen wird.

Ein Systemwechsel deutet sich an

Schulreformen in den letzten Jahren, wie sie insbesondere von Rot-Grün vorangetrieben wurden, verfolgen im Grunde zwei Ziele. Das eine heißt Verbilligung des Bildungswesens, d.h. Senkung der Pro-Kopf-Ausgaben pro Schüler. Das zweite Steuerung der Ergebnisse je nach Bedarfslage, also Veränderung des angebotenen Unterrichts nach Quantität und Qualität. Die Schulpolitiker versuchen dabei natürlich immer einen »Qualitätsbegriff von Bildung« durchzusetzen, der den jeweiligen Erfordernissen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung entspricht. So werden in den letzten Jahren verstärkt wieder militärische »Werte« wie Disziplin und Unterordnung eingefordert, gleichzeitig wird »Wissen« aufgewertet, dass sich standardisieren und messen lässt und unmittelbar wirtschaftlichen Interessen genügt. Kritisches Denken in Zusammenhängen, soziales Lernen, Förderung von lernschwachen Kindern und eine ganzheitliche Erziehung, die auch musische und künstlerische Förderung miteinschließt, werden demgegenüber abgewertet.

Ein großes Hindernis auf dem Weg der Verbilligung und Veränderung des Bildungswesens stellen vor allem die Lehrkräfte dar, die in der Bundesrepublik zum einen recht gut bezahlt werden, und zum anderen einen relativ hohen Gestaltungsspielraum besitzen, was sowohl ihre Arbeitszeit als auch ihre Tätigkeit selber betrifft. Aus Sicht der öffentlichen Arbeitgeber, aber auch der Unternehmensverbände sind LehrerInnen ausgesprochene Rationalisierungshindernisse.

Diese Hindernisse zu beseitigen ist wesentlicher Inhalt von »Schulreformen« in den letzten Jahren. So wurden z.B. unter Rot/Grün in Hamburg sogenannte »Schulprogramme« verbindlich gemacht. In diesen sollen die Schulen und ihre LehrerInnen sich auf ganz bestimmte Ziele festlegen, die sie erreichen wollen und die dann auch bis hinunter zu den einzelnen Lehrkräften überprüfbar sind.

Das AZM muss auch als ein Versuch gesehen werden, die Lehrertätigkeit unter die Kontrolle des Arbeitgebers zu bringen, indem sie in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt und mengenmäßig erfasst wird. Damit wird die Vorbereitung dazu geleistet, einzelne Bestandteile der Lehrertätigkeit auszusondern und sie von billigeren Arbeitskräften erledigen zu lassen. Des weiteren kann man die Faktorisierung der einzelnen Unterrichtsfächer und Schularten auch als einen Schritt hin zur Preisbildung für unterschiedliche Lehrertätigkeiten begreifen: Eine Stunde Englischunterricht an der gymnasialen Oberstufe kostet dann eben erheblich mehr als eine Sportstunde an der Gesamtschule. Das Bildungswesen wird so schleichend von innen privatisiert und auf eine Öffnung zum Bildungsmarkt ausgerichtet – die Privatisierung.

Widerstand – aber wie ?

Vielleicht hätte die Bildungsbehörde ja sogar den Teil der LehrerInnen noch auf ihre Seite bekommen, der sich durch ein AZM Vorteile erhoffen konnte, aber allzusehr wurde das AZM als Sparmodell durchschaut: Im Durchschnitt müssen die KollegInnen zwei Stunden pro Woche mehr unterrichten als vorher, ihre Arbeitszeit wurde also massiv erhöht. Für etliche KollegInnen erhöht sich die Unterrichtszeit bis auf über 30 Unterrichtsstunden, nämlich für alle diejenigen, die in besonders niedrig bewerteten Bereichen arbeiten, deren Tätigkeit damit besonders diskriminiert wird, obwohl sie oft mit erheblicher psychischer Belastung einhergeht. Hinzu kommen aber noch andere Beweggründe, die Behördenpläne abzulehnen bzw. sich zur Wehr zu setzen: die offensichtliche Abwertung bestimmter Lehrergruppen (z.B. Sport-, Kunst-, Musiklehrer), bestimmter Schulformen (Grundschulen haben generell einen niedrigen Faktor), von Frauen (an Grundschulen unterrichten überwiegend Frauen), von Schülergruppen (eine Deutschstunde in Ausländerklassen zählt weniger als in »Normalklassen«!). Das Arbeitszeitmodell führt also neben der Mehrbelastung auch noch zu einer erheblichen Spaltung innerhalb der Kollegien.

Die erste spektakuläre Gegenmaßnahme gegen das AZM führten einige hundert KollegInnen durch, die am 6. und 7. Mai sogenannte »Gesundheitstage« nahmen, d.h. sich krank meldeten und zu Hause blieben. Damit wollten sie unter anderem auch auf ihre Überlastung hinweisen. Obwohl davon nur relativ wenig Schulen betroffen waren, da diese Aktion nicht von der GEW offiziell durchgeführt werden konnte, sondern aufgrund eines anonymen Flugblatts erfolgte, war das Presseecho gewaltig. Die Hamburger Presse, allen voran das »Abendblatt«, überschlugen sich förmlich in Hetzartikeln gegen die »*Blaumacher*«, und auch die Politiker äußerten gleichlautend ihre Empörung. Auch die oppositionelle SPD sprach mit ihrer bildungspolitischen Sprechere von einer »*Ungeheuerlichkeit*«, die sich diese LehrerInnen geleistet hätten und verlangte härteste Sanktionen. Das zeigt, wie genau diese Aktion einen wunden Punkt traf: Widerstandsaktionen, die sich erstens den Sanktionen der Behörde entziehen und zweitens die allgemeine Arbeitsmoral in Frage stellen, müssen im Keim erstickt werden. Immerhin war durch dieses Presseecho das AZM nicht nur in Hamburg, sondern auch bundesweit bekannt geworden. Alle mussten jetzt darauf reagieren: Eltern, SchülerInnen, LehrerInnen, Gewerkschaft.

In der GEW entbrannte eine heftige Diskussion um das Thema »Streik«. Vorausgesetzt werden muss, dass bei dem Wort »Streik« niemand einen längeren Streik wie bei den Industriegewerkschaften im Sinn hat, sondern es immer um einen eintägigen Protesttag geht, an dem die Streikenden den Unterricht verweigern. Man kennt die Rechtsprechung der Gerichte, dass Beamte nicht streiken dürfen, und weiß, dass zur Zeit mehr als ein Tag wegen der zu erwartenden Strafen nicht drin ist. Die Befürworter eines »Streiks« sehen in dieser Kampfform die Möglichkeit, wie eine Industriegewerkschaft einen Arbeitskampf zu führen und sich dementsprechend »*wie ein richtiger Arbeitnehmer*« zu fühlen, »*der die Brocken hinschmeißt*«. Dass die Einführung des AZMs damit verhindert werden könne, glaubt dabei niemand. Die Gegenseite sah eher die Folgen, die ein Streik für die Beteiligten hätte (scharfe Disziplinarmaßnahmen gerade von der rechtspopulistischen Regierung in Hamburg, die die Gelegenheit

wahrnehmen könnte, Widerstand kaputt zu machen), wie auch die mangelnde Durchschlagskraft einer isolierten Lehreraktion (bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis können LehrerInnen allein nichts ausrichten, weil ein Zurücknehmen des AZMs nur mit einem Sturz des Senats und Neuwahlen zu erreichen ist, da sich FDP-Senator Lange damit identifiziert hat und ohne ihn die Koalition nicht mehr regierungsfähig wäre) sowie den politischen Gegenwind gegen die Gewerkschaften (z.B. Merz/CDU und Westerwelle/FDP, die gegen die Gewerkschaften hetzen), der eine politisch isolierte Aktion leicht in eine katastrophale Niederlage treiben könnte. Auf einer gut besuchten Vertrauensleuteversammlung sprach sich dann eine große Mehrheit gegen einen Streik aus, wobei natürlich auch die gegen einen Streik waren, die gar keinen Widerstand organisieren wollen. Aber was denn sonst, wenn nicht Streik? Klar war auf jeden Fall, dass es ohne Eltern und SchülerInnen nicht gehen würde.

Mittlerweile fällten und fällen an vielen Schulen Lehrerkonferenzen Beschlüsse, die auf eine Art »Dienst nach Vorschrift« hinauslaufen: Absagen von Klassenreisen, Sportfesten, Projekten, Betriebspraktika, Sportwettkämpfen, Boykott von Schulgremien usw. Dabei kommt zum Tragen, dass die KollegInnen konsequent auf das dem AZM innewohnende Prinzip reagieren: »Wenn ihr von uns 46,57 Stunden pro Woche verlangt, dann arbeiten wir eben auch nur 46,57 Stunden pro Woche! Und eine fünftägige Klassenreise heißt eben in einer Grundschulklasse z.B. ungefähr 80 Wochenstunden, also machen wir die nicht mehr.« Die LehrerInnen kündigen damit an, nur noch die verlangte Quantität und nicht mehr die erwartete Qualität abzuliefern. Dabei ist natürlich klar, dass auch bei der alten Regelung, wonach z.B. eine Grundschullehrerin 28 Unterrichtsstunden in der Woche zu unterrichten hatte, eine Klassenreise genauso eine 80-Stunden-Angelegenheit war. Aber das machte man gewissermaßen freiwillig im Rahmen des eigenen Gestaltungsspielraums. Der Protest richtet sich also nicht nur gegen die verordnete Mehrarbeit, sondern auch gegen die Aufhebung der Gestaltungsfreiheit.

Positiv ist, dass sich etliche Schulen auf Schulkreisebene zusammengeschlossen haben, um gemeinsame Beschlüsse und Aktionen zu verabreden. Damit will man einer drohenden Konkurrenzsituation entgehen, die darin bestehen könnte, dass Eltern ihre Kinder zukünftig nur noch an den Schulen anmelden, die versuchen trotz Arbeitszeitmodell die alten Standards aufrechtzuerhalten.

Eltern und SchülerInnen protestieren

Wie oben schon ausgeführt, ist es Eltern und SchülerInnen ziemlich egal, wie viel ein Lehrer arbeitet, solange er guten Unterricht macht. Insofern war das Arbeitszeitmodell solange kein Thema, weil die eigenen Interessen nicht berührt wurden. Aber mit den »Gesundheitstagen« und dem damit einher gehenden Unterrichtsausfall und insbesondere den angekündigten »Dienst nach Vorschrift«-Kampagnen sind natürlich Eltern und SchülerInnen direkt betroffen, da die LehrerInnen genau die Dinge nicht mehr durchführen wollen, die vielen wichtig sind, weil sie die Schulen lebendig, abwechslungsreich und interessant machen: Klassenreisen, Schulfeste, Theateraufführungen, Sportveranstaltungen, Projekte usw.

Hier wird ein Interessenskonflikt sichtbar zwischen LehrerInnen einerseits und Eltern/SchülerInnen andererseits.

Viele Kollegien hatten bzw. haben ihn noch nicht im Blick, denn ihre »Dienst-nach-Vorschrift«-Beschlüsse wurden gefasst, ohne sie z.B. mit den Eltern- und SchülerInnenvertretern vorher besprochen zu haben. Man hoffte darauf, sie schon vermitteln zu können. Vielfach gelang das auch, weil man klar machen konnte, dass das AZM in Verbindung mit der Bedarfsabsenkung eine Verschlechterung der Unterrichtsversorgung mit sich bringen wird. So wurden und werden jetzt an vielen Schulen Eltern und SchülerInnen aktiv und nehmen den Protest selbst in die Hand. Eine häufig durchgeführte Aktion ist mittlerweile ein »Schulstreik«, der von Eltern und SchülerInnen organisiert wird: Die Schule wird mehr oder weniger symbolisch zugesperrt, so dass weder LehrerInnen noch SchülerInnen hinein können. Mittlerweile herrscht an Hamburgs Schulen eine ziemliche Unruhe, was dieses Thema angeht, die öffentliche Diskussion bricht nicht mehr ab und es ist anzunehmen, dass es im neuen Schuljahr erst mal eine Weile so weiter gehen wird. Ob diese Unruhe den Senat veranlassen wird, das AZM wieder zurück zu ziehen, ist zumindest fraglich. Ein unangenehmes Thema ist es für die Regierenden auf jeden Fall geworden, so dass nicht ganz auszuschließen ist, dass ein eventueller Gerichtsbeschluss gegen das AZM nicht ungelegen käme, um das Ganze wieder zurück zu ziehen.

Das Problem des Widerstandes ist zur Zeit, dass er noch relativ vereinzelt statt findet, d.h. schulbezogen (von einigen Ausnahmen im Gesamtschulbereich abgesehen). Außerdem ist noch unklar, wie lange der »Dienst nach Vorschrift« wirklich durchgehalten wird, denn schließlich ist es der einzelne Lehrer, der die Unzufriedenheit der SchülerInnen und Eltern aushalten muss.

Dass zu zentralen Aktionen, zu denen die GEW am 27.6. aufgerufen hatte, so gut wie niemand kam, zeigt auch, dass die alten Aktionsformen der GEW wie Kundgebungen oder Demonstrationen nur noch wenige erreichen. Dass das AZM und die damit verbundene Schulpolitik nur politisch bekämpft werden können, d.h. von allen Betroffenen gemeinsam, ist vor allem bei den LehrerInnen noch zu wenig im Bewusstsein. Das rein gewerkschaftliche Denken reicht nicht mehr aus – ein politisches Verständnis des eigenen Widerstandes zu entwickeln, wird die Aufgabe der nächsten Zeit sein.

Um einen breiten Widerstand zu ermöglichen, muss Folgendes verstanden werden: Es geht nicht nur um die Arbeitsbedingungen der Lehrer, sondern um eine grundsätzliche Wende in der Bildungspolitik, die vor allem die Kinder der arbeitenden bzw. ärmeren Bevölkerung treffen wird. Für die breite Masse ist langfristig analog zur Gesundheitspolitik nur noch eine »Grundversorgung« an Bildung vorgesehen; wer mehr Bildung will, soll sie sich zukünftig privat dazu kaufen: entweder an teuren Privatschulen oder in anderen außerschulischen Einrichtungen wie z.B. über Nachhilfe (schon heute ein Millionenmarkt). Die bisherige Durchlässigkeit des Bildungssystems wird dabei verloren gehen, die öffentlichen Schulen werden geschwächt, die Privatschulen gestärkt. Umfassendere Bildung wird wieder ein Privileg einer bürgerlichen Elite werden, das »Volk« mag verdummen.

Hamburg, 3.7.03 ■

■ DOKUMENT

»Stern«, Nr. 21 vom 15. Mai 2003, S.56



Der wöchentliche Zwischenruf aus Berlin von Hans-Ulrich Jörges

Adieu, Gewerkschaft!

Der DGB trommelt zu Protesten gegen die Reformpolitik – aber niemand sollte davor erschrecken. Die Funktionäre verdienen eine historische Niederlage

Ich war Gewerkschaftsmann ein Vierteljahrhundert.

»Ich war Gewerkschaftsmann. Länger als ein Vierteljahrhundert. Als ich zu arbeiten begann, trat ich in die Journalisten-Gewerkschaft ein. Sofort. Arbeitnehmer gehören in die Gewerkschaft, das war selbstverständlich für mich. Wenig später war ich Betriebsrat. Ein kämpferischer, aber keiner am Faden der Gewerkschaft, denn mir gingen schnell einige Lichter auf: über den Unterschied zwischen den Interessen von Funktionären und Betriebsräten, über die Borniertheit von Organisationen, über Freiheiten im Betrieb.

Denn ich hatte zu lernen, dass mir die Gewerkschaft nicht etwa den Rücken stärkte, sondern im Nacken saß. Weil Erfolge von Betriebsräten für Funktionäre zur Last werden, weil sie selbst daran gemessen werden. Und wir hatten Erfolge. Handelten selbst Gehaltsverträge aus, die nicht nur kreativ und für den Betrieb maßgeschneidert waren, sondern auch günstiger als der Branchentarifvertrag. Als ein Sozialplan durchzukämpfen war – der Betrieb zog um – und das mächtig umstrittene Ding am Ende vor einer Einigungsstelle am Landesarbeitsgericht landete, da traten uns unter dem Tisch die hinzugezogenen Gewerkschaftsvertreter ans Bein, um uns zum Einlenken zu bewegen. Ist doch gut, das könnt ihr doch annehmen, flüsterten sie uns zu. Wir ließen es nicht gut sein – und siegten auf der ganzen Linie. Für die Kollegen, für attraktive Arbeitsplätze, letztlich für die Firma. Und gegen die Gewerkschaft: Zu gut, das war schlecht für deren eigenes Geschäft.

Die blauen Flecken am Bein spüre ich noch heute – im übertragenen Sinne habe ich sie nie mehr auskuriert. Ich blieb dennoch in der Gewerkschaft, auch wenn mir ihr wirklichkeitsfernes Eigenleben fremd und fremder wurde. Eines Tages schickte sie mir per Brief eine silberne Ehrennadel für 25-jährige Mitgliedschaft – und ich erschrak über das alberne Ding, denn von Gewerkschaft hatte ich eine andere Vorstellung als vom Treiben eines Vereins von Angorakaninchenzüchtern. Aber austreten – das wollte ich nicht. Siehe oben. Ich tat es dann doch, als sich die kleine Journalistengewerkschaft im Verdi-Konzern auflöste, der die Ruinen diverser, bizarr disparater Organisationen zu einem neuen Festungssystem zu vereinen suchte. In einer potemkinschen Burg mit kunterbunter Besatzung wollte ich nicht die Zugbrücke hinter mir hochziehen. Mein Austrittsbrief wurde ohne Antwort abgeheftet. Basta.

Heute finde ich mich, um es klar zu sagen, politisch auf die andere Seite der Barrikade gedrängt. Und dort streite ich mit dem gleichen Selbstverständnis, der gleichen Selbstverständlichkeit und der gleichen Emphase wie ehemals. Für die

gleichen Ziele: Phantasievolle, zukunftsorientierte, betrieblich zugeschnittene Lösungen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeit. Aber frontal gegen die Hybris, die Blindheit, die Rücksichtslosigkeit gewerkschaftlicher Funktionärsinteressen, die das Land in Frost tauchen und Arbeit absterben lassen.

»Wir verstehen uns als gesellschaftliche Interessenvertretung der arbeitenden Menschen«, trompetet DGB-Chef Sommer und trommelt zu Aktionen gegen die Reform-Agenda des Kanzlers. Die Gewerkschaften als politische Partei mit Vetorecht, in diesem Fall als außerparlamentarische Opposition? Welche

Anmaßung! Niemand sollte sich davon ins Bockshorn jagen lassen. Es werden nur die Veteranen einer gescheiterten Weltsicht auf die Marktplätze gekarrt werden. Denn gut 40 Millionen Arbeitnehmer gibt es in Deutschland – und nur noch 7,7 Millionen füllen die Karteikästen der Gewerkschaften. Angeblich. 1991 waren es noch 11,8 Millionen.

Eine Forsa-Umfrage für den »Stern« hat offenbart, dass gerade 29 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder die Meinung teilen, Gerhard Schröders Reformpläne sollten blockiert werden. 25 Prozent beschreiben ihre Bindung an die Gewerkschaften noch als stark, ganze 19 Prozent sind der Meinung, sie sollten sich zu tagespolitischen Fragen äußern.

Die Gewerkschaftsführer suchen die Zuspitzung, die historische Entscheidung. Sie sollen sie haben: als historische Niederlage. Was zu spitz ist, bricht ab. In England waren überfällige Reformen erst möglich, als die Macht der Gewerkschaften gebrochen war. Die Zeit dafür ist auch bei uns reif – denn der Kartell- und Konsensstaat ist am Ende. Und betrieblichen Bündnissen für Arbeit mit den Betriebsräten gehört die Zukunft.

Michael Sommer droht der SPD mit dem Bruch, Franz Müntefering sieht dies als Katastrophe für das Land. Irrtum. Die Drohung ist eine Verlockung. ■

Offener Brief an den Kollegen Hans Ulrich Jörges zum Zwischenruf »Adieu, Gewerkschaft!«
im »Stern«, Nr. 21, vom 15.5.2003, S.56

Adieu, Gewerkschaft?

Anlässlich der Betriebsversammlung
beim Verlag Gruner + Jahr, Hamburg am 17.6.2003:

Lieber Kollege Jörges,
auch mancher von uns hat miterlebt, wie in besseren Zeiten bei Arbeitskräftemangel und guter Konjunktur die sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorstände Auseinandersetzungen mit dem Unternehmer hintertrieben, die Kraft der Kollegen nicht genutzt, sondern wegverhandelt wurde. Auch wir kennen den von Ihnen beschriebenen »Tritt vors Schienbein unter dem Verhandlungstisch.« Meist handelten die sozialdemokratischen Funktionäre nicht aus Konkurrenzneid, wie Sie schreiben, sondern weil sie sich berufen fühlten, das Gemeinwohl der (kapitalistischen) Gesellschaft zu vertreten.

Überzogene Erfolge hätten ihr tägliches Tarifgeschäft mit den Unternehmern oder gar die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung gefährdet. Belohnt wurden die sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorstände für ihr Verhalten mit einem Extraeingang zum Büro des Ministers (manchmal durfte einer gar Minister werden) und mit Sitzplätzen in vielen Arbeitskreisen am Regierungs- oder Unternehmerhofe.

Aus und vorbei! Seit Jahren fordern die Unternehmer, dass die Löhne und der Staat (natürlich nur der Sozialstaat, nicht der Sicherheitsstaat) billiger werden. Nur so, behaupten die Unternehmer, auf dem Weltmarkt bestehen bzw. durch Niederwerfung der Konkurrenz einen größeren Anteil am Weltmarkt gewinnen zu können. Die Regierung Schröder hat diese Forderung »endlich verstanden« und den nicht so wendigen Gewerkschaftsführern mit der Agenda 2010 den Stuhl vor die Tür gesetzt. Dort stehen sie nun und streiten, ob sie politisch opponieren oder Schaufensterreden halten und wieder an die Tür klopfen sollen. 50 Jahre sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik finden durch das Machtwort eines sozialdemokratischen Kanzlers ein klägliches Ende.

Mit anderen Worten: Nicht die Gewerkschaften sind gescheitert, sondern eine bestimmte Politik in den Gewerkschaften. Aber noch gibt es die Mitglieder und Funktionäre, die wissen und täglich neu erfahren, dass die Bedingungen, unter denen sie leben und arbeiten, gegen die Unternehmer und auch gegen die (sozialdemokratische) Regierung verteidigt werden müssen, wenn die Arbeitenden künftig nicht rechtlos und dankbar für einen Arbeitsplatz werden wollen.

Richtig, Herr Jörges, »der Kartell- und Konsensstaat ist am Ende«, jetzt kommt der Unternehmerstaat ohne jedes soziale Trostpflaster. Viele ahnen, dass das Versprechen, durch ein Umkrempeln des Sozialsystems die Gesellschaft wieder in bessere Zeiten zu führen, eine Lüge ist. Mit der Stimmungsmache gegen die Gewerkschaften, die fast an allen Übeln – vor allem an der Arbeitslosigkeit – Schuld seien, soll ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, unter dem noch viel radikalere Einschnitte zur Schaffung eines breiten Niedriglohnsektors und zur Absenkung des allgemeinen Lohnniveaus möglich werden. Die Agenda 2010 bildet nicht den Schlusspunkt, sondern einen erneuten Auftakt für die weitere soziale Demontage.

»Die andere Seite der Barrikade«, der Sie, Herr Jörges, sich jetzt zurechnen, will verhindern, dass Kräfte in den Gewerkschaften einen Ausweg in einer »außerparlamentarischen Opposition« suchen. Deshalb müssen Sie die, die nicht aufgeben und sich auf Marktplätzen sammeln, beleidigen »als Veteranen einer gescheiterten Weltsicht«. Diese »Veteranen« haben begriffen, dass die gefährliche Spaltung von Arbeitslosen und Arbeitsplatzbesitzern, ja das mörderische Prinzip der Konkurrenz nur mit einer Politik gegen das Kapital und dessen Eroberungspläne des Weltmarktes überwunden werden kann.

Sie aber, Herr Jörges, bieten uns stattdessen »phantasievolle, zukunfts offene, betrieblich zugeschnittene Lösungen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeit« an und schreiben, »... betrieblichen Bündnissen für Arbeit mit den Betriebsräten gehört die Zukunft«. Leider haben Sie es unterlassen, sich hier, im eigenen Hause bei Herrn Dr. Schuster über die Bedingungen eines betrieblichen Bündnisses für Arbeit schlau zu machen. Denn in Gestalt der BSC wird ein solches »Bündnis« im Verlag gerade aus der Taufe gehoben. Im März

hatte Dr. Schuster den Betriebsrat »der guten Ordnung halber« informiert, »dass G+J aus Wettbewerbsgründen entschieden hat, zukünftig neue festangestellte Mitarbeiter in dem Aufgaben- und Funktionsbereich der Dienstleistungen des Zentralbereichs von G+J ausschließlich bei der Fa. BSC Business Service Company GmbH einzustellen«. Der Zentralbereich zählt ca. 300 Arbeitsplätze. Als zentrale Arbeitsbedingungen in der BSC gelten die 40-Stundenwoche, Leistungslohn und die »Freiheit« vom gewerkschaftlichen Tarifvertrag. Heute schon arbeiten hier im Hause viele Kollegen Tür an Tür, der eine 40 Stunden bei der BSC oder einer anderen Tochter von G+J, der andere 35 Stunden bei G+J. Der eine muss um eine Gehaltserhöhung betteln, der andere bekommt per Tarifvertrag mit Glück noch einen jährlichen Inflationsausgleich. Ja, solche Bündnisse schaffen Arbeit, allerdings nicht bei G+J, sondern beim Arbeitsamt. Denn je mehr Beschäftigte 40 Stunden arbeiten und zu tariflosen Zuständen zurückkehren, desto weniger Personal benötigt der Verlag zur Bewältigung einer gegebenen Arbeitsmenge, desto größer wird der Druck auf die noch zu alten, besseren Bedingungen Arbeitenden. So wurden unsere Kollegen vom Windows-Support in einer Nacht- und Nebelaktion von Herrn Schuster erpresst: Entweder mit betriebsbedingter Kündigung raus zum Arbeitsamt oder Weiterbeschäftigung zu schlechteren Bedingungen in der BSC. Ihre »zukunfts offene Lösung«, Herr Jörges, wird die Konkurrenz zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen erneut verschärfen mit der Folge, dass morgen alle länger und ohne Tarif arbeiten, dass »betriebliche Bündnisse« gegeneinander konkurrieren. Herr Jörges, ist es dass, was sie wollen?

Nein, Herr Jörges, betriebliche Bündnisse für Arbeit, die der Kanzler notfalls per Gesetz durchsetzen will, diese Rutschbahn zu immer schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen, sind für die Arbeitenden keine Perspektive, mögen sie in der Politik auch im Moment hoch im Kurs stehen. Wir, Betriebsräte, Gewerkschafter und Belegschaften haben in dieser Zeit keine andere Perspektive, als am gewerkschaftlichen Grundgedanken festzuhalten und die zerstörerische Konkurrenz unter uns und in der Gesellschaft aufzuheben. Notwendig ist, dass wir gewerkschaftliche Solidarität wieder leben, mit den Kollegen im Betrieb, mit den Nachbarbetrieben, in der Branche, national und international. Notwendig ist auch Demokratie in den Gewerkschaften: Gewerkschaftsvorstände dürfen nicht mehr ohne Befragung und Diskussion der Mitglieder Kursänderungen zur Gewerkschaftspolitik in die Medien setzen, wie bei Mitarbeit in der Hartz- oder Rürup-Kommission geschehen. Nur so gewinnen wir das Engagement der Gewerkschaftsmitglieder zurück und neue Mitglieder hinzu.

Wir, als in Gewerkschaft und Betrieb engagierte Kollegen wissen, dass wir ein schweres Erbe antreten. 50 Jahre lang haben viele gewerkschaftliche Instanzen den Mitgliedern selbstständiges Denken und Handeln verleidet und zur Passivität erzogen – siehe oben den Tritt vors Schienbein. Doch einen leichteren Weg, eine andere Perspektive sehen wir nicht. Betriebsgruppe ver.di im Verlag G+J, Hamburg ■

Demonstration vor dem SPD-Sonderparteitag

Vor dem Sonderparteitag der SPD im Berliner Hotel Estrel am 1. Juni fand eine Kundgebung von Berliner Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen sowie eine Demonstration der »Initiative Berliner Sozialforum« statt. Die Initiative für die Kundgebung ging aus von der örtlichen Initiative und der Zeitung »berlin von unten«. Die Zeitung erscheint inzwischen seit mehr als einem Jahr, vier Nummern sowie eine Sonderausgabe sind bisher erstellt worden.

Um den 1. Mai herum – vor allem auf der Gewerkschaftskundgebung vor dem Roten Rathaus – wurde im Kreis von aktiven Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen, Vertrauensleuten und Betriebsräten zunächst Unterschriften für den Demonstrationsaufruf gesammelt. Noch unter dem frischen Eindruck der Kanzlerrede und der markigen Ankündigung vom DGB-Vorsitzenden Sommer hatten innerhalb von 14 Tagen über 100 Kolleginnen und Kollegen aus der IG Metall, der IG BAU, von ver.di und der GEW den Aufruf für eine Kundgebung vor dem Sonderparteitag unterschrieben. Sogar aus der VK-Leitung von Thyssen/Duisburg sowie von ver.di Fachbereich 8 in Hamburg gab es Unterstützung für dieses Vorhaben. Wenige Tage nach dem 1. Mai hatte die »Initiative Berliner Sozialforum« aufgrund dieser positiven Reaktion eine Demonstration zum Ort des Parteitages angemeldet.

Der Monat Mai war auch in Berlin gekennzeichnet von den sehr zahlreichen, aber nicht koordinierten Aktivitäten der Gewerkschaften, zu denen von Seiten der Vorstände nur halbherzig und unzureichend mobilisiert wurde:

- am 17. Mai zentrale Demonstration von ver.di-Berlin, der sich teilweise andere Gewerkschaften anschlossen;
- am 21. Mai Kundgebung vor der Regionalkonferenz der SPD in Potsdam;
- am 24. Mai Mobilisierung zur regionalen IGM- und DGB-Demonstration in Leipzig, am gleichen Tag organisierte die Ortsverwaltung der IG Metall noch zahlreiche Informationsstände in Berlin selbst.

Vorbehaltlos unterstützt wurde die Initiative für eine Protestkundgebung direkt vor dem Ort des SPD-Sonderparteitages nur von der IG BAU Berlin. Ausschlaggebend für deren führende gewerkschaftspolitische Rolle ist u.a. die materielle Situation der Beschäftigten in der Bauindustrie der Hauptstadt (Arbeitslosigkeit zur Zeit 57 Prozent) sowie die Streikerfahrungen des letzten Jahres. Das hat zur Politisierung der gewerkschaftlichen Diskussionen beigetragen sowie zur Bildung eines aktiven gewerkschaftlichen Kerns, der konsequent versucht, die Kollegen zu den verschiedensten Anlässen zu mobilisieren, und der darin auch von seinem Vorstand unterstützt wird.

Obwohl sie rechtzeitig über die Initiative informiert wurden, verhielten sich die Spitzen der anderen Gewerkschaften und der DGB bedeckt und abwartend. Sie konnten aufgrund der zahlreichen Unterschriften aus den eigenen Reihen die Initiative nicht von vornherein ablehnen, wollten aber auch nicht durch einen eigenen Aufruf zur Mobilisierung beitragen. Wahlweise hieß es, sie seien mit einigen Rednern nicht einverstanden, dann wiederum, dass sie zu spät von der Ver-



anstaltung erfahren hätten. Eine auf unterer Ebenen entstandene Initiative ruft Misstrauen hervor, da sie nicht von den Vorständen gelenkt und kontrolliert werden kann. So gab der Bezirk Berlin von ver.di lediglich den Termin der Kundgebung bekannt. Arno Hager, der Geschäftsführer der IG-Metall-Verwaltungsstelle, wurde – allerdings erst vier Tage vor dem 1. Juni – in einer Entschließung des Ortsvorstandes für einen Aufruf zur Kundgebung überstimmt. Der DGB Berlin-Brandenburg enthielt sich offiziell jeden Kommentars zu der geplanten Aktion. Er beschränkte sich darauf, den Delegierten des SPD-Parteitages noch einmal die eigenen Argumente nahezubringen – durch ein Flugblatt und eine symbolische Aktion, zu der nur zwei Dutzend Funktionäre gebraucht wurden. Eine direkte Konfrontation mit SPD und Bundesregierung sollte nach der von Sommer verkündeten Protestpause offensichtlich verhindert werden.

Insgesamt waren auf der Demonstration vom Neuköllner Hermannplatz zum Hotel Estrel und der anschließenden Kundgebung etwa 1500 Menschen. Hiervon kamen etwa drei- bis vierhundert aus dem gewerkschaftlichen Bereich bzw. wurden darüber mobilisiert. Ein Funke in die Belegschaften hinein wurde jedoch nicht gezündet, auch wenn von einigen KollegInnen in den Betrieben der Aufruf verteilt wurde. Sicherlich sind 1500 Menschen angesichts der Angriffe auf die Arbeiterklasse, die mit der Agenda 2010 verbunden sind, nicht viel. Allerdings stehen wir mit Aktionen und einer Politik, die sich unabhängig von den Mehrheitsströmungen in den gewerkschaftlichen Apparaten bewegt, noch am Anfang. Und die bisher eher unorganisierte, sich in der Vergangenheit nur sporadisch treffende gewerkschaftliche Linke, hat zum erstenmal gemeinsam eine solche Aktion vorgeschlagen, vorbereitet und getragen. Die Demonstration



und Kundgebung zeigten ein anders Verständnis von gewerkschaftlicher Politik als die öffentlichen Auftritte der Spitzenfunktionäre. Während vor dem Tagungsgebäude in zahlreichen Beiträgen nicht nur die Agenda 2010 kritisiert, sondern auch auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Ursachen hingewiesen wurde, hielt es der auf dem Parteitag sitzende DGB-Vorsitzende Sommer nicht einmal für nötig, den Delegierten die gewerkschaftlichen Positionen zu erläutern. Er schwieg!

Mein Resümee der Aktion am 1. Juni lässt sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. Der Aufruf zur Kundgebung verbunden mit der Unterschriftensammlung hat dazu beigetragen, die politische Diskussion in den Berliner Gewerkschaften voranzutreiben und die Gegensätze und Widersprüche aufzuzeigen.

2. Die Beteiligung an der Demonstration und Kundgebung zeigt den geringen Einfluss der gewerkschaftlichen Linken in den Betrieben und Verwaltungen. Er zeigt auch die vorhandene Isolation der Linken in der Stadt insgesamt. Zwar sind viele Kolleginnen und Kollegen unzufrieden, und eventuell noch bereit, dieser Unzufriedenheit mit ihrer Unterschrift Ausdruck zu verleihen. Aber ohne den offiziellen Aufruf durch die gewerkschaftlichen Instanzen lassen sie sich zur Zeit noch nicht mobilisieren.

3. Die gewerkschaftliche Opposition muss sich über gemeinsame gewerkschaftliche und politische Ziele verständigen, wenn sie ihren Einfluss ausweiten will. Sie wird in Zukunft darauf angewiesen sein, gewerkschaftsübergreifend und stärker in den praktischen Fragen zusammenzuarbeiten und auch öffentlich aufzutreten. Der 1. Juni war – mit all seinen Unzulänglichkeiten – ein erster Anfang. St./B. 1.7.2003 ■

■ LEIPZIG

»Kohl = Märchenerzähler; Schröder = Halsabschneider«

So lautete die Losung auf einem der vielen Transparente auf der am 24. Mai unter dem Druck der Verhältnisse zustandekommene DGB-Kundgebung gegen die Agenda 2010 und den auf Hochtouren laufenden Sozialabbau der Bundesregierung in Leipzig, einer Stadt, die völlig unzutreffend den Beinamen »Heldenstadt« trägt. Mehr als 10.000 Teilnehmer zählten zu den Akteuren dieses Tages, die durchaus unter dem Eindruck des Streikgeschehens zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche standen. Doch dass es sich dabei ausschließlich um Gewerkschaftler gehandelt haben soll, ist

eine Erfindung der wie so oft oberflächlich recherchierenden und in »Schwarz-Weiß-Malerei« machenden bürgerlichen Presse. Etwa 70 Prozent der Protestierenden waren gewerkschaftlich organisiert. Sie kamen u. a. von ver.di, der GEW, der IG BCE, der IGM, der IG BAU, der Transnet, der Postgewerkschaft und aus dem Gesundheitswesen.

Die jeweiligen Größenordnungen lassen darauf schließen, dass die Mobilisierung der KollegInnen vor Ort sehr unterschiedlich verlaufen ist, wobei nicht auszumachen war, wie groß die Proportion zwischen Leipziger- und auswärtigen Belegschaftsgruppen einzuschätzen ist – IGM, IG BAU und IG BCE fielen allerdings durch besonders starke Gruppen auf. Man kann diesen Umstand verschieden interpretieren, auf jeden Fall belegt er, dass auch Nicht- oder Anders-Organisierte Hoffnungen auf die Gewerkschaften als Sammelpunkte des Widerstandes setzen – ob nun berechtigt oder nicht. Dies allerdings mit verschiedenen Zielen. So wurden die zum »Volksfest« vereinten Protestierenden flankiert von einer ganzen Reihe von Organisationen – vor allem von attac, dem Linksruck, der KP-Aufbau, der MLPD, der Neuen Einheit, dem Rotfuchs, der Gruppe Arbeitermacht, der DKP, der KPD, der FDJ, der PDS, der SPD, den Falken, solid und den Jusos. Sie ließen nicht nur die Zersplitterung der sozialistischen Bewegung in der BRD deutlich werden, sondern auch das unterschiedliche Herangehen an die Gewerkschaftsfrage, wie man ihren Flugblättern und Materialien entnehmen konnte. ver.di-Chef Frank Bsirske repräsentierte natürlich den Typus der Gewerkschaften als »Schulen des Reformismus«, der ja die Leitidee der heutigen Gewerkschaftsbürokratie ist und die noch sehr unentwickelte linke Gewerkschaftsopposition hervorgerufen hat.

Kämpferisch reden können sie bekanntlich alle, wenn es darauf ankommt, die angestaute Wut der Mitglieder und Belegschaften nicht überschwappen zu lassen. Es hat sich überhaupt eine Art gefährlich »beruhigendes Denkschema« auf der Grundlage der Arbeitsgemeinschaftspolitik/Sozialpartnerschaft herausgebildet. Es besteht darin, dass ein relativ schnelles Nachgeben der Unternehmer gegenüber durch Streik erzwungenen Lohnforderungen als Indiz dafür genommen wurde, dass das Großkapital von einer konterrevolutionären Lösung als Ausweg aus der Krise Abstand nehmen würde, weil es mit der auf Ausbeutung und Unterjochung fremder Völker basierenden »Demokratie« ein wirksameres Kampfmittel gegen die Lohnabhängigen zur Verfügung hätte.

Diese Auffassung ist zwar gegen den proletarischen Internationalismus gerichtet, erfüllt aber ihren Zweck. Der Staat weiß das Organisationsgefüge der bürgerlichen Gesellschaft, zu dem auch die Gewerkschaften gehören solange sie

mehrheitlich dem Einfluss reformistischen Denkens unterliegen, geschickt zu nutzen. Bsirske jedenfalls leistete der Regierung gute Dienste, wenn er die Gewerkschaften aufrief, Organisationen »sozialer Gerechtigkeit« – Kampforganisationen zu sein, ohne deutlich zu machen: »Was moralisch gerecht ist, ja selbst was dem Gesetz nach gerecht ist, kann weit entfernt sein von sozialer Gerechtigkeit. Über soziale Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit wird entschieden durch eine einzige Wissenschaft allein – durch die Wissenschaft, die sich mit den materiellen Tatsachen von Produktion und Austausch befasst, die Wissenschaft von der politischen Ökonomie.« (Friedrich Engels)

Der ver.di-Chef rechnete minutiös vor, dass das Kapital mit Hilfe der rot-grünen Regierung in seine eigene Tasche wirtschaftet und Geldmangel nicht die Ursache »blanken Sozialabbaus« sei, der den Begriff der »Reform« pervertiert. Bsirske sei natürlich ebenfalls für »Reformen«, aber es ginge um das »Wie« und »Wohin«. So sprach er sich für ein Milliarden-Investitionsprogramm der Regierung zur Schaffung von Arbeitsplätzen und forderte ein Rederecht für Oskar Lafontaine auf dem kurz bevorstehenden SPD-Sonderpartei-tag. Aber Lafontaine sagt: »Reichtum ist wie Mist. Nur fein verteilt leistet er gute Dienste.« Warum der Reichtum so verteilt wird, wie er verteilt ist, das sagt Lafontaine nicht. Die Eigentumsfrage bleibt unter dem Schutz des »Heiligscheins« bürgerlicher Demokratie verborgen. Die Sozialpolitik des bürgerlichen Staates wird nicht mit dessen Klassencharakter und seiner ökonomischen Grundlage in Zusammenhang gebracht.

Bsirske lenkt wie DGB-Chef Michael Sommer das Denken der Arbeiterschaft in eine falsche Richtung. Er weiß, dass diese gespalten ist und ihre Masse zu den Unorganisierten, zu den »atomisierbaren« untersten, nicht-privilegierten Schichten zählt. Auf diesen Einfluss zu gewinnen, ist besonders schwierig aber auch notwendig – denn gerade von hier kommt der Druck. Würde es an dieser Stelle zu einer Vereinheitlichung von Erkenntnisvermögen und Handlungswillen auf dem Boden der Reflexion der eigenen sozialen Lage kommen, dann wären politische Massendemonstrationen auch im Zusammenwirken mit den Unbeschäftigten möglich, bei denen die Arbeiterklasse tatsächlich vom Fleck kommt. Die Forderung nach einer Verkürzung des Arbeitstages wäre ein solches Kampfsignal. Doch gerade dies soll verhindert werden. Die Rolle der Gewerkschaften ist nach Auffassung ihrer Bürokratie zu beschränken auf die vorteilhaften Wirkungen von Arbeiterschutz, Fachvereinswiderstand, sozialer Flickgesetzgebung usw. Aber, und das verschweigt Bsirske, diese Wirkungen versagen in Perioden der Stagnation und Krise und werden durch die Reservearmee paralysiert. Außerdem verringern sie nicht die generelle Kluft von Lohnarbeit und Kapital. Die wachsende Unsicherheit der Existenz ist ein Grundzug des Kapitalismus auf jeder Stufe seiner Entwicklung, auch in Phasen der Prosperität. Deshalb geht es um die Verbindung der existentiell notwendigen wirtschaftlichen Tageskämpfe mit dem politischen Kampf. Das übersehen viele »sozialistisch« sein wollenden Organisationen, die am 24. Mai in Leipzig Flugblätter mit der Orientierung verteilten: »Das Kapital erklärt uns täglich aufs Neue den Krieg – Unsere Antwort kann nur Klassenkampf heißen« (KP-Aufbau). Es geht eben um eine bestimmte Art des Klassenkampfes.

Dies scheint ein radikal-demokratischer, durch eigene Erfahrung und Enttäuschung belehrter Geistlicher besser

Ein unfreundlicher Akt

Es war schnell gemacht: Das weit verbreitete, schwarzweiße Plakat »Nein zum Krieg« war der optische Aufhänger, um diese Erweiterung zu transportieren: »Auch: Nein zum Krieg gegen Alte, Kranke und Erwerbslose!«. Mitglieder der Erwerbslosengruppe von ver.di Dortmund hatten sich das ausgedacht. Sie wollten darauf verweisen, dass das Engagement vieler Menschen gegen den Angriff auf den Irak eine Entsprechung in den innenpolitischen Auseinandersetzungen um die »Agenda 2010« brauche. Natürlich haben sie es auch im Gewerkschaftshaus von ver.di Dortmund aufgehängt, schließlich ist dort ihr politischer Zusammenhang, arbeiten dort ihre KollegInnen, mit denen sie über diese Fragen debattieren. Der Geschäftsführer von ver.di, der ein solches Plakat an seiner Bürotür fand, verstand diese kleine Aktion allerdings als einen »unfreundlichen Akt« und beschimpfte die Kolleginnen und Kollegen: Der Vergleich von »echtem Krieg« und Maßnahmen der Bundesregierung sei moralisch unzulässig. ■



begriffen zu haben, als die Chefs der Gewerkschaften und auch besser als einige »Marxisten«. Die Rede ist vom Pfarrer der Nikolaikirche, Christian Führer. Wir wollen ihn nicht überinterpretieren, aber er hat ein Stufenprogramm des sich zuspitzenden Widerstandes entwickelt. Es fand anhaltenden und nur von Jubelrufen und -pfeifen unterbrochenen Beifall der Zuhörerschaft. Seine Quintessenz lautet: Und wenn das alles nichts hilft, dann sei wieder eine »friedliche Revolution« fällig – »und das ist mehr als Generalstreik«. Wie aber die Herrschenden gerade auf dieses »Mehr« mit Hilfe ihrer Regierungsmittel reagieren, dies ist eine Frage des Kräfteverhältnisses – also der Bewusstheit und Organisiertheit der abhängig Arbeitenden. H. M., Leipzig ■

■ KASSEL

Gewerkschaftsdemonstration gegen die Agenda 2010

Unter dem Motto: »Es reicht! Menschlich modernisieren – gerecht gestalten. Das machen wir. DGB« mobilisierte der DGB-Bezirk Hessen-Thüringen ca. sechstausend Kolleginnen und Kollegen zu einer Demonstration nach Kassel. In den zwei Demonstrationssägen, die sich in der Kasseler Innenstadt vereinigten, sah man überwiegend Mützen und Fahnen von IG BAU, IG Metall und ver.di aus Süd-, Mittel- und Nordhessen sowie Göttingen, daneben einige selbstgemachte Transparente aus Gewerkschafterkreisen neben solchen linker Gruppen.

Auf der Abschlusskundgebung auf dem Friedrichsplatz sprachen u.a. die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula

Engelen-Kefer und der zweite IG-Metall-Vorsitzende Jürgen Peters. In ihren Redebeiträgen prangerten sie den Sozialabbau der Bundesregierung an und warnten vor einem »Systemwechsel« durch den Angriff auf die Gewerkschaften. Abgesehen davon, dass in der von Engelen-Kefer kritisierten Hartz-Kommission auch Gewerkschaftsvertreter saßen, blieben sie die Antwort darauf schuldig, wie die Gewerkschaften sich gegen diese Angriffe wehren können. Im Zusammenhang mit der wenige Tage später vom DGB-Chef verkündeten »Sommer-Pause« hatte die Veranstaltung den hauptsächlichen Zweck, den Beschäftigten die Gelegenheit zu geben, einmal »Dampf abzulassen«. Dass die Gewerkschaftsvorstände damit erfolgreich waren, ist jedoch auch eine Folge der Passivität in der Mitgliedschaft.

Obwohl in großen Teilen der arbeitenden Bevölkerung zweifellos eine große Wut darüber vorhanden ist, nach zwölf Monaten Arbeitslosigkeit auf den Stand eines Sozialhilfeempfängers gedrückt zu werden, und das unabhängig davon, wie lange man vorher eingezahlt hat, waren die Illusionen über die Schröder-Regierung und die Gewerkschaftsführungen doch zu groß, um gegen diese Führungen den Widerstand zu entwickeln. Viele sozialdemokratisch orientierte Kolleginnen und Kollegen litten unter dem Dilemma, dass in ihrer Brust zwei Herzen schlugen: Bei aller Wut wollte man doch nicht den »sozialdemokratischen Kanzler« stürzen und den Weg für Union und FDP an die Regierung freimachen. Die Wahl des kleineren Übels spielt sich auf immer niedrigerem Niveau ab. Dies drückt die Illusionen über die Funktion einer Regierung im Kapitalismus ebenso aus, wie die fehlende Einsicht in die wirklichen Machtverhältnisse und die eigene Kraft.

Kassel, 25. 6. 2003 ■

■ HAMBURG

Zur Demo aufgerufen, um Protest zu kanalisieren

Es bedurfte schon der Chefs von IG Metall, Zwickel und des DGB insgesamt, Sommer, die auch mit ihrer »Klartext«-Veranstaltungsreihe nach Hamburg kommen wollten, dass sich der DGB Nord das erste Mal öffentlich zu den Sozialabbau-Plänen der Bundesregierung »positionierte«. Waren auf den ersten Flugblättern und Plakaten nur die beiden Genannten erwähnt, kam der Vorsitzende der NGG, Möllenberg auf einer späteren Auflage noch dazu.

Das Ganze »Klartext-Gerede« fand am 2. April in einem Hörsaal der Universität statt, rund 350 haupt- und ehrenamtliche Funktionäre kamen zusammen. Die Kollegen Sommer und Zwickel waren am Tag zuvor beim Kanzler Schröder gewesen und der hatte sie offenbar ziemlich unfreundlich behandelt und keine Zugeständnisse gemacht. Sie zeigten ihre Verärgerung über diese »kalte Schulter« durch radikales Reden gegen die Bundesregierung, gegen die SPD-Politik. Konkret vorgeschlagen wurde von ihnen nichts, es blieb alles im wortradikalen Dunst stecken, der allerdings oft und laut beklatscht wurde. Als aus dem Publikum die ersten konkreten Fragen kamen, z.B. danach, was die DGB-Vertreterin Kunkel-Weber in der Hartz-Kommission eigentlich für eine Aufgabe hatte, redeten sie drum rum. Die Fragen wurden drängender, vor allem Linke nutzten die Gelegenheit, ihre Ansprüche an die Führung zu formulieren. Möllenberg

begann, Zwickel und Sommer folgten etwas abgeschwächt, mit ihren Bekenntnissen: Sie seien Sozialdemokraten und blieben das auch. Sie wollten die Regierung nicht in Schwierigkeiten bringen (Stoiber mache alles noch schlimmer), sie stünden für einen »Systemwechsel« nicht zur Verfügung. Gleichzeitig verlangte vor allem Zwickel, die anwesenden Gewerkschafter sollten am bevorstehenden 1. Mai beweisen, dass sie in den Betrieben für einen »heißen« Frühling sorgen könnten. Die »Fesseln« des Bündnisses für Arbeit seien ja nun, weil der DGB ausgestiegen sein, kein Hinderungsgrund mehr, nun könne man ja loslegen.

Elf Tage später schrieb die »FAZ am Sonntag« (13.4.03), dass der »Seeheimer Kreis« den DGB-Vorsitzenden Sommer zu Gast hatte, der »versprach, dass der Gewerkschaftsbund zwar fürs Schaufenster Kritik an der Reformpolitik Schröders üben, es aber letztlich nicht zu einem ›heißen Frühling‹ kommen lassen werde.«

Vierzehn Tage weiter verabredeten während eines Mai-Empfangs von ver.di Nord deren Vorsitzender Rose, der DGB-Vorsitzende Pumm, der IG Metall-Vorsitzende Janßen und der IG BAU-Vorsitzende Suß, dass die Gewerkschaften am Rande der acht Tage später, am 7. Mai stattfindenden Regionalkonferenz der SPD »Flagge zeigen sollten ... Ich gehe davon aus, dass die übrigen Gewerkschaftsvorsitzenden das auch so sehen. Dies muss jetzt schnell organisiert werden. Bitte mobilisiert dafür und denkt an ein buntes Erscheinungsbild für die Medien.« schrieb der Kollege Pumm am 30. April an rund 70 hauptamtliche DGB-Funktionäre im Norden. In der ver.di-Organisation wurde diese Mail vom Kollegen Rose kommentarlos am 2. Mai am rund 50 Funktionäre weitergeschickt.

Der 1. Mai war vorüber, die rund 20.000 Kundgebungs-Teilnehmer hatten von der Absicht der oben genannten Funktionäre, »Flagge zeigen« zu wollen, nichts, kein Wort erfahren. Stattdessen erfuhren Vertrauensleute und Betriebsgruppen per Mail, dass die IG BAU vor der SPD-Regionalkonferenz (in der Fischauktionshalle) eine Kundgebung angemeldet habe, dass mit der Polizei Verabredungen (keine Lautsprecher, keine Blockaden) getroffen seien, man sich also entsprechend verhalten solle.

Vor der Fischauktionshalle selbst waren dann am 7. Mai rund 300 Kolleginnen und Kollegen zusammengekommen, vor allem eine größere Gruppe von IG BAU-Kollegen und die ver.di-Betriebsgruppe von G+J, dazu linke Organisationen. Gleich am Anfang gab es einen Zusammenstoß mit der Polizei, die die »Verabredung« »keine Blockade« so interpretierte, dass die rund 700 mit Bussen eintreffenden SPD-Delegierten uns Demonstranten nur aus der Ferne wahrnehmen sollten. Ein ver.di-Kollege wurde dabei festgenommen und sollte erkennungsdienstlich behandelt werden. Es war bis auf den IG BAU-Kollegen, der die Kundgebung angemeldet hatte, keiner der Hauptamtlichen, die »Flagge zeigen« wollten, auf dieser Kundgebung anwesend, sie waren alle in der Halle und haben dort geschwiegen. Der Kollege Rose bekam beim Reingehen zu hören: »Dein Platz ist hier bei uns und nicht dort im Saal«, was ihn nicht rührte.

Mitte Juni war Landesbezirks-Vorstandssitzung von ver.di-Nord. Rose erklärte die Vorgänge um die Kundgebung vor der Fischauktionshalle: Es sei sehr schwierig gewesen, die Leute zu mobilisieren, laut Umfragen seien 50 Prozent der DGB-Mitglieder nicht gegen die Agenda. Dafür war es für sie leicht, die Aktiven ins Leere laufen zu lassen. HH, D.L., ■

Panasonic-Belegschaft streikte, weil sie erwerbslos wird

Nach einem Gespräch mit der Betriebsratsvorsitzenden von am 1. Juli 2003, wenige Tage vor Ende der Auseinandersetzung in Neumünster:

In dem in Neumünster seit 18 Jahren bestehenden Betrieb **Panasonic Automotive Systems Deutschland GmbH** sind ca. 560 KollegInnen beschäftigt. Er stellt in erster Linie Autoradios für VW, Audi und Toyota her, nachdem andere Teile der Produktion wie die Überwachungskamera-Abteilung bereits verlagert wurden. Erst seit ca. 5 Jahren besteht ein Betriebsrat mit 13 Mitgliedern, davon 3 Freigestellte, in Persönlichkeitswahl gewählt. Als einziger Betrieb von Panasonic-Deutschland gibt es hier **keinen** Tarifvertrag. Weitere Werke und Vertriebsgesellschaften bestehen in Hamburg, Esslingen, Wiesbaden und an anderen Orten. Es gibt einen Euro-Betriebsrat, aber nur in Hamburg einen Gesamtbetriebsrat für die Hamburger Werke. Alle Werke haben mit ver.di oder der IG Metall Tarifverträge abgeschlossen.

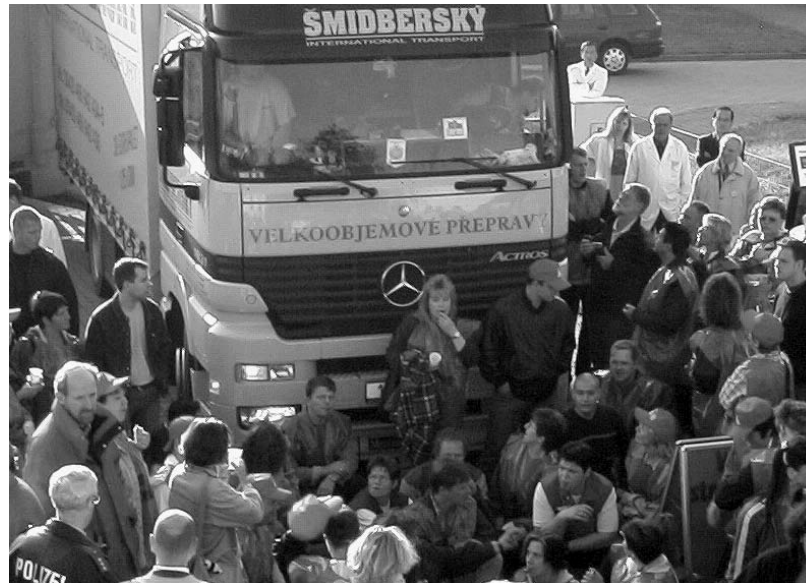
Panasonic-Neumünster hat vor 18 Jahren die mit der Werksansiedlung verbundenen kommunalen Subventionen kassiert, die mittlerweile abgeschrieen sind. Seit einiger Zeit bereits sind keine Investitionen mehr gemacht worden, so dass die Maschinerie und Produktionslinien gegenüber anderen Werken veraltet sind.

Der Betriebsrat hat mit einer komplexen Leitungshierarchie zu kämpfen, da es einen lokalen Direktor mit Teilprokura vor Ort gibt, sowie einen für das Werk entscheidungsfähigen Direktor, der in Wiesbaden und London ansässig ist, aber die Konzernzentrale in Japan letztendlich die Entscheidungen trifft. So auch im Falle der Schließung in Neumünster. Seit einiger Zeit gibt es ein neues Werk in Tschechien, in dem mittlerweile Qualität und Ausstoß der Produktion dem vorher in Westeuropa erreichten Standard entsprechen sollen. Einige Produktionsbereiche, wie die Handyproduktion aus England waren bereits vorher nach Tschechien verlagert worden. Dennoch war die in Japan getroffene Entscheidung der Werksschließung für die KollegInnen in Neumünster nicht vorhersehbar.

In den letzten 5 Jahren hatte der Betriebsrat einige Verbesserungen in der Entlohnung durchgesetzt. Trotz eines untertariflichen Grundlohnes gab es Schicht- und Überstundenzuschläge, die teilweise höher waren als die in anderen Betrieben tariflich vereinbarten. Neben der überwiegend weiblichen Belegschaft gibt es eine Entwicklungsabteilung mit ca. 60 Ingenieuren. Die Entscheidung vom 13. Juni 2003, zum Streik aufzurufen, war eine Reaktion auf die unvorhergesehene Entscheidung der Werksschließung sowie die anmaßende Abfindungssumme von nur 2,5 Millionen Euro für die 400 zur Entlassung Vorgesehenen. Die konkreten Tarif-Forderungen der Streikenden waren:

- Grundkündigungsfrist von 3 Monaten zum Quartalsende. Sie verlängert sich um je 2 Monate für jedes volle Jahr der Betriebszugehörigkeit. Maximale Kündigungsfrist ist 12 Monate zum Quartal.

- Beschäftigte, die betriebsbedingt gekündigt werden, haben nach Ablauf der Kündigungsfrist Anspruch auf Qualifizierungsmaßnahmen für bis zu 24 Monate unter Fortzahlung eines Unterhaltsgeldes in Höhe der bisherigen Vergütung. Die Kosten trägt die Firma.



Es waren Frauen, die sich als erste entschlossen vor diesen LKW setzten, um seine Weiterfahrt zu verhindern.

- Beschäftigte, die betriebsbedingt gekündigt werden, erhalten eine Abfindung in Höhe von zwei Monatslöhnen pro Beschäftigungsjahr.

Noch Anfang des Jahres waren rund 25 Prozent der Belegschaft (außerhalb der Forschungsabteilung) in der IG Metall organisiert, vier Wochen vor dem Streikbeginn waren es rund 80 Prozent. Eine gewerkschaftspolitische Spaltung war dennoch vorhanden. So gab es niemanden aus dem Entwicklungsbereich, der sich solidarisch erklärte, geschweige denn am Streik beteiligte. Auch aus der Produktionsbelegschaft gab es einige KollegInnen, darunter auch Gewerkschaftsmitglieder, die als StreikbrecherInnen arbeiteten. Die mehrheitlich weibliche Belegschaft hat den Streik von Anfang an entschlossen unterstützt. Auch nach 3 Wochen machte das Streikposten-Lager vor dem Werkstor (mit Bühne, Küche + Kantine, sowie einem Büro-Container) einen sehr gut organisierten Eindruck. Es streikte eine nichtorganisierte Frau mit, der aus dem Solidaritätsfonds Streikunterstützung gezahlt wurde. Diese Frau war von ihrem Mann verboten worden, in die Gewerkschaft einzutreten, was sie in der aktuellen Situation aber nicht abhielt, mit ihren Kolleginnen zusammen rauszugehen.

Am Ende der 3 Streikwoche kam es zu ersten Kontakten mit der Geschäftsleitung durch Vermittlung des SPD-Oberbürgermeisters von Neumünster. In dieser Kleinstadt haben in den letzten Jahren mehrere Betriebe dichtgemacht, so dass die Gemeinde ein Interesse daran hat, weitere Abwanderungen zu verhindern. Die Unterstützung durch die Bevölkerung Neumünsters, die durch Autokorso, Marktstände und Flugblattaktionen auf den Streik im Industriegebiet aufmerksam gemacht wurde, wuchs von Tag zu Tag.

Gewerkschafter, eine Schulklassen, Bürger drückten ihre Solidarität aus, indem sie vorbeikamen und Geld oder Lebensmittel brachten. Eine ganze Reihe ehrenamtlicher Gewerkschaftsfunktionäre, freigestellter Betriebsräte und hauptamtlicher Funktionäre aus der regionalen Umgebung

besuchten die Streikenden. Besonders begrüßt wurde eine 50köpfige Delegation der »Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft« (LMG), die mit einem Transparent »solidarisch mit Panasonic« auf die Streikposten zu marschierte, um für einhalb Stunden mit vor dem Tor zu stehen. Die LMG-Belegschaft befand sich auch in einem betrieblichen Konflikt und hatte kurz zuvor in Lübeck das Lübecker Tor dichtgemacht, um auf sich aufmerksam zu machen. Ebenso gab es einen Austausch von Delegationen mit der Belegschaft eines in der Nähe befindlichen C+C-Marktes, die sich gerade in einem von ver.di organisierten Lohntarifstreik befand.

Es hat es zwar diese Besuche gegeben, jedoch hat es außerhalb des Werkes keine organisierte Unterstützung innerhalb der IG Metall oder anderer Gewerkschaften in andere Belegschaften hinein gegeben. Zwar gibt es Kontakte zum Gesamtbetriebsrat in Hamburg und zum Eurobetriebsrat, doch von keinem dieser Kontakte sind Versuche ausgegangen, die Unterstützung des Streikes über das gewerkschaftliche Streikgeld hinaus dauerhaft materiell zu verstärken (z.B. organisierte Sammlungen in Betrieben) oder über die Situation des Streiks gezielt in anderen Gewerkschaften zu informieren und dann zu sammeln.

Die Geschäftsleitung hat von Anfang an aktive Maßnahmen zum Streikbruch unternommen. Außer den bereits erwähnten wenigen KollegInnen, die weiter arbeiten, hat sie versucht, japanische Arbeiter ohne Arbeitsgenehmigung in das Werk zu bringen. Dies wurde allerdings vom zuständigen Arbeitsamt verhindert, indem es die erforderlichen Arbeitsgenehmigungen verweigerte. Desgleichen verzichtet dieses Arbeitsamt auf Zwangsmaßnahmen gegen erwerbslose Bezugsempfänger, die sich unter Verweis auf § 11 des AÜG weigern, Streikbrucharbeiten zu leisten.

Nicht so die Arbeitsämter aus dem benachbarten Mecklenburg-Vorpommern. Sie setzen Bezugskürzungen gegenüber Empfängern durch, die die Streikbruch-Arbeit verweigern. Der DGB-Nord hat Vertreter auch in den Mitbestimmungsgremien dieser Arbeitsämter, und es wäre deren Aufgabe gewesen, sofort im Interesse der zur Streikbruch-Arbeit Gezwungenen einzugreifen.

Weiterhin hat das Unternehmen vielfach immigrierte StudentInnen aus Kiel und Lübeck eingesetzt, denen vielfach der Konflikt aufgrund von Sprachschwierigkeiten nicht vermittelbar ist und die selbst aufgrund der rassistischen, ausgrenzenden Arbeitsregulierungen gegenüber »ausländischen« StudentInnen in erheblichem Maße auf derartige »Sommerjobs« angewiesen sind. Neben indischen und libanesischen StudentInnen waren zunehmend chinesische StudentInnen eingesetzt worden. Trotz aller Streikbruchmaßnahmen war es der Werksleitung nur gelungen, ca. 50 Prozent des früheren Produktionsvolumens zu erreichen. Aus den Reihen der Belegschaftsmitglieder, die im Betrieb weiter arbeiteten, war zu hören, dass sie trotz Sympathie für den Streik draußen aus »sozialen Gründen« weiterarbeiten müßten, dass sie dennoch überhaupt kein Interesse daran hätten, die Fehlerquote zu senken.

1) Auf der Internet-Seite findet sich folgender Eintrag: »...ich bin schon lange arbeitslos (Facharbeiter, Ende 40) und dachte gleich, da ist was faul, als ich von »Alphaservice Kiel« einen Anruf bekam. Monate, nachdem ich mich bei ihnen beworben hatte. Sie waren ziemlich freundlich, obwohl sie noch keine genaueren Unterlagen von mir hatten. Ich sollte Freitag, 5.45 Uhr vom Bahnhof Kiel mit dem Taxi abgeholt werden, um einen Schnuppertag bei Panasonic Neumünster zu verbringen...«

Der Abschluss

Am Donnerstagmorgen, 3. Juli, kam es aufgrund einer Einladung des Bürgermeisters zu Verhandlungen, die erst nach 16 Stunden in der Nacht mit einer Rahmenvereinbarung abgeschlossen werden konnten. Sie wurde nach Diskussionen auf Streikversammlungen im Detail ausgearbeitet und an verschiedenen Stellen noch verbessert. Verglichen mit den Forderungen am Beginn des Streiks wurden die substantiellen Forderungen Kündigungsschutz, Abfindung und Qualifizierung dem Unternehmen erfolgreich abgefordert, allerdings nicht in der anfangs geforderten materiellen Höhe. Die IG Metall geht davon aus, dass der abgeschlossene Vertrag, der auf Verlangen des mitverhandelnden Arbeitgeberverbandes nicht die Überschrift »Tarifvertrag« hat, trotzdem juristisch so gewertet werden muss. Die Urabstimmung am Freitag, den 11. Juli ergab 81,82 Prozent für die Annahme des Verhandlungsergebnisses.

Lehren ziehen?

Der Streik besitzt selbstverständlich eine besondere Bedeutung. Einmal regional, denn der vor kurzem durchgeführte Streik der KollegInnen von »Heidelberger« in Kiel scheint mit einem durchwachsenen Ergebnis abgeschlossen worden zu sein (die erreichte Vereinbarung ist kein Tarifvertrag und hat somit keine bindende Wirkung, sollte die dortige Entwicklungsabteilung in Zukunft geschlossen werden). Die Angestellten (Entwicklung, Vermarktung) von Panasonic Neumünster glauben besonders hartnäckig an ihre »wichtige« Funktion, weshalb sie keine Notwendigkeit sahen, sich an dem Streik zu beteiligen. Dennoch wäre ein Abschluss als Tarifvertrag für vergleichbare Fälle wegweisend, zumal zu befürchten ist, dass mit zunehmenden Investitionsabschreibungen ähnliche Fälle in der Zukunft verstärkt auftreten. Generell zeigte die Belegschaft hier aber, dass es trotz »Globalisierung« weiterhin möglich ist, zu kämpfen. Selbst wenn es sich nur um einen Vertrag mit höheren Abfindungen und finanzierten Fortbildungsregeln handelt, bedeutet dieser Kampf, dass Entscheidungen von oben nicht unwidersprochen hingenommen werden müssen. Die Grenzen für derartige Arbeitskämpfe zeigen sich selbstverständlich auch. So sind die Streikenden gezwungen, Streikbrecher und Material durch einen drei Meter breiten Durchgang in das Werk zu lassen, können also eine vollständige Werksblockade nicht

2) Zum Leiharbeiter: Er hat das Recht, die Arbeit in einem bestreikten Betrieb zu verweigern. Der Verleiher muß ihn dann in einer anderen Firma einsetzen. Kann er es nicht, läuft der Lohn trotzdem weiter. Auf juristisch klingt das folgendermaßen:

Im § 11, Abs.5 des AÜG (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz; siehe unter www.bza.de/Recht/AÜG) heißt es: »(5) Der Leiharbeitnehmer ist nicht verpflichtet, bei einem Entleiher tätig zu sein, sowie dieser durch einen Arbeitskampf unmittelbar betroffen ist. In den Fällen eines Arbeitskampfes nach Satz 1 hat der Verleiher den Leiharbeitnehmer auf das Recht, die Arbeitsleistung zu verweigern, hinzuweisen.«

Sollte ein Leiharbeiter einer externen Zeitarbeitsfirma dieses Recht in Anspruch nehmen, muss die Zeitarbeitsfirma den Leiharbeiter einen neuen Einsatz zuweisen. Kann sie das nicht, ist dem Leiharbeiter dennoch der vereinbarte Lohn (ohne Arbeitsleistung!) weiterzuzahlen, da es im § 11, Abs. 4 des AÜG heißt: »Das Rechts des Leiharbeitnehmers auf Vergütung bei Annahmeverzug des Verleihers (§ 615 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) kann nicht durch Vertrag aufgehoben oder beschränkt werden.«

Befindet sich das Zeitarbeitsunternehmen im Annahmeverzug (d.h., es kann dem Leiharbeiter keinen Arbeitseinsatz zuweisen), muss der sogenannte »Garantielohn« gezahlt werden, wobei weder Urlaub noch Überstunden angerechnet werden dürfen.

ohne weiteres durchsetzen. Des Weiteren muss ein solcher Streik um »tarifizierbare« Forderungen gehen, damit er formale Gewerkschaftsunterstützung bekommen kann. Sollten Unternehmen in Zukunft noch dreistere Formen von Werkschließungen an den Tag legen, so laufen diese eingeschränkten Kampfmittel schnell Gefahr, wirkungslos zu sein. Notwendig ist, aus diesem und verschiedenen anderen Arbeitskämpfen in Schleswig-Holstein gemeinsam mit den Belegschaften Lehren zu ziehen. HH, L.S., 13.7.03 ■

Peter, der Archivar, ist tot

Ende April starb in Berlin im sechzigsten Lebensjahr nach monatelanger schwerer Krankheit unser Genosse Peter Welter. Peter war über die Gruppe Arbeiterpolitik hinaus bekannt als derjenige, der für das Archiv der Gruppe verantwortlich zeichnete. Anfang der 70er Jahre erschienen drei von ihm herausgegebene Rundbriefe, die den damaligen Bestand auszugsweise wiedergaben.

Peter stammte aus einer klassischen Arbeiterfamilie. Der Vater verdiente das Einkommen für die große Familie durch seine Tätigkeit als Tischler. Das Geld war immer knapp zu Hause, so dass Peter schon früh mit den Zwängen der materiellen Existenzsicherung konfrontiert wurde.

Nach der Mittleren Reife begann er eine Ausbildung als Keramiker. Etwa ab Mitte der 60er Jahre arbeitete er im Büro des Berliner Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, SDS. Er versuchte dort, Ordnung in das alltägliche Chaos zu bringen. Zeitweilig war er auch im Asta der TU beschäftigt.

Nach Auseinandersetzungen, die ihn auch persönlich trafen, zog er sich aus dem SDS zurück und wechselte nach Bremen. Dort erlebte er die Schülerstreiks, die kommunalpolitische Bedeutung besaßen, und die Auseinandersetzungen auf der Klöcknerhütte 1969. Aufgrund dieser Eindrücke fand er Verbindung zur Gruppe Arbeiterpolitik, ab 1969 nahm er an den Diskussionen der Bremer Gruppe teil.

Gründung des Archiv Arbeiterpolitik

Schon kurze Zeit später schlug Peter vor, ein Archiv anzulegen. Die Bremer Gruppe stimmte dem zu und kurze Zeit später wurde dieses Projekt zu einem der Gesamtgruppe.

Motiv für den Entschluss, das historische Material der Gruppe systematisch zu sammeln, war die Einsicht, dass sowohl unter den Ende der 60er Jahre zur Gruppe gestoßenen akademischen Linken wie auch unter den Arbeitern, Lehrlingen und Schülern, die über Erfahrungen in spontanen Kämpfen und kommunalen Auseinandersetzungen verfügten, das Interesse an der Klärung historischer Fragen und an der Aneignung einer Methode, die eine selbstständige Analyse von Klassenkämpfen ermöglichte, groß war. Schulungen konnten aber nur dann organisiert werden, wenn die historischen Texte und die Materialien zu aktuellen gesellschaftlichen Konflikten zur Verfügung standen und von allen, die damit arbeiten wollten, abrufbar waren.

1) Archiv Arbeiterpolitik, Rundbrief No. 1, Okt. 1971, bis No. 3, Juni 1973.
2) IVKO – Abkürzung für Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition. In ihr schlossen sich eine Reihe von Oppositionsgruppen aus Kommunistischen Parteien zusammen, die mit der Politik der Kommunistischen Internationale vor allem nach der ultralinken Wende 1928 nicht mehr einverstanden waren.

Ein zusätzlicher Grund für die Einrichtung eines Archivs ergab sich daraus, dass sich die Gruppe seinerzeit an der unter den linken Organisationen geführten Diskussion über zentrale Fragen der Geschichte der Arbeiterbewegung beteiligte. Auch um hier Stellung nehmen zu können, bedurfte es der Sammlung des historischen Materials. Eine weitere Funktion sollte das Archiv darin haben, »die im Besitz der einzelnen Genossen befindliche politische Literatur schriftlich zu erfassen und so eine gemeinsame »Bibliothek im Kartekasten« zu erstellen. Das Zusammenfassen von Zeitungsartikeln zu Vorgängen im gewerkschaftlichen, innen- und weltpolitischen Zusammenhang ist eine weitere Aufgabe, die zwar aufgrund des Arbeitsumfangs schwieriger zu bewältigen ist, für die Arbeit der Redaktion ... jedoch sehr nützlich sein kann.

Um die Gefahr zu vermeiden, das Sammeln von Material im Archiv um seiner selbst willen zu betreiben und es so zum Grab für Informationen werden zu lassen (ein Vorgang, den jeder kennt, der selbst einmal dergleichen begonnen hat), ist die Arbeit am Archiv vor allem darauf gerichtet, es für die Erfordernisse der praktischen politischen Arbeit nutzbar zu machen, wie sie z.Zt. vor allem in Schulung, redaktioneller Arbeit an Arpo und Betriebszeitungen, der Aufarbeitung wichtigen historischen Materials für Veröffentlichungen etc. zum Ausdruck kommen.

Neben der längerfristigen Arbeit, wie z.B. der Sammlung und evtl. späteren Herausgabe der Arbeiten August Thalheimers, Heinrich Brandlers und anderer werden Arbeiten wie die Zusammenstellung von Material zu bestimmten Themen für Schulungskreise, Redaktion und einzelne Genossen die wichtigste Aufgabe des Archivs sein.«¹⁾

Trennung von der Gruppe

Peter hat sich zunächst auf die ersten Nachkriegsjahre bis zum Neuanfang der Gruppe im Jahre 1960 konzentriert. Die Dokumente dieser Jahre lagen bei verschiedenen Genossinnen, die zum größten Teil nicht mehr an der politischen Auseinandersetzung teilnahmen. In diesem Zusammenhang wurden in den gruppeninternen Diskussionen Fragen aufgeworfen: In wieweit ist es politisch gerechtfertigt, mit nunmehrigen Vertretern sozialdemokratischer Anschauungen wenn auch nur aus Gründen der Vervollständigung des Archivbestandes Kontakt aufzunehmen? Ist eine sich am Kriterium der Vollständigkeit orientierende Archivarbeit schon eine politische Arbeit? Inwieweit muss die Aufarbeitung historischen Materials sich an den aktuellen Fragen der Gruppentätigkeit orientieren?

Peter gegenüber geäußerte Vorwürfe in diesem Zusammenhang haben sich nicht erhärten lassen. Er hat die Archivarbeit nie genutzt, um persönliche oder berufliche Vorteile zu erlangen. Alle seine zwischenzeitlich geäußerten Publikationsvorhaben besaßen den Charakter bibliografischer Sammlungen. Mit ihnen verfolgte er allein das Ziel, auf die Texte von KPD-O, IVKO²⁾ und Gruppe Arbeiterpolitik hinzuweisen und so Interessierten die Möglichkeit zu bieten, sich die Materialien ohne großen Recherchieraufwand zu beschaffen. Sein Streben nach Veröffentlichung von Dokumenten stand nicht im Gegensatz zum politischen Interesse der Gruppe. Peter vertrat die Auffassung, dass es am besten wäre, wenn die Gruppe ihre Geschichte selber aufarbeiten würde. Wenn sie dazu aber nicht in der Lage sei, und dies war sie nur begrenzt, wäre es auch nicht schädlich, wenn

seriös arbeitende Wissenschaftler dies täten. Die Gruppe könne ja beizeiten ihre eigenen Positionen darlegen und die der anderen ggf. korrigieren.

Peter, ein sicher eigensinniger Kopf, wollte die archivari-sche Arbeit mit der ihm eigenen Sorgfalt unter allen Umständen fortsetzen. Sie stand mittlerweile im Zentrum seines Engagements in der Gruppe. An den tagespolitischen Dis-kussionen und sonstigen Gruppenaktivitäten nahm er weni-ger teil. Die Gruppe konnte einen aus heutiger Sicht banalen innerorganisatorischen Konflikt nicht so lösen, dass Peter weiter mitarbeiten konnte. Sie entzog ihm das Vertrauen und setzte einen anderen Genossen ein, der die Arbeit fortführen sollte. Das gesammelte Material wurde wechselseitig ausgetauscht.

Fortsetzung der Archivarbeit

Von den internen Beziehungen der Gruppe abgekoppelt, konzentrierte sich Peter auf die Sammlung von Dokumenten aus der Zeit des Faschismus. Im Gegensatz zur Weimarer Republik, wo durch die Arbeit K.-H. Tjadens, Marburg, die KPD-O gut erforscht schien, gab es für die Zeit des Faschismus eine vergleichbare Untersuchung nicht. Außerdem existierten die meisten der Dokumente aus dieser Periode verstreut in einer Vielzahl von Privatarchiven. Während der Illegalität wurden von den Papieren, den Zeitungen und den Broschüren immer nur wenige Exemplare hergestellt. Aufbewahrungsmöglichkeiten von politischen Schriften bestanden ebenfalls nur selten, weil die weiterhin aktiven Genos-sInnen sich nirgendwo häuslich niederlassen konnten.

Peter korrespondierte mit vielen Mitgliedern der KPD-O und der anderer Sektionen der IVKO. Er sammelte alles, was an Dokumenten zu bekommen war. Für ihn waren nicht nur die schriftlichen Materialien wichtig, auch sonstige Informa-tionen über Inhalt und Struktur der politischen Arbeit be-saßen für ihn Bedeutung. So entstanden viele (Brief-)Freund-schaften, die bis zum Tode der Altgenossen hielten. Nahezu alle von ihnen hatten sich, aus unterschiedlichen Gründen sicherlich, nach 1945 nicht mehr oder wenn doch, dann nur kurz am Aufbau einer neuen kommunistischen Bewegung beteiligt. Für Peter war wichtig, dass sie zu ihrer Vergangen-heit standen und aus keinem anderen Interesse als dem, die eigene Geschichte aufarbeiten zu wollen, zur Kooperation bereit waren.

Obwohl dieser Teil der Arbeit für ihn sicherlich der span-nendste war, vernachlässigte er nicht die klassische Spuren-suche in öffentlichen und privaten Archiven. Seine Kontakte reichten bis nach Indien und in die USA. Neue Möglichkei-ten ergaben sich nach dem Niedergang der sozialistischen Länder. Insbesondere in Tschechien konnte er einige bisher nicht bekannte Materialien entdecken. Der Fortschritt der fotomechanischen Technik erleichterte seine Arbeit. Nahezu die gesamte internationale Sekundärliteratur zur KPD-O und den Sektionen der IVKO befand sich in seiner Hand.

Peter war in diesen Jahren bereit, allen zu helfen, die sich wissenschaftlich oder sonst wie historisch mit der KPO und der IVKO auseinandersetzen wollten. Er verweigerte aller-dings die Zusammenarbeit mit denen, die aus seiner Sicht zweifelhafte Motive besaßen, die etwa zur Denunziation bereit waren oder allein aus Karriere-Gründen mal schnell etwas besonderes von der KPO/IVKO publizieren wollten. Peter stellte den Interessenten nahezu alles zur Verfügung, was er an Dokumenten besaß, was, entgegen wissenschaftli-

cher Publikationspraxis, mehrmals keine dankende Erwäh-nung erfuhr. Lediglich bei der Weitergabe von Korrespon-denzen blieb er zurückhaltend. Er sprach wohl hin und wiede-r mit engen Vertrauten über die Informationen, die er aus seinen Briefwechseln gezogen hatte, weitergegeben hat er diese Quellen aber nicht.

Diese selbstlose Art, die von keiner Seite durch irgend-welche Zuwendungen vergolten wurde, führte ihn immer wieder in finanzielle Schwierigkeiten. Mitte der 80er Jahre wurden sie derart massiv, dass er seine Archivarbeit weitge-hend einstellen musste. Er besann sich auf seine handwerkli-chen Fähigkeiten und versuchte, bei Wohnungsrenovierun-gen, Instandsetzungen von Häusern oder Mitarbeit bei Haus-verwaltungen Geld zu verdienen. Wenn möglich übernahm er die Entwicklung von Konzepten für einzelne Wohnberei-che, die Planung von Küchen übernahm er gern. Im Rahmen seiner Tätigkeiten im Baubereich lernte er alle Widrigkeiten der Branche wie Lohndrückerei, unbezahlte Rechnungen, arrogante Bauherren kennen. Besonders verhasst waren ihm ehemals Linke, die zu etwas Reichtum gekommen waren, und sich nun so verhielten wie die, die sie vordem bekämpft hatten.

Politisch ist uns in den Jahren der Trennung nur ein Enga-gement bekannt. Peter schloss sich in der Gründerphase dem TAZ-Projekt an. Die notorisch klamme Zeitung versuchte seine handwerklichen Leistungen zum Billigpreis zu bekom-men. Nach einiger Zeit musste er feststellen, dass sich von den Einkünften auch bei bescheidener Lebensführung nicht existieren ließ. Schließlich führte die Rechtsentwicklung der Zeitung auch politisch zum Bruch.

Erneute Zusammenarbeit

In den vergangenen Jahren hat sich Peter der Gruppe wieder angenähert und die Gruppe ihm. Der Kontakt bezog sich auf archivari-sche Fragen, eine politische Mitarbeit war ihm nicht möglich. Doch die Beziehung verlief so, dass sie für beide Seiten fruchtbar wurde. Peter nahm Stellung zu einer Rezen-sion der Biografie von Jens Becker über Heinrich Brandler, er steuerte zu einer geplanten CD-ROM aller nach 1945 erschie-nenen Ausgaben der Arbeiterpolitik sowie ihrer unmittelba-ren Vorläufer fehlende Exemplare bei. Ferner fanden sich in seinem Bestand verloren geglaubte Beilagen und regionale Ausgaben der Zeitung, die in die Veröffentlichung integriert werden sollen. Schließlich lieferte er noch einige erläuternde Dokumente zur Zionismus-Diskussion in der IVKO. Zu einer intensiveren Zusammenarbeit kam es nur deshalb nicht, weil Peter weiterhin seinen Lebensunterhalt verdienen musste. Vor etwa zwei Jahren warf ihn ein Herzinfarkt für mehrere Monate zurück. Das letzte Jahr war geprägt durch eine Viel-zahl von Krankenhausaufenthalten. In der Zeit dazwischen war er kaum noch arbeitsfähig.

Peter sah seine lebensgeschichtliche Leistung als weitge-hend abgeschlossen an. Es gibt nach seiner Einschätzung nur noch wenige, eher kleinere Privatarchive, in denen noch unbekannte Dokumente gefunden werden können. Zuletzt kam es für ihn darauf an, das Material so zu ordnen, dass es der Forschung in strukturierter Form überlassen werden kann. Er selbst konnte diese Arbeit nicht mehr vollenden, schaffte es aber in den letzten Wochen vor seinem Tode noch, seine Bestände in Hände zu geben, die den Wert seiner Lei-stungen zu schätzen wissen und mit den Materialien sorgsam umgehen werden.

H., Berlin 8.6.2003 ■